

15. Heft | 1. August 1912

KARL LEUTHNER · EIN ÜBERSEHENES EREIGNIS



HURCHILL hat in seiner letzten Rede den Ausbau einer österreichisch-ungarischen Seemacht im Adriatischen Meer mit nicht mißzuverstehender Anspielung auf deutsche Wünsche und Anregungen zurückgeführt. Tat er diese Bemerkung, um nach der üblichen Weise zu verdächtigen, so wird man nicht abstreiten können, daß Verleumdungen solcher Art in Europa ihr Publikum in Ost und West haben und daher von einem Feind Deutschlands wohl gewählt wären. Glaubt er aber selbst, was er sagt, dann muß man erstaunen, wie schlecht unterrichtet über grundlegende und für die künftige Gestaltung der Machtverhältnisse auf dem Kontinent entscheidende Dinge das vielbewunderte englische Kabinett doch eigentlich ist. Und es würde den Irrtum des englischen Staatsmanns nicht geringer und verzeihlicher erscheinen lassen, daß er ihn mit der großen Mehrzahl derer teilt, die in Europa öffentliche Meinung machen. Panslawistische, französische und jingoistische Zeitungslüge haben so lange die Wiener Politik als Werkzeug und Diener angeblicher Berliner Machtideen dargestellt, daß die Märchenerzähler nun ihr Märchen selbst für wahr zu halten scheinen. Sie werden nicht gar lange warten müssen, um recht seltsame Überraschungen zu erleben.

Überraschungen? Wer Tatsachen statt der Zeitungs- und Parlamentsphrasen zur Grundlage seiner Betrachtung nimmt, wird sich vielleicht eher zu der Frage veranlaßt fühlen, wann wohl in den letzten 20 Jahren die österreichische Politik im Dienst der deutschen tätig war. Soweit sie handelnd auftrat, geschah es, bis zum Sturz Goluchowskis ausschließlich, auf dem Balkan. Hier jedoch war der Gang der österreichischen Diplomatie alles eher als von deutschen Antrieben bestimmt. Die Unfähigkeit des polnischen Grafen, die sich in dem Märzsteger Vortrag ein Denkmal dauernder als Erz errichtet hat, bildete vielmehr einen der stärksten Aktivposten der russischen Machtstellung in Europa. Für Rußland stand Österreich-Ungarn während des japanischen Krieges auf der Balkanhalbinsel Wacht und sorgte dafür, daß keiner der kleinen Unruhstifter die Kreise der Petersburger Machthaber stören konnte, bis diese selbst die Hand frei bekamen. Die Bedeutung der Aehrenthalschen *Initiative* lag denn auch darin, daß er der Botmäßigkeit Österreich-Ungarns Rußland gegenüber in der Balkan-

politik ein Ende setzte. Die bosnische Krise war sozusagen der Befreiungskrieg des Wiener Kabinetts. Die Meinungen über die Abhängigkeit Wiens von Berlin erfuhren ihre Abfertigung während der Marokkokrise, als sich Aehrenthal, um seine Selbständigkeit deutlich zu betonen, kühl zur Seite stellte. Vergleicht man damit die Haltung Deutschlands während des Duells Iswolskij-Aehrenthal, so wird man zugestehen müssen, daß wenigstens nach außen hin wohl eine Dienstbarkeit Deutschlands Österreich-Ungarn gegenüber, nirgends aber in den letzten Jahren das Umgekehrte wahrzunehmen war.

Indes, Denkgewohnheiten sind durch Tatsachen, und sprächen sie auch die eindringlichste Sprache, schwer in ihrer Richtung umzulenken. Und so hat die Gewohnheit in Österreich-Ungarn nur den Schildhalter der Berliner Politik zu sehen auch die Wirkung geübt, daß man kaum irgendwo das neue österreichisch-ungarische Wehrgesetz nach seiner Bedeutung für die europäische Politik gewürdigt hat. Es hat sogar weniger Beachtung gefunden als die vergleichsweise geringfügige Vermehrung der deutschen Armee, die gleichzeitig vorgenommen wurde. Bei dem österreichisch-ungarischen Wehrgesetz handelte es sich um ganz andere Dinge. Wenn es sich in ungefähr 5 Jahren in seinen wichtigsten Bestimmungen ausgewirkt haben wird, so wird folgendes eingetreten sein: Der Friedensstand ist dann von 400 000 auf etwa 520 000 erhöht. Die beiden diesem Friedensstand eingerechneten Landwehren sind durch Ausstattung mit Artillerie zu voll ausgerüsteten Armeen erhoben. Die artilleristische und technische Modernisierung des Heeres, während der bosnischen Krise angefangen, wird mit Aufbietung aller Mittel vollendet werden. Um vergleichbare Größen zu gewinnen, sei hervorgehoben, daß künftig das österreichisch-ungarische Rekrutenkontingent 213 000 Mann betragen wird. Mehr aber zählt auch das französische nicht, ja es erreicht in Wahrheit kaum diese Höhe; denn nirgends sind Papier und Wirklichkeit stärker in Widerstreit mit einander als in Frankreich. Wenn indes die Republik stets als der Ausdruck der höchsten militärischen Kraftleistung (nach der deutschen) galt, wie können die politischen Wetterprophezen achtlos an der Tatsache vorbeigehen, daß mitten in Europa eine Militärmacht aufgerichtet wird, die an Zahlenwucht der französischen mindestens ebenbürtig sein wird? Ein Fünfzigmillionenstaat zieht die letzten Folgerungen aus dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht: Zumeist wird jedoch in der Öffentlichkeit dieses Ereignis ersten Ranges wie ein gleichgültiger Anhang zu den Vorgängen und Plänen der deutschen Reichspolitik erledigt. Es gibt keine denkfauleren und gegen neue Meinungen widerspenstigeren Leute als diejenigen sind, die die Meinungen der anderen zu gestalten haben.

Uns soll hier das österreichisch-ungarische Wehrgesetz nur so weit beschäftigen als es den Ausdruck eines selbständigen und sich kraftvoll kundgebenden Machtwillens bildet. Da muß man aber sagen: Seine Urheber waren durchaus unbesorgt darum diesen Machtwillen etwa zu verbergen. Die Art, wie in Ungarn durch offene Vergewaltigung aller parlamentarischen Sitten und Ordnungen und in Österreich durch die äußerste Beeinflussung der Parteien die Gesetzwerdung der Vorlagen betrieben wurde, beweist, daß hier gewollt wird, daß sich ein Wille durchsetzt, dessen Ziel wenigstens in dem einen: eine gewaltige, den stärksten der Erde ebenbürtige Kriegsmacht zu schaffen, sich jedem sichtbar macht. Die Habsburgische Regierungsmethode vermeidet sonst das Aufsehen und zieht über die eiserne Faust gern den samtene Handschuh. Diesmal wurden alte Rücksichten beiseite gesetzt, und zwar nicht bloß bei der parlamentarischen

Behandlung der Vorlagen. Rücksichtslosigkeit spricht aus jeder Zeile des Gesetzes selbst. Es ist doch nichts Geringes an Kühnheit 78 000 Mann jährlich mehr zu fordern, gleichwohl aber selbst bei der Infanterie die 2jährige Dienstzeit nicht rein durchzuführen und zugleich unbekümmert zu gestehen: wir gehen bis ans Ende der personellen Leistungsfähigkeit, wir sind genötigt über die Grenzen der Tauglichkeit hinaus Mindertaugliche, ja Leute mit Gebrechen zu assentieren. Das ist eine Sprache, die man in Österreich-Ungarn noch nicht geführt hat. Und zum selben Schluß gelangt man bei Betrachtung der finanziellen Leistungen, die der Machtwille der Wiener Politik beansprucht. Man darf da nicht die absoluten Zahlen des deutschen Budgets zum Vergleich heranziehen. Einen weit brauchbarern Maßstab liefert der Umstand, daß die Nachtragskredite für die Annexion, die Kosten der *Dreadnoughts* und der Aufwand für die Heeresreform Jahr um Jahr gefordert worden sind: Aber kaum war die Wehrevorlage angenommen, so heischte der Kriegsminister von beiden Regierungen neue 275 Millionen für Umschaffung der eben erst umgeschaffenen Artillerie.

Hier sei darüber nicht geurteilt, welche Finanzweisheit sich in solchem Vorgehen offenbart. Aber wie vernichtend dieses Urteil auch ausfallen möge, von außen und für das Ausland müßte sichtbar zunächst das eine sein: daß ein hohes Spiel gespielt wird, das Spiel der Macht. Vielleicht unterschätzt man diese Äußerungen des Willens zur Macht deshalb, weil ihnen als Träger die nationale Kraft fehlt. Darin liegt ein richtiges Gefühl für Tatbestände. Versuchte man die österreichisch-ungarische Politik auf die Völker Österreich-Ungarns als deren Subjekte zurückzuführen, so würden sich die widersprechendsten Ziele und Inhalte des Strebens ergeben. Was haben die Veranstalter der *Sokolfeier* in Prag und des Frankfurter Schützenfestes Gemeinsames in Liebe und Haß, in Wollen und Fürchten? Was die Madjaren und die Kroaten, die Italiener und die Slowenen, was die Polen und die Ruthenen? Und doch haben sich alle ausnahmslos geradezu gedrängt durch ihr Votum für die Wehrevorlagen dem Kaiser einen Beweis ihrer dynastischen Treue zu geben. Ein alle gleichartig verknüpfendes Band des Patriotismus kann den Vorgang wohl schwerlich erklären. Was man in Wien, in Budapest, in Prag und in Lemberg *Patriotismus* nennt, das sind recht unterschiedliche Dinge. Allein alle verhandelten mit der Krone als mit einer Macht, der man gewährt, um von ihr zu gewinnen, und die man vermeiden muß sich zum Feind der eigenen Nation zu machen. Die Unfähigkeit der Nationen das Pathos des Reichs für sich in Anspruch zu nehmen hat zur Folge die formale Unmöglichkeit Armee und auswärtige Politik (solange dieses Völkerkonglomerat überhaupt besteht) anders als durch die einzige zentrale, zusammenfassende Gewalt, den Herrscher, in Gebrauch und Verwesung zu halten. Alle Demokratisierung der Herrschaftsformen ändert an diesem Stück Absolutismus so lange nichts als die Verschiedenheit der nationalen Willen sich nicht zur Einheit des Staats- oder gar des Reichswillens verschmelzen läßt. Daraus ergibt sich eine Stellung des österreichisch-ungarischen Herrschers, die ohne Beispiel in Europa ist. Er kann in Wahrheit Richtung und Inhalt der nach außen gewendeten Machtpolitik in größter Freiheit bestimmen, freier als der Zar, der in den Tagen der Selbstherrschaft schon die nationalen Ziele der Russen und des Panslawismus zu Zielen seiner Politik nehmen mußte.

Freilich bewegt sich eine solche Machtpolitik in unlösbaren Widersprüchen.

Sie muß, um moderne Machtpolitik zu sein, die Fülle der Volkskräfte ausschöpfen, kann aber nur die Leiber, nicht die Seelen rekrutieren. Die letzte Anstrengung, die äußerste Hingebung zu fordern, womit der moderne Krieg als Volkskrieg rechnet, das bleibt ihr von vornherein versagt. Hier setzt der eine, wie in den Tagen Franz' I., die Maschine in Bewegung, der jedoch der Maschinengehorsam fehlt. Der eine: aber es wäre Irrtum vorauszusetzen, daß der in der Form rein monarchische Machtwille, wie er sich neuerdings mit rücksichtsloser Kraft äußert, keine Quellen in der Gesellschaft habe, die seine Energie speisen. Das Gefühl für nationale Größe ist es auch im nationalen Staat nicht allein, was den nach außen hin starken Staat verlangt. Aber es ist eine so überwiegende Macht des Volksempfindens, daß die anderen daneben unberücksichtigt bleiben können. Im Nationalitätenstaat jedoch treten die sonst unbeachteten Tendenzen zur Selbständigkeit losgelöst auf, müssen darum, obschon ihr Gewicht natürlich weit geringer ist, mit in Ansatz genommen werden. Von den rein materiellen Interessen des Exporteurs bis zu den snobistischen Eitelkeiten des Sportnarren gibt es eine lange Reihe von Bestrebungen, ökonomischen, sozialen und geistigen Plänen, Anstrengungen, Neigungen, die in einer glanzvollen Repräsentation nach außen Vorteil oder Befriedigung des Selbstgefühls suchen. Und mindestens solange nicht hart auf hart geht, können solche Interessen und Illusionen, namentlich in der Hauptstadt, eine öffentliche Meinung erzeugen oder zu erzeugen scheinen, die den zustimmenden Chor zu den Habsburgischen Machtideen des einen Protagonisten auf der Bühne abgibt.

Dies schafft dann die denkbar besorglichsten Zukunftsmöglichkeiten. Das nach seinem innern Aufbau unfertige Österreich-Ungarn stößt an seinen Grenzen gleichfalls auf staatlich und national unfertige Gebilde. Es gibt seinem Herrscher nahezu kontrolllos die Machtmittel in die Hand und steigert sie bis zur äußersten Auswertung der in einem Fünfzigmillionenreich lebendigen Kräfte. Der nationale Machtwille mag unersättlich scheinen, die Gegenstände und das Ziel, nach dem er geht, sind gleichwohl durch die Existenz- und Wachstumsbedingungen der Nation bestimmt und damit auch begrenzt. Vor dem künftigen Herrscher Österreich-Ungarns hingegen liegen die politischen Möglichkeiten ausgebreitet wie die Waren vor einem launischen Käufer. Franz Ferdinand kann als *Trialist* sein serbokroatisches Königreich ebenso gut durch Eroberungen auf dem Balkan abrunden wie den polnischen Träumen Raum in seinen Berechnungen gönnen wie den Italienern als Rächer und Richter erscheinen wollen. Alles ist möglich, wo alles ebenso unmöglich ist. In einer gewaltigen Armee liegt aber ein unendlich viel stärkerer Anreiz für die Person, die das Werkzeug gebraucht, als für die Nation, die im blutigen Spiel sich selbst als Einsatz hingeben muß.

Die europäische Öffentlichkeit, die den ärmlichsten Schwatz eines englischen ministeriellen oder nichtministeriellen Demagogen mit endlosen Kommentaren begleitet, hat es kaum bemerkt, daß ein stehendes Heer von mehr als einer halben Million für den Mann vorbereitet wird, der schon als Thronfolger ein erstaunlich ausgeprägtes Herrscherbewußtsein bekundet, der Minister und kommandierende Erzherzöge wie Birnen von den Bäumen schüttelt, wo nur seinen militärischen Plänen ein Hemmnis droht. Vielleicht wird sie schon nach 5 Jahren oder gar früher noch zugeben müssen, daß ein in Dingen der auswärtigen Politik fast unbeschränkter Herrscher über 50 Millionen Menschen an der Spitze-

eines Millionenheeres an Gefährlichkeit und darum an Wert beachtet zu werden mit einem der pensionierten *Prokonsuln* von Ägypten oder Indien im Haus der Lords den Vergleich noch aushält. Vielleicht wird sie sogar erkennen, daß ein Habsburger, der alle Blutadern des Reichtums und der Volkskraft rieseln läßt, um ein Riesenheer zu schaffen, damit doch wohl noch andere Absichten verbindet als die den Hohenzollern gefällig zu sein, möglicherweise (nach der Überlieferung seiner Familie) Absichten, die Europas Ruhe mehr stören könnten als sie von den Siegern von Sedan seit dem Frankfurter Frieden je gestört wurde.

XX
LOUIS BERTRAND · NACH DEN BELGISCHEN WAHLEN 1912



ELGIENS allgemeine Wahlen, die am 2. Juni dieses Jahres stattfanden, sind nicht so ausgefallen wie es die liberal-sozialistische Opposition erhofft hatte.

Als im vorigen Jahr die Regierung einen Schulgesetzentwurf vorlegte, der auf eine Begünstigung der Kongregationsschulen zum Nachteil der öffentlichen Schulen hinauslief, schlossen sich nach vorheriger Verständigung die Liberalen und die Sozialisten zur Bekämpfung dieses Entwurfs und zur Verteidigung des staatlichen Schulunterrichts zusammen. Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Das Kabinett Schollaert wurde gestürzt und durch das Ministerium Broqueville ersetzt. Der Schulgesetzentwurf wurde tatsächlich ohne weiteres zurückgezogen. Ferner erhielt die Opposition von dem neuen Ministerium die Zusicherung, daß es vorschlagen werde die Zahl der Abgeordneten alle 10 Jahre der Bevölkerungszunahme entsprechend zu erhöhen, und daß die Kammern aufgelöst werden sollten, damit im ganzen Land Neuwahlen stattfinden könnten. |

Die Lage der klerikalen Partei, die seit 28 Jahren am Ruder gewesen war, schien sich in der Tat prekär zu gestalten. Seit 1900 hatte sich ihre Mehrheit in der Abgeordnetenkammer bei jeder Wahl vermindert. Diese Mehrheit, die 1900 22 Stimmen betrug, war 1910 auf 6 Stimmen gefallen. Und da nun die Zahl der Abgeordneten um 20 vermehrt werden sollte, und zwar um Vertreter der großen Wahlkreise, die im allgemeinen für die Opposition günstig waren, durfte diese, wie gesagt, die stärkste Hoffnung hegen endlich den Sieg zu erringen und das klerikale Regiment zu stürzen. Unter solchen Umständen und Aussichten kam es ganz natürlicherweise zu einer Annäherung zwischen den bürgerlichen Liberalen sämtlicher Schattierungen und den sozialistischen Arbeitern.¹⁾ Vandervelde nannte das eine *entente cordiale*. Selbstverständlich wahrte jede der beiden Parteien dabei vollkommen ihre Unabhängigkeit, ihr Programm, ihre politischen und wirtschaftlichen Ideale. Und ohne irgend eine bestimmte Abmachung oder Festlegung fand die Verständigung zwischen den beiden Oppositionsparteien, die über 80 von 166 Abgeordneten verfügten, über folgende 3 Reformen statt: 1. obligatorische Schulpflicht; 2. allgemeine Wahl für alle Körperschaften; 3. Arbeiteraltersversicherung. In der Mehrzahl der Wahlkreise schlossen Liberale und Sozialisten ein Kartell, um die Majorität der Parlamentssitze zu erobern, da das herrschende Proportionalwahlsystem

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Das liberal-sozialistische Kartell in Belgien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1520 ff.

denjenigen Listen den Sieg sichert, die die größte Anzahl Wahlstimmen auf sich vereinen. In einigen großen Wahlkreisen wurde kein Kartell abgeschlossen; Liberale wie Sozialisten agitierten da für ihr eigenes Programm und ihre eigenen Kandidaten, bekämpften aber beide nur die Klerikalen. So war es in den Kreisen Brüssel, Lüttich, Gent und Mons.

Die Opposition ist geschlagen worden. Die klerikale Mehrheit in der Kammer stieg von 6 auf 16 Stimmen. Aber diese Mehrheit von 16 Sitzen stützt sich nur auf 80 000 Stimmen im ganzen Land gegen 2 600 000 kartellierte Wahlstimmen, also auf nur 3 % der Wähler. Immerhin, die Politik des liberal-sozialistischen Kartells ist gescheitert. Sie entsprach nicht den Hoffnungen derer, die sie einschlugen. Welches sind denn die Ursachen dieser Niederlage? Zunächst ein ungerechtes Wahlsystem, das bei der Anlegung der Wahllisten betrügerische Manipulationen merkwürdig begünstigt. Ferner das offizielle Korruptionssystem. Einige Tage vor den Wahlen hatten die verschiedenen Minister die Gehälter und Löhne ihrer Beamten, Angestellten und Arbeiter stark erhöht. Es handelt sich dabei um 100 000 Personen, von denen 80 000 allein von dem Ministerium für Eisenbahnen, Post, Telegraphenwesen usw. beschäftigt werden. Dazu kam die Angst vor dem Kartell bei dem gemäßigten liberalen Bürgertum und den Massen der schwankenden Wähler.

In welcher geistigen Verfassung befinden sich nun die beiden Oppositionsparteien angesichts der kommenden Wahlkämpfe? Aus der großen politischen Debatte, die kürzlich in der Kammer stattfand, geht jedenfalls hervor, daß, wenn auch gegenwärtig die Kartellpolitik nicht mehr so viele begeisterte Anhänger zählt wie vorher, ihre Existenzberechtigung in dem fortgesetzten Kampf um die großen demokratischen Reformen lag. Der Führer der Liberalen, Paul Hymans, hat sich darüber folgendermaßen ausgesprochen:

»Wir halten unser Programm vollkommen aufrecht und werden ohne Unterlaß an seiner Verwirklichung arbeiten. Und ich kann nur meinen Parteigenossen innerhalb wie außerhalb des Parlaments erklären: Eine Partei existiert nur durch die Tat. Einschlafen, auf die Tat verzichten, sich in einen engherzigen Konservatismus vergraben, nur seine eigenen Interessen berücksichtigen und, meine Herren, sich von dem abwenden, was trotz alledem erst dem Leben Wert verleiht: von den idealen Prinzipien, das hieße sich dem Verfall und dem allmählichen Untergang weihen. Wir müssen eine Partei der Tat und der Verwirklichung sein. Wir wollen dahin streben in diesem Land größere Gerechtigkeit, größere Gleichheit, größere Unabhängigkeit und Sittlichkeit zu schaffen. Wir wollen versuchen (und das gerade ist das unterscheidende Merkmal unserer sozialen Auffassung gegenüber der Politik der Sozialisten) an der Lösung der sozialen Probleme zu arbeiten, indem wir auf friedlichem Weg durch die gegenseitige Annäherung der Gesellschaftsklassen eine Versöhnung der Interessen zustande bringen. Wir werden demokratische Politik treiben, und wir müssen sie treiben, weil (das sage ich allen denen, die die Notwendigkeiten unserer Zeit und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht begreifen) es in Zukunft unmöglich sein wird zu regieren, wenn man die Bedürfnisse und Wünsche des Volks vernachlässigt. Wir müssen einem gesunden Demokratismus zustreben, wie er sich in der Achtung vor den grundlegenden gesellschaftlichen Einrichtungen, vor Ordnung und Gesetzlichkeit dokumentiert. Demokratie, Reformen und Taten: das sind die Bedingungen unserer politischen Lebensfähigkeit. Gewiß, wir sind besiegt. Aber mehr als je bin ich von Tatkraft erfüllt und von Hoffnung auf die höhere Logik der Dinge.«

Die Sozialisten entschieden sich auf einem außerordentlichen Parteitag, der sich durch die große Zahl der Teilnehmer besonders eindrucksvoll gestaltete, für die Fortführung des Kampfs um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts. Dieser Kampf wird durch Propaganda jeder Art und den Generalstreik

als äußerstes Mittel geführt werden, um durch eine Verfassungsrevision der reaktionären Mehrheit das allgemeine Wahlrecht zu entringen. In der Debatte, von der ich oben sprach, hielt Genosse Vandervelde eine große Rede, die man dahin zusammenfassen kann:

»Das Kartell mit den Liberalen beruhte weder auf der liberalen noch auf unserer Seite auf irgend einer Prinzipienverleugnung. Beide Parteien besitzen ihr Programm, und wir haben weder unsere republikanischen noch unsere kollektivistischen Ideale verraten. Wir haben uns zur Verteidigung unserer Rechte und zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts verbündet. Wir bedauern nichts und würden wieder genau so handeln, sobald der Schulgesetzentwurf wieder auferstehen würde. Zweifellos hat die Politik, zu der Sie uns zwingen, ihre Schwierigkeiten. Es ist nicht leicht Liberale und Sozialisten, Monarchisten und Republikaner, Unternehmer und Arbeiter, Bourgeois und Kollektivist zu dem gleichen Marschtempo zu bringen. Es ist nicht leicht Unternehmer und Arbeiter, die sich morgen in Lohnkämpfen gegenüberstehen können, zu gemeinsamer Abstimmung zu veranlassen. Wir stimmen auch ganz mit Ihnen in dem Wunsch überein, daß wir das Kartell entbehren könnten. Der Minister des Innern sagte hier gestern ironisch: »Wenn wir Sie geschlagen haben, so geschah das in Ihrem Interesse.« Nun, wenn Ihnen das Kartell so unwürdig, wenn es Ihnen eine solche Kalamität zu sein dünkt, so gibt es ja ein sehr einfaches Mittel dagegen: Geben Sie uns eine gerechte Proportionalwahlvertretung und das allgemeine Wahlrecht. Die Arbeiterklasse, die aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt hat, wird sich nicht mehr einfangen lassen. Sie wird sich, wenn es sein muß, auf eine äußerste Anstrengung vorbereiten, um sich die Freiheit zu erobern. Aber sie wird mit Ruhe und friedlich vorgehen. Ja, ich sage es Ihnen mit voller Deutlichkeit: Sie wird innerhalb der Gesetzlichkeit bleiben. Wir wollen die Gesetzlichkeit, nur die Gesetzlichkeit. Unter diese Gesetzlichkeit fällt aber auch die legitime Ausübung des Koalitionsrechts. Sehen Sie darin keine Drohung: Niemand kann lebhafter als ich wünschen, daß das Problem der Revision ruhig und in Frieden entschieden wird. Dies wird von Ihrer wie von unserer Klugheit abhängen. Von unserer, wenn wir nämlich ebenso ruhig wie entschieden sind. Von Ihrer, wenn Sie das Beispiel nachahmen, das einst im Jahr 1892 unser ältestes Mitglied gegeben hat, und erkennen daß die Stunde der Revision geschlagen hat. Denn trotz Ihres Sieges können Sie nicht verhindern, daß die Gedanken sich ausbreiten und Sie in ihren Kreis ziehen. Sie werden sich mit dem Gedanken der Revision befreunden müssen, wie Sie sich mit der persönlichen Dienstpflicht, dem obligatorischen Schulunterricht und der Altersversicherung befreundet haben. Und das wird dann, trotz allem, für uns ein Tag der Freude und der Genugtuung sein.«

Dies also sind die Ansichten der beiden Hauptführer der Liberalen und der Sozialisten. Eine Fortführung der Kartellpolitik ist in diesem Augenblick gegenstandslos. Bis zu den nächsten Wahlen, die im Jahr 1914 stattfinden müßten, werden sich mancherlei politische Ereignisse vollziehen, die die politischen Entschlüsse der beiden Oppositionsparteien mitbeeinflussen müssen. Der gegenwärtige Kampf ist heiß, er geht auf die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, und heute ist die öffentliche Meinung nur davon erfüllt.

XX

LEONIDA BISSOLATI · DER ITALIENISCHE SOZIALISMUS NACH DEM PARTEITAG VON REGGIO EMILIA



REGGIO Emilia, die kleine Stadt, in der am 7., 8. und 9. Juli dieses Jahres der Parteitag der italienischen Sozialdemokratie stattfand, ist 1893, wenn man so sagen darf, die Wiege der Partei gewesen. Nach einem Zeitraum von 19 Jahren gab diese selbe Partei in der selben Stadt feierlich der großen Parteikrise die Weihe.

Welcher Art war diese Krise? Brach sie ganz unvorhergesehen aus, oder

ging ihr eine Periode voran, in der sie sich bereits vorbereitete? Meiner Meinung nach stellt sie nur die akute Form des Konflikts dar, der sich bereits im Jahr 1902 auf dem Parteitag von Imola zwischen der reformistischen und der *revolutionären* Parteirichtung anzubahnen begann. Und auch das, was uns heute in dieser Krise als etwas völlig Neues erscheint, nämlich die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reformisten und Reformisten, auch das ist durchaus nicht neu. Schon auf den Parteitagen von Mailand /1910/ und Modena /1911/ spaltete sich der Reformismus in zwei Richtungen.¹⁾ Die eine verfolgte die Tendenz ihn logisch fortzuentwickeln, indem sie ihn auf die Praxis des politischen Lebens anwandte; die andere suchte sich im Gegenteil, wenn auch nicht den Auffassungen, so doch den Empfindungen und der Haltung des *Revolutionarismus* wieder anzunähern. So verschlang sich der Meinungsstreit zwischen Reformisten und Reformisten mit den alten Anschauungsdifferenzen zwischen Reformisten und *Revolutionären*, und die Beschlüsse des Parteitags von Reggio waren schließlich nur ein Aussprechen der formellen Scheidung zwischen zwei ganz verschiedenen Auffassungen und Methoden. Welche Vorkommnisse vor dem Parteitag von Reggio aber bildeten die Ursachen und die Veranlassung zu dieser Scheidung? Zwei Tatsachen lagen vor: der italienisch-türkische Krieg und der Besuch einiger reformistischer Abgeordneten bei dem König von Italien.

Sämtliche Sozialisten, *Revolutionäre*, Linksreformisten und Rechtsreformisten waren Gegner des Kriegs. Selbstverständlich jedoch war die Art, in der die verschiedenen Richtungen diese Gegnerschaft zum Ausdruck brachten, eine sehr verschiedene. Die *Revolutionäre* und die Linksreformisten erklärten einfach ihre absolute Gegnerschaft kraft ihrer Prinzipien, eine Gegnerschaft, die auch keinerlei Diskussion über die einzelnen Fragen zuließ, die durch den Krieg in den Vordergrund gerückt worden waren (Kolonisation, Schutz der italienischen Interessen im Mittelmeer, Stellung Italiens zu der orientalischen Frage). Mußten sich doch dieser Ansicht nach alle diese Fragen vom sozialistischen Standpunkt einfach dadurch lösen, daß man jedwedes Interesse des Proletariats an ihnen leugnete und als alleiniges Vorgehen für die Arbeiterschaft den Protest proklamierte. Die Rechtsreformisten hielten es im Gegensatz dazu für angezeigt die Frage von realeren Gesichtspunkten zu betrachten. Sie wiesen nach, daß der Krieg auch vom Standpunkt der nationalen Interessen eine Gefahr und eine Schädigung bedeute; im übrigen bemühten sie sich als Italiener den Weg ausfindig zu machen, auf dem die Nation sich mit möglichst geringem Schaden aus dem Unternehmen wieder herauswickeln könnte, in das sie sich verstrickt hatte. Damit gaben sie zu, daß eine Tripolisfrage für Italien existiere; sie gaben zu, daß die anderen Mächte verhindert werden mußten die libysche Küste zu okkupieren; sie gaben zu, daß es nötig werden könnte die Türkei auf dem Weg des Zwangs von der Aufrichtung künstlicher Hindernisse gegenüber dem Eindringen des italienischen Handels zurückzuhalten. Und doch beharrten sie auf dem Standpunkt, daß sich die Tripolisfrage ohne militärische Okkupation hätte lösen lassen, und daß die Erklärung der Annexion Libyens in jeder Beziehung ein schwerer Fehler war, da sich Italien im äußersten Fall darauf hätte beschränken müssen in Libyen eine Oberhoheit von der Art Englands in Ägypten und Frankreichs in Tunis zu stabilieren.

¹⁾ Siehe meine Artikel *Die italienische Sozialdemokratie am Scheideweg und Sozialdemokratie und Regierung in Italien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 3. Band, pag. 1546 ff., und 1911, 3. Band, pag. 1447 ff.

Trotz alledem aber klagte man die Rechtsreformisten bei der sozialistischen Masse an Verteidiger des Kriegs zu sein und die nationalistische Bewegung zu begünstigen. In Wahrheit war das gerade Gegenteil der Fall. Die Art ihrer Gegnerschaft, die sich auf dem Boden der Wirklichkeit bewegte und das Nationalgefühl nicht verletzte, hätte, wenn sie nur von der Gesamtpartei nicht herabgezogen und entwertet sondern unterstützt worden wäre, der Partei selbst in dieser schwierigen Zeit einen Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf den Gang des Krieges gesichert. Dagegen hatte die Haltung der *Revolutionäre* und Linksreformisten nur den Effekt den Sozialismus offiziell von allen anderen demokratischen Parteien loszureißen, ihn zu isolieren und damit seinen politischen Einfluß zu vermindern. Der Kampf der sozialistischen Organe gegen den Krieg verlor dadurch jede Überzeugungskraft, daß er von dem Vorurteil der bedingungslosen Negation ausging und die Absicht erkennen ließ unter allen Umständen einen Gegensatz zwischen den Interessen und Empfindungen des Proletariats und denen der ganzen übrigen Nation zu statuieren. Im übrigen ist zu bemerken, daß dieses Verhalten nicht einmal die Vorzüge einer wirklich revolutionären Opposition aufwies. Denn tatsächlich wagten weder die *Revolutionäre* noch die Linksreformisten eine kräftige Gegenbewegung gegen den Krieg zu organisieren. Als Proteststreiks gegen die Abfahrt der Flotte nach Tripolis ausbrachen, veranlaßte sogar der Führer der Linksreformisten, Filippo Turati, die Parlamentsfraktion zur Annahme einer Resolution, in der das Proletariat zur Beendigung der Streiks aufgefordert wurde. Ebenso wurden zwar in den wenigen Versammlungen der Linksreformisten Resolutionen gegen den Krieg angenommen, aber auch dort wagte man nicht die Zurückziehung der Truppen und die Räumung der okkupierten Landstriche zu verlangen. Die ganze Opposition der Linken (ebenso wie die der *Revolutionäre*) erschöpfte sich darin der Regierung den Krieg zu erklären. Die reformistische Rechte bekämpfte zwar ebenfalls die Regierung in der Kriegsfrage, und sie sprach und stimmte auch tatsächlich in der Kammer gegen den Annexionserlaß, auf den hin das Ministerium die Vertrauensfrage gestellt hatte; aber sie erklärte, daß sie trotzdem die Regierung auch fernerhin bei der Durchführung ihres innerpolitischen Programms unterstützen würde, das die beiden großen Reformen des allgemeinen Wahlrechts und der Verstaatlichung der Lebensversicherung enthielt. Und wirklich waren die Rechtsreformisten davon überzeugt, daß unter den augenblicklich in Italien herrschenden Verhältnissen und bei der gegebenen parlamentarischen Lage es nicht möglich wäre irgend ein anderes Ministerium zu konstituieren, das etwa den Krieg abbrechen würde. Ja, man darf behaupten, jedes andere Ministerium hätte ein stärkeres Hindernis für das Eingehen von Friedensverhandlungen gebildet. So war es also gewiß, daß bei einem Regierungswechsel der Krieg fortgeführt worden wäre, aber obendrein die beiden großen demokratischen Reformen gefährdet gewesen wären, um deren willen bis dahin Rechts- wie Linksreformisten das Ministerium Giolitti unterstützt hatten. Und unter solchen Umständen hatte man den Mut die Rechtsreformisten als Verteidiger des Kriegs hinzustellen und ihren Aus-schluß aus der Partei zu beantragen!

Die zweite Anklage, die gegen die Rechtsreformisten erhoben wurde, bestand darin, daß die Abgeordneten Bissolati, Bonomi und Cabrini an einem Besuch beim König teilgenommen hätten, nachdem die Kammer beschlossen hatte zum Zeichen des Protestes gegen das Albasche Attentat in großer Anzahl in den Qui-

rinal zu gehen. Dabei sei daran erinnert, daß ich im vergangenen Jahr schon einmal eine Unterredung mit dem König hatte, der mich wegen der Lösung der Ministerkrise zu Rate zog und daß, wie ich damals in den *Sozialistischen Monatsheften* auseinandersetzte, und wie ich auch auf dem Parteitag von Modena erklärte, meine Ablehnung eines Ministerpostens durchaus nicht auf Grund irgend eines *Prinzipienvorbehalts* erfolgte, da ich bereits seit langem davon überzeugt bin, daß unter einem echt parlamentarischen, wenn auch formal monarchistischen Regierungssystem für die Sozialisten keinerlei prinzipielle Gründe existieren, die ihnen eine Teilnahme an der Regierung verbieten könnten. Mit mir zusammen wären damals, wie allgemein bekannt war, die Abgeordneten Bonomi und Cabrini als Unterstaatssekretäre ins Ministerium eingetreten. Wir drei glaubten nun einen Besuch beim König bei Gelegenheit des Attentats, das wir ja alle verurteilten, nicht ablehnen zu dürfen. Und nun klagte man uns an durch diesen Besuch, der ja nur eine Demonstration gegen den Mordversuch darstellte, die Würde und Ehre der sozialistischen Partei verletzt zu haben.

Dies waren die besonderen Anklagen gegen die Abgeordneten, deren Ausschluß man forderte. Nun lieferten aber diese Anklagen gegen die Personen der Abgeordneten der Rechten den Linksreformisten die Argumente zur Rechtfertigung ihrer Rückkehr zu den Auffassungen und der Taktik der Intransigenz und des *Revolutionarismus*; denn die Haltung der Abgeordneten, die man ausschließen wollte, sei ja, wie man behauptete, nur das Zeichen des Verfalls, in den der Reformismus an sich geraten sei. Gleichwohl wollten sich die Linksreformisten nicht allein von der Fraktion der *Revolutionäre* gesondert erhalten sondern auch verhindern, daß diese die Herrschaft in der Partei erlangte. Was hat sich nun statt dessen für sie wirklich aus alledem ergeben? Das, was sich immer für alle die ergeben wird, die den Weg der Logik und der Konsequenz verlassen. Sie wollten nicht anerkennen, daß die Reformisten vom rechten Flügel die theoretische Logik und die praktische Konsequenz des Reformismus vertraten; und nun hat sich die Logik in dem Sieg des *revolutionären* Flügels an ihnen gerächt. Der Kampf, der sich auf dem Parteitag von Reggio über die Haltung der Abgeordneten der Rechten entspann, wurde zu einem Kampf auf der ganzen Linie über die verschiedenen Parteirichtungen. Das Endresultat war, daß die *Revolutionäre* mit einer Stimmenzahl von 12 556 den Sieg davontrugen. Die Linksreformisten erhielten 8883 Stimmen, die Rechtsreformisten, die sich bereits majorisiert sahen, brachten gar keine Resolution zur Abstimmung. Im Lager der Linksreformisten trat jedoch eine bedeutungsvolle Spaltung ein: Nur 3250 stimmten für den Antrag auf Ausschluß der Abgeordneten Bissolati, Bonomi, Cabrini und Podrecca, während 5633 offen ihre Zustimmung zu dem Ausschluß verweigerten; außerdem enthielten sich 2072 Parteitagsteilnehmer der Abstimmung, indem sie betonten, daß sie damit gegen die sektiererische Handlung dieses Ausschlußverfahrens Protest einlegen wollten. Was geht aus diesen Zahlen hervor? Daß im Lager der Linksreformisten die Mehrheit den Rechtsreformismus nicht verurteilt hat. Und zwar bedeutet das, daß die Mehrzahl der Reformisten, die in der offiziellen Partei geblieben sind, sich durch die engsten Gemeinschaftsbande an diejenigen Rechtsreformisten gebunden fühlt, die mit den 4 ausgeschlossenen Abgeordneten zusammen aus der Partei ausgetreten sind und nun die neue Partei, die *Italienische sozialistisch-reformistische Partei* gegründet haben.

Die deutschen Genossen sind durch die Tagespresse darüber informiert, was

nach der Abstimmung vor sich gegangen ist, durch die die genannten Vier aus der Partei ausgeschlossen wurden. Ihre Genossen von der Rechten verließen ebenfalls den Parteitag und traten aus der offiziellen Partei aus, und am gleichen Tag, an dem der Ausschluß dekretiert wurde, in geringer Entfernung von dem Ort, an dem man diesen Beschluß faßte, gründeten sie die neue Partei.

Um nun klar begreiflich zu machen, welche Ziele sich diese neue Partei gesteckt hat, wird es am besten sein den Hauptteil der Resolution der Rechten hier mitzuteilen, die dem Parteitag vorgelegt worden war, und auf die sich die Gründer der reformistischen Partei ausdrücklich beriefen, als sie sich als Partei konstituierten. Er lautet:

»In Erwägung, daß die reformistische Taktik, die das politische Vorgehen der Partei in den letzten Jahren bestimmt, sich in der Praxis sehr fruchtbar erwiesen hat, wie dies aus der Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, der größten politischen Erregungenschaft der letzten 30 Jahre, hervorgeht;

in weiterer Erwägung, daß, wenn die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Wirkungen des Krieges die Aussichten auf die Verwirklichung großer Reformen weniger günstig gestaltet haben, sich diese Aussichten dennoch durchaus nicht gänzlich aufgehoben, und daß die Schwierigkeiten, die sich für die Durchsetzung von Reformen ergeben, überhaupt niemals einen Anlaß bieten dürfen den Kampf dafür aufzugeben;

in Erwägung, daß, wenn bei den jüngsten Vorkommnissen auch die anderen demokratischen Parteien abweichende Auffassungen bekundeten, wie sie ja dazu berechtigt waren, sie damit noch nicht erklärten jene Reformprogramme aufgeben zu wollen, zu deren Durchsetzung, wo es möglich und nützlich war, politische Bündnisse abgeschlossen wurden;

erscheint es angezeigt die Partei weiter in den Bahnen zu führen, die sich bereits als die richtigen erwiesen haben, und zwar zu fordern: lokale Autonomie in Fragen der Wahltaktik; Freiheit für die Parlamentsfraktion, wo es ihr nötig erscheint die Regierung zu unterstützen, um die Reformen fortzuführen, die direkt oder indirekt die Macht des Proletariats in seinem Klassenkampf verstärken können; die Möglichkeit mit den demokratischen Parteien Bündnisse zur Eroberung der administrativen und politischen Gewalt abzuschließen, ohne irgend ein prinzipielles Verbot für die Sozialisten an der Regierungsgewalt teilzunehmen, wenn ihre Teilnahme durch die höheren Interessen der proletarischen Bewegung geboten erscheint.

Infolgedessen spricht die Partei ihren Entschluß aus angesichts des allgemeinen Wahlrechts nicht allein alle die Forderungen zu stellen, die die *Confederazione generale del Lavoro* im besondern Interesse der Arbeiterklasse formulieren wird, sondern außerdem noch folgendes zu verlangen: eine Steuerreform, um durch eine progressive Einkommensteuer sowohl die neuen, durch den Krieg bewirkten Lasten wie die durch die notwendige Reduktion der Schutz- und Finanzzölle, die die Lebensmittelpreise steigerten, entstehenden Ausfälle auf die besitzenden Klassen abzuwälzen; Arbeitsversicherungsgesetze, und zwar an erster Stelle Invaliditäts- und Altersversicherung; Hilfsaktionen zur wirtschaftlichen und sozialen Hebung des italienischen Südens.«



O ist nun der italienische Sozialismus zurzeit in zwei für sich bestehenden autonomen Parteien organisiert. Ob diese besondere Organisation, durch die die Einheit der Partei gesprengt ist, zu Gegensätzen und Streitigkeiten zwischen den beiden Organisationen führen oder vielmehr die Grundlage für eine breiter angelegte Parteiorganisation mit förderativem Charakter schaffen wird, das ist schwer zu sagen. Vielleicht treten beide Möglichkeiten zu verschiedenen Zeitperioden einmal ein. In der ersten Zeit wird die Empörung darüber, daß das verurteilte Ketzertum, anstatt sich der Verurteilung und dem Bannfluch zu beugen, noch in seinem Selbstbewußtsein wächst und sich angesichts des Vorgehens der herrschenden Orthodoxie noch sicherer, lebenskräftiger und kampflustiger fühlt, sicherlich die offiziellen *Revolutionäre* zu einem Verfolgungs- und Vernichtungskrieg

gegen die Häretiker treiben. Allmählich aber, wenn es einmal deutlich wird, daß Gewalt, sogar die Gewalt der *Revolutionäre*, die tatsächlichen Verhältnisse auch nicht umstoßen kann, die die reformistischen Strömungen erzeugt haben, und wenn die *revolutionäre* Partei, wie das wahrscheinlich ist, dahin gelangt sein wird sich der Wirklichkeit zu beugen, dann wird vielleicht der Augenblick gekommen sein, in dem die beiden Parteien das Bedürfnis fühlen werden sich gegenseitig wieder anzunähern und im höhern Interesse des Proletariats einen Ausgleich zu finden. Bis dahin aber bleibt das sozialistische Kampffeld einfach in zwei Lager gespalten: auf der einen Seite die *revolutionär-sozialistische*, auf der andern die reformistisch-sozialistische Partei.

In Wahrheit wird die offizielle Partei es jedenfalls ablehnen als *revolutionäre* Partei bezeichnet zu werden. Sie faßt in der Tat ja noch einen großen Teil der Linksreformisten in sich. Die Leitung aber haben jetzt die *Revolutionäre*. Das Zentralorgan und der Parteivorstand, die in der Hand der Linksreformisten lagen, sind völlig in *revolutionäre* Hände übergegangen. Immerhin können wir annehmen, wie dies schon aus verschiedenen auf dem Parteitag von den *Revolutionären* gefaßten Beschlüssen hervorgeht, daß diese nicht abgeneigt sind in der Praxis etwas von der Strenge der theoretischen Behauptungen nachzulassen, die sie aufrecht erhielten, solange sie in der Minderheit waren und also nicht die Verantwortung für die Führung der Partei zu tragen hatten. Andererseits können sie freilich, ohne Selbstmord zu üben, nicht die gesamte Last ihrer traditionellen Ideen über Bord werfen und ihr eigenes Wesen abschwören. Worin besteht dieses Wesen? Was stellen sie tatsächlich vor? Es ist schwer das zu sagen. Ihre Überzeugungen durchlaufen in Wahrheit eine ganze Skala, die von der reinen einfachen Intransigenz bei den Wahlen bis fast zum Barrikadenrevolutionarismus geht. Ihr allgemeines Kennzeichen aber ist: der Widerwille gegen jedwede positive Tat. Für sie liegt der Sozialismus nur in der Negation; ihre Taktik besteht hauptsächlich darin das Proletariat dahin zu bringen, daß es in einer zornigen Erwartung des Augenblicks erstarrt, in dem es ihm möglich sein wird die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen und sie durch die sozialistische zu ersetzen. Das ist der Mythos vom Generalstreik, der am Zukunftshorizont heraufsteigt. Man muß nur lesen, was dieser Tage einer der Führer der Partei, B. Mussolini, in einem redaktionellen Artikel des *Avanti* schrieb, in dem er den Sieg des Revolutionarismus auf dem Parteitag von Reggio beleuchtete:

»Der sozialistische Parteitag von Reggio Emilia ist als ein Versuch der Wiederbelebung des Idealismus zu deuten. Der religiöse Geist der Partei [in Klammern wird *ecclesia* hinzugefügt] hat sich noch einmal mit dem realistischen Pragmatismus der Vertreter der ökonomischen Organisation gemessen, die nicht eine Ideen-, sondern eine Interessengemeinschaft darstellen. Hier haben wir das Ende des ewigen Widerstreits zwischen Idealismus und Utilitarismus, zwischen Glauben und Notwendigkeit. Was nützt es dem Proletariat den Sozialismus als Theorie zu verstehen? Kann man überhaupt den Sozialismus auf eine Theorie reduzieren? Wir wollen an ihm glauben, wir müssen an ihn glauben, die Menschheit bedarf eines *Credo*. Es ist der Glaube, der die Berge versetzt, weil er uns die Illusion gibt, daß die Berge sich bewegen. Die Illusion ist vielleicht die einzige Wirklichkeit des Lebens.«

Man sieht: Diese Auffassung ist allerdings die Umkehrung aller reformistischen Ideen, der Ideen, aus denen, wie man wohl sagen darf, bis zum gestrigen Tag, also gut 12 Jahre ihrer Tätigkeit hindurch, auch die Männer schöpften, die jetzt in der offiziellen Partei geblieben sind und mit am Karren der *Revolutionäre* ziehen. Was wird mit ihnen werden? Ein Teil von ihnen wird sich

endgültig den *Revolutionären* angliedern können, aber der größte Teil der mehr als 7000 Genossen, die sich dem Ausschluß der Rechten widersetzen, wird es auf die Dauer nicht ertragen können durch die Diktatur der *Revolutionäre* in jeder Tätigkeit lahm gelegt zu werden und wird so über kurz oder lang ebenfalls zur Rebellion gezwungen sein. In der Tat, unter jenen 7000 Reformisten, die in der offiziellen Partei in der Minderheit geblieben sind, sind zahlreiche Männer, die sich gerade jener »ökonomischen Organisation« gewidmet haben, also jenen Realitäten, die nach Mussolini dem »religiösen Geist«, dem »Glauben«, der »Illusion« untergeordnet werden sollten. Die Ehe zwischen den Männern der Realität und den Männern der Illusion kann nicht von langer Dauer sein. An dem Tag, an dem der Krieg der Nation beendet sein wird, wird der innere Krieg in der offiziellen Partei mit Heftigkeit losbrechen, wie es einmal der italienisch-türkische Krieg war, der die Uneinigkeit in das sozialistische Lager trug. Sobald wieder normale Verhältnisse herrschen, werden die Linksreformisten sehr wahrscheinlich erkennen, daß diejenigen, die den Reformismus gerettet haben, gerade die ausgeschlossenen Rechtsreformisten waren.



MITTLERWEILE hat die neue sozialistisch-reformistische Partei, der mehr als 12 Abgeordnete beigetreten sind, eine Kundgebung veröffentlicht, deren wichtigste Sätze hier wiedergegeben seien:

»Die *Italienische sozialistisch-reformistische Partei* . . . will die Fortsetzung der Ziele und Methoden des italienischen Reformismus darstellen, der die schrittweise Anpassung des sozialistischen Gedankens an die wechselnden Verhältnisse der Umgebung bedeutet . . . Sie erklärt von vornherein, um die Verdächtigungen Lügen zu strafen und trügerische Hoffnungen von sich zu weisen, daß sie die Vertreterin der Arbeiterklasse in deren beharrlichem Befreiungskampf gegen die kapitalistische Unterdrückung ist. Sie betont damit von neuem ihren proletarischen Charakter und ihr sozialistisches Endziel: zwei untrügliche Merkmale, die sie genügend von allen anderen demokratischen Parteien unterscheiden. Von den *Sozialistisch-Revolutionären* wird sie sich hauptsächlich durch ihre andersartige Haltung dem Staat gegenüber unterscheiden. Die *Revolutionäre* verhalten sich gegenüber der öffentlichen Gewalt wie gegenüber feindlichen Mächten, die sich nur angreifen, aber nicht durchdringen lassen. Wir dagegen werden das Proletariat, das in seinem tiefen Lebensinstinkt jede denkbare Reform für eine notwendige Reform erklärt, zur Teileroberung der feindlichen Positionen führen, um von ihnen aus den Fortschritt zu weitergehenden Eroberungen anzubahnen. Die Teilnahme des Proletariats an der politischen Macht durch seine direkten Vertreter wird so nicht ein Ausnahmefall sondern ein legales Ziel, wie es ein legales und normales Ziel für alle Parteien ist, die um die Zukunft kämpfen. Aber diese Einführung der proletarischen Macht in das Kampffeld der in unserer demokratischen Verfassung um die Macht ringenden politischen Parteien kann uns nicht dazu bringen den Klassenkampf zu vergessen, der die große Triebfeder der Geschichte ist. Jede Errungenschaft ist Kampf, jede zeitweilige Interessenversöhnung setzt ein gleichzeitiges Wirken mehrerer Kräfte voraus, durch die ein vorübergehendes Gleichgewicht hergestellt wird. So wird der sozialistische Reformismus die Macht der Arbeiterklasse zur höchstmöglichen politischen Geltung bringen, eine Macht, die er in unserm Land durch die Kraft der Propaganda und Organisation zu erhöhen bestrebt sein wird.«

So hat die neue Partei die Anklage, die man schon vor ihrer Geburt gegen sie erhob, bereits im Augenblick dieser Geburt selbst widerlegt, nämlich die eine Partei mit bürgerlichen Tendenzen zu sein, so etwas Ähnliches wie die radikal-sozialistische Partei in Frankreich. Gewiß betont sie ausdrücklich die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit sich mit anderen demokratischen Parteien zur Eroberung von Reformen zu verbünden. Das will aber durchaus nicht sagen, daß sie die Notwendigkeit solcher Bündnisse etwa als eine Art Dogma hinge-

stellt hätte. Diese Notwendigkeit muß vielmehr von Fall zu Fall je nach den örtlichen und zeitlichen Verhältnissen beurteilt werden; in jedem Fall aber wird die sozialistisch-reformistische Partei solche Bündnisse nur schließen, ohne etwas von ihrem eigenen proletarisch-sozialistischen Charakter aufzugeben. Sie ist auch weit davon entfernt auf eine Verschmelzung oder Durcheinanderwürfelung mit bürgerlichen Parteien hinzuzielen. Vielmehr wird die neue reformistische Partei sich der Arbeiterpartei anzunähern suchen, deren erste Umrisse bereits in der *Confederazione generale del Lavoro* in die Erscheinung treten.²⁾ Jedenfalls war es eins der interessantesten Phänomene, die auf dem Kongreß von Reggio zu beobachten waren, daß die *Confederazione* sich nicht in die Kämpfe des sozialistischen Parteitags einmischen wollte. Über den Ausschluß der Rechtsreformisten sprach sie, obwohl sie beiseite stand, ihre Mißbilligung aus. Und nach der Konstituierung der neuen Partei erklärte sie, daß sie sich im Interesse der Arbeiterklasse auch der Rechtsreformisten bedienen werde. Die außerordentliche Bedeutung dieser Tatsachen kann niemandem entgehen: Der Reformismus wurde von der *revolutionären* Ideologie in Acht und Bann getan, aber im selben Augenblick empfing er von den Vertretern der wirklichen Interessen der Arbeiterklasse von neuem die Weihen. So hat sich der praktische Instinkt der Arbeiter selber dagegen aufgelehnt sich dem Illusionismus der Mussolini usw. zu unterwerfen.

Gewiß, das wollen wir nicht leugnen, die neue Partei wird einen schwierigen Weg zu durchlaufen haben. Da sie eine Partei der Aktion sein will, die auf kein Mittel verzichten darf, das die Macht der Arbeiterklasse erhöhen könnte, da sie sämtliche Fragen des öffentlichen Lebens in ihren Kreis ziehen muß, um die für die Arbeiterklasse günstigsten Lösungen herbeizuführen, hat sie sich selbst eine sehr viel schwierigere und verwickeltere Aufgabe gestellt als die Parteien, die sich auf eine *hohe revolutionäre* Kritik beschränken. Wird sie Erfolg haben? Niemand kann es vorhersagen. Dies eine nur kann man behaupten: Hat sie keinen Erfolg, so dürfte die Schuld daran nur in der Unzulänglichkeit der Menschen liegen, denen der Zufall in diesem Augenblick die neue Bewegung anvertraut hat. Durchaus aber würde das noch nicht bedeuten, daß diese Bewegung an und für sich nicht ihre Wurzel in einer geschichtlichen Notwendigkeit hat, gegen die die Bannflüche selbst von 100 Parteitagen absolut nichts besagen.

XX

EDUARD BERNSTEIN · ZUR REORGANISATION DER PARTEI



IEDER einmal soll das Organisationsstatut der Partei abgeändert werden. Liegt ein organisches, aus Änderungen zu den Lebensbedingungen der Partei sich ergebendes Bedürfnis dazu vor, oder haben wir es mit einem erneuten Anlaß zur Gelegenheitsgesetzgebung zu tun, wie sie im letzten Jahrzehnt wiederholt ins Werk gesetzt wurde? Es ziemt sich wohl erst einmal diese Frage zu prüfen, bevor man an die Erörterung der Abänderungsvorschläge selbst herantritt. Niemand wird das Statut einer so entwickelungskräftigen Partei wie die Sozialdemokratie als etwas auf Generationen hinaus Unabänderliches betrachtet wissen wollen.

²⁾ Siehe auch meinen Artikel *Das Verhältnis der sozialistischen Partei zu den Gewerkschaften Italiens* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1910, 2. Band, pag. 1033 ff.

Es kann aber unmöglich als ein gesunder Zustand im Leben einer Partei betrachtet werden, wenn sie alle paar Jahre durch Änderung ihres Statuts oder Resolutionen ihre Verfassung abändert. Was man in dieser Hinsicht vor allem zu vermeiden suchen muß, ist Experimentieren auf Grund von Stimmungen und Tageskonflikten. Dabei kommt selten oder nur zufällig Vernünftiges heraus.

Wie steht es nun diesmal mit dem Bedürfnis der Verfassungsänderung? Die Vorschläge der vom vorjährigen Parteitag eingesetzten Reorganisationskommission und die an sie anknüpfenden Vorschläge einzelner Genossen oder Mitgliedschaften betreffen 3 Fragen des Parteilebens: die Parteileitung, die Vertretung der Partei auf ihren allgemeinen Parteitagen und die Parteisteuer. Die letzte Frage ist diesmal in einer Form gestellt, die zu grundsätzlichen Erörterungen wenig Anlaß bietet, und soll daher hier außer Betracht bleiben. Grundsätzlicher Natur sind dagegen die Vorschläge bei den beiden anderen Punkten.

Von ihnen sind die Vorschläge, die die Vertretung der Partei auf den großen Parteitagen abändern wollen, durch ein Ereignis gezeitigt worden, das dem Jenaer Parteitag noch unbekannt war: die starke Vermehrung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion durch die Reichstagswahlen vom Januar dieses Jahres. In Jena war es nur die Frage der Parteileitung, die zur Einsetzung der Reorganisationskommission Anlaß gab. Und zwar handelte es sich dabei nur um den einen Körper dieser Leitung, den Parteivorstand. Dieser hatte sich nach der Meinung einer Anzahl von Delegierten, die zur äußersten *Linken* der Partei gehören, in einer wichtigen Frage der internationalen Politik (dem Marokkokonflikt) seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt, sich ihr gegenüber zu wenig tatkräftig, zu *bürokratisch*, wie es hieß, verhalten. Anknüpfend hieran wurde eine Änderung der den Parteivorstand betreffenden Bestimmungen des Parteistatuts verlangt. Er sollte anders zusammengesetzt, nach einem Vorschlag des Genossen Dittmann, den dieser jetzt wiederholt, in ein Kollegium von Spezialisten verwandelt werden. Der Jenaer Parteitag hat es mit überwiegender Mehrheit abgelehnt die obenerwähnte Beschuldigung als gerechtfertigt anzuerkennen. Aber, wie das häufig der Fall ist, wenn Anklagen mit einer gewissen Vehemenz vorgetragen werden, die Ankläger erlebten die Genugtuung, daß trotz der Abweisung ihrer Anklage deren Ziel oder Zweck Rechnung getragen wurde. Es geschah dies in der Weise, daß eine Kommission den Auftrag erhielt die Frage der Reorganisationsbedürftigkeit der Parteileitung zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Vorschläge zu machen. Und insofern wenigstens hat diese Reorganisationskommission jenem Verlangen entsprochen, als sie zwar den Vorstand selbst unverändert zu belassen, ihm aber einen Ausschuß zur Seite zu setzen vorschlägt, mit dem er periodisch und im Fall außergewöhnlich dringender Vorcombeisse über Fragen von größerer politischer Tragweite gemeinsam beraten und beschließen soll.

Man tut gut diese Vorgeschichte im Auge zu behalten, um zu einer sachgemäßen Würdigung des Kommissionsvorschlags zu gelangen. Daß er den Wünschen der Opposition des Jenaer Parteitags nicht entspricht, zeigt die scharfe Bekämpfung, die ihm von jener Seite zu teil geworden ist. Aber wie hätte die Kommission auch dazu kommen können deren Wünsche nach-

träglich zu sanktionieren? Wenn bereits in Jena der Beweis geliefert werden konnte, daß die Voraussetzungen, auf die sich die obenerwähnte Anklage stützte, falsch waren, so geht aus den Tatsachen, die seither über das Spiel der Regierungen im Marokkohandel bekannt geworden sind, vollends klar hervor, daß die Aktion, bei der der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie den rechten Zeitpunkt verabsäumt haben soll, auch dann im unrechten Moment erfolgt und darum mit Notwendigkeit wirkungslos verpufft wäre, wenn sie in den Tagen stattgefunden hätte, die von den Anklägern als die einzig richtigen bezeichnet worden sind.

Es ist das ein überaus lehrreiches Thema. Am 2. Juli 1911 wurde die Tatsache bekannt, daß das deutsche Kanonenboot *Panther* im Hafen von Agadir angelegt habe. Wenn nun auch die deutsche Nationalistenpresse sofort Hurrah rief und von *Einschlagen der Krallen* in den Boden Südmarokkos deklamierte, französische Chauvinistenblätter wiederum über Provokation schrieten, so war das große Publikum über den wahren Zweck der Maßregel und die von der französischen Regierung geplante Antwort viel zu sehr auf Vermutungen angewiesen, als daß man vernünftigerweise schon am nächsten Tag Demonstrationen veranstalten und mit ihnen irgendwelche Wirkung hätte erzielen können. Nicht nur der deutsche Parteivorstand, sondern auch die Führer der französischen Sozialdemokratie, Guesde und Vaillant, die doch mehr Möglichkeiten hatten Erkundigungen über die Absichten der Regierung ihres Landes einzuholen als es in Deutschland den Sozialdemokraten möglich ist, hielten es für richtig zunächst noch abzuwarten, was aus der Sache werden würde. Aber selbst wenn sie anderer Ansicht gewesen wären, hätte vor dem 4. oder 5. Juli das internationale sozialistische Bureau unmöglich zusammenzutreten können, vor dem 10. Juli unmöglich eine internationale Massenaktion sich ins Werk setzen lassen. Das mußten auch die Ankläger in Jena zugeben. In Wirklichkeit aber war, wie wir jetzt wissen, der kritische Moment, an dem damals eine Entscheidung fallen sollte, die für die Frage *Krieg oder Frieden?* bestimmend war, der 3. Juli gewesen. An diesem Tag befand das Londoner Kabinet über den Vorschlag der französischen Regierung den *Panthersprung* durch Entsendung je eines oder zweier englischer und französischer Kriegsschiffe nach Agadir zu beantworten, was in der Tat die Kriegsgefahr akut gemacht hätte. Ehe noch die Arbeiterpartei irgendeines Landes in der Lage war die Massen zu Demonstrationen aufzurufen, ward die Frage negativ beantwortet. Am 4. Juli ließ die englische Regierung die französische wissen, daß sie jene Gegenaktion nicht für zweckmäßig halte, und so wurden die Bemühungen eine Lösung des deutsch-französischen Interessenkonflikts auf diplomatischem Weg zu finden wieder aufgenommen. Die Kriegsgefahr war hinausgeschoben, bevor für die internationale Sozialdemokratie Zeit zum Dazwischentreten gegeben war. Nach dem 4. Juli war auf nahezu 3 Wochen hinaus keine unmittelbare Gefahr mehr zu beschwören, die Situation blieb gespannt, aber so unklar, daß, als das internationale sozialistische Bureau dann zusammentrat, es nur Proteste allgemeiner Natur gegen Krieg, Eroberung, kapitalistisch-ausbeuterische Kolonialpolitik usw. anregen konnte, die, weil sie eben ins Allgemeine gingen, keine außergewöhnliche Wirkung zu erzielen vermochten. Ob etliche Wochen früher oder später demonstriert wurde, blieb gleichgültig, solange die Sozialdemokratie es nicht mit einer bestimmten Kriegsdrohung zu tun hatte.

Über die diplomatischen Vorgänge, die zur Rede Lloyd Georges vom 21. Juli 1911 führten, war das Publikum in den Tagen ihres Geschehens so schlecht unterrichtet, daß man wohl prinzipiell das System der Kabinettsdiplomatie geißeln, aber keine so bestimmten Anklagen formulieren konnte wie sie nötig sind, um in den Gemütern jene Leidenschaft auszulösen, ohne die große Bewegungen nicht zustande kommen. Die Erregung in der Arbeiterschaft war bei uns nicht halb so stark wie sie bald darauf im Bürgertum und den von der bürgerlichen Presse beeinflussten Volksteilen Deutschlands ward, die auf Grund von offziösen Mitteilungen England als den Hetzer betrachteten, der es zu keiner Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland kommen lasse. Als im spätern Verlauf des Sommers 1911 zum zweiten und dritten Mal die Frage *Krieg oder Frieden?* auf des Messers Schneide stand, war das Datum längst verstrichen, das nach der Behauptung unserer *Extremradikalen* der passende Moment für die internationale Konferenz gewesen wäre. Über die erneuten Krisen wußte man außerhalb eines engen Kreises von führenden Diplomaten und der Stäbe der Armeen und Flotten wenig Zuverlässiges, ja der Schleier ist selbst heute noch nicht völlig gelüftet. Nur so viel ist ziemlich gewiß, daß die Kriegsgefahr im August und September 1911 nicht geringer sondern eher noch größer war als zu Anfang Juli. Und doch hat man keine Beschwerde darüber vernommen, daß der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie und das internationale sozialistische Bureau in jenen Monaten keine energischen Alarmrufe ergehen ließen. Wer an der Hand der Enthüllungen über das Verhalten der Diplomatie der drei Großmächte im Vorjahr, die inzwischen teils offiziell bekannt gegeben wurden teils inoffiziell hindurchsickerten, das Verhalten der Sozialdemokratie der beteiligten Länder und des internationalen sozialistischen Bureaus nachprüft, der wird auf ein ganz anderes Defizit stoßen als auf jenen angeblichen Fehler in der Organisation der deutschen Sozialdemokratie. Kein Beirat des Parteivorstands hätte etwas daran geändert und etwas daran ändern können, daß wir nicht über die Mittel verfügen in jedem Moment den Kabinetten in die Karten zu schauen, und daß die Sozialdemokratie den Streitfragen, die damals zum Austrag gebracht wurden, mit einem völlig unzulänglichen Programm gegenüberstand, wenn man die reine Negation überhaupt ein Programm nennen kann.

Es ist gewiß sehr schön immer wieder gegen Kriegsabsichten zu demonstrieren, und ich bin der letzte, der dabei nicht gern seinen Mann stellt. Aber solche Demonstrationen sind der Gefahr ausgesetzt sich abzunutzen, wenn sie nicht durch sehr bestimmte und überzeugende Programme für die Erledigung derjenigen Streitfragen ergänzt werden, um derenwillen oder auf die hin die Nationen zum Krieg aufgestachelt werden. Mit der Parole *Wir wollen keinen Krieg um Marokko!* war noch nichts darüber gesagt, was denn nun in und mit Marokko werden sollte, wo Rechts- und Interessenfragen zu entscheiden waren, die man durch bloße Resolutionen nicht aus der Welt schafft. Derjenige Sozialist, der sich damals bemühte die negative Parole *Kein Krieg!* durch eine positive zu ergänzen, Jean Jaurès, fand mit seinem Programm, das den Rückzug der französischen Truppen aus Marokko, die Wiederherstellung und sinnngemäße Durchführung der Bestimmungen des Algecirasvertrags verlangte, sehr wenig Rückhalt in sozialistischen Kreisen, ohne daß ihm jedoch ein anderes, eine bessere Lösung versprechendes Programm gegenübergestellt worden wäre. Gerade unsere *radikalen* Parteiorgane haben damals mit ihrer

absolutistischen Überkritik viel dazu beigetragen die Eindruckskraft des sozialdemokratischen Protestes auf die große Masse der nichtsozialistischen Bevölkerung abzuschwächen.

Kurz, wenn im vorigen Jahr die Sozialdemokratie in der Bekämpfung der Kriegsgefahr gefehlt hat, so sind die Gründe dafür nicht in Organisationsmängeln zu suchen. Auch bei doppelt so großer Zahl der Vorstandsmitglieder und noch so veränderter Methode ihrer Rekrutierung wäre keine der Ursachen beseitigt, die zur Folge hatten, daß unsere Aktionen beim Marokkohan- del mit den wahrhaft kritischen Momenten nicht zusammenfielen, und daß unsere Proteste ohne nachhaltige Wirkung auf die nichtsozialistische Welt blieben.



ACH alledem ermangeln die Vorschläge, die darauf abzielen den Parteivorstand durch Vermehrung und andere Rekrutierung seiner Mitglieder schlagfertiger und verwickelten politischen Situationen gegenüber in höherem Grade gewachsen zu machen, der nötigen Begründung eines Bedürfnisses. Es fehlt ihnen aber auch jede Überzeugungskraft, was ihre Zweckmäßigkeit anlangt. Man spricht vom Bürokratismus des Parteivorstands. Aber, ganz abgesehen von der Tatsache, daß alle Mitglieder des Vorstands zugleich Funktionen in der Partei erfüllen, die sie in steter unmittelbarer Fühlung mit den praktischen Bedürfnissen der Bewegung halten, wo in aller Welt hat noch die Vermehrung und Spezialisierung der Beamten sich als Schutzmittel gegen Bürokratismus erwiesen? Genau das Gegenteil ist überall der Fall gewesen. Mit der Zunahme und Spezialisierung der Beamten hat der Bürokratismus zugenommen, aus diesen beiden Wurzeln zieht er seine Kraft, und gerade indem wir die Zahl der Mitglieder des Parteivorstands auf mäßiger Höhe halten, schützen wir ihn vor Bürokratisierung und seine Mitglieder vor dem Aufgehen in Spezialinteressen. Der Vorstand war nie weniger bürokratisch als zur Zeit, da er aus 5, obendrein wirklich übermäßig in Anspruch genommenen Mitgliedern bestand.

Mit dem Schlagwort vom *Bürokratismus* des Parteivorstands fällt auch der Vorschlag dem Vorstand einen ständigen Beirat von Vertrauenspersonen zur Seite zu setzen, die gewissermaßen als Vorstandsmitglieder im Ehrenamt fungieren sollen. Es ist nicht abzusehen, was dieser Beirat, oder wie man die vom Genossen Ledebour vorgeschlagene Ergänzungskommission nennen will, am Vorstand verbessern soll, wenn dieser Rat nicht nach bestimmten Merkmalen konstituiert wird. Am ehesten würde sich noch eine Ergänzung durch Sachverständige für bestimmte Spezialfragen rechtfertigen lassen. Aber wo der Vorstand des Rates solcher Spezialisten bedürfte, hat er es auch jetzt schon in der Hand sie zu seinen Beratungen heranzuziehen, und mehr ist in dieser Hinsicht weder nötig noch ratsam. Die Aufgaben des Parteivorstands sind in erster Linie politischer Natur, gute Fachleute aber sind keineswegs immer gute Politiker, haben vielmehr oft nur mäßiges Interesse für die Einzelheiten der politischen Probleme. Indes zielt der Ledeboursche Vorschlag nach ganz anderer Richtung. Die Vorstandsmitglieder, wie wir diese jetzt kennen, sollen durch Vertrauenspersonen ergänzt werden, die durch ihre Parteitätigkeit in engerer Beziehung zur Arbeiterschaft und deren täglichen Kämpfen bleiben, eine mehr unmittelbare Fühlung mit der Masse der Genossen haben.

Ein ansprechender Gedanke, dessen Prinzip jedoch bei konsequenter Durchführung aus den Sitzungen des so ergänzten Vorstands ganze Kongresse machen würde. Um dies zu vermeiden, schlägt Ledebour vor nur eine beschränkte Zahl von Genossen zur Ergänzung des Vorstands zu bestimmen und diese Zahl aus agitatorisch, organisatorisch und schriftstellerisch tätigen Genossen in Berlin und dessen näherer Umgebung zu rekrutieren. Auch dann noch würden indessen, wenn man die Zahl nicht so gering hält, daß der dem Vorschlag zugrunde liegende Gedanke zur Parodie würde, aus den Vorstandssitzungen kleine Parlamente werden, die für die zu bewältigenden Arbeiten einen mit ihrem möglichen Nutzen in keinem Verhältnis stehenden Zeitaufwand erforderten. Die Entwicklung des Parteilebens hat uns der Parlamente in der Partei gerade genug gebracht. Bedeutungsvoller noch ist ein zweiter Umstand. Wird dieser *Beirat* des Parteivorstands aus Parteigenossen in Berlin und dessen näherem Umkreis rekrutiert, so erhält der Vorstand in noch höherem Grad eine norddeutsche Färbung als er sie heute schon hat. Man braucht aber keineswegs alles zu unterschreiben, was über die Majorisierung Süddeutschlands durch Norddeutschland in der Partei geschrieben worden ist, um eine Änderung der Parteiverfassung, die solche Wirkung in sich schließt, für durchaus bekämpfungswert zu erachten. Und man braucht kein Buchstabengläubiger des Föderalismus zu sein, um das Verlangen für berechtigt zu empfinden, daß, wenn einmal an der Parteiverfassung reformiert wird, dem föderalistischen Prinzip, ohne das es keine gesunde Demokratie gibt, auch in der Ausgestaltung der Parteileitung ein Platz eingeräumt wird.

Aus allen diesen Gründen erscheint die Bildung eines Parteiausschusses, wie ihn die Reorganisationskommission vorschlägt, am annehmbarsten. Ich weiß nicht, ob die Mitglieder der Kommission es mit Bedacht getan haben, aber faktisch haben sie mit diesem Vorschlag einen Gedanken aufgegriffen und den geänderten Verhältnissen angepaßt, der sowohl dem alten Statut des *Allgemeinen deutschen Arbeitervereins* wie dem Statut der in Gotha 1875 geeinten deutschen Sozialdemokratie zugrunde lag und nur durch die Tessendörferei und das Bismarcksche Sozialistengesetz aus der Verfassung der Partei herausgebracht worden ist. Das Lassallesche Statut sah neben dem Präsidium einen Parteivorstand vor, dessen Mitglieder über ganz Deutschland verteilt waren, und setzte damit der zentralistischen Leitung des Vereins eine regionale Vertretung zur Seite. Das selbe tat das Gothaer Statut der geeinten Sozialdemokratie. Neben Parteivorstand und Kontrollkommission hatte nach ihm die Partei noch einen über ganz Deutschland verbreiteten Parteiausschuß, bei dessen Schöpfung ebenfalls der Gedanke maßgebend war für die Erledigung besonders wichtiger Parteianglegenheiten den Vorstand durch eine Parteiinstanz zu ergänzen, die die Bedürfnisse und Anschauungen der Parteimitglieder in den verschiedenen Landesteilen unmittelbar zum Ausdruck brächte. Der damalige Stand der Vereinsgesetzgebung in den verschiedenen Staaten Deutschlands machte es unmöglich für die Wahl der Mitglieder des Parteiausschusses Regeln vorzuschreiben, nach denen diese in aller Form Vertreter bestimmter Distrikte gewesen wären; man mußte sich da auf andere Weise helfen, und bei der Kleinheit der Partei und der relativ geringen Zahl zu solchen Ämtern besonders geeigneter Parteimitglieder ging dies auch an. Aber prinzipiell war der Ausschuß, dem seinerzeit auch der Schreiber dieses Artikels angehörte, als die föderative Vertretung der Partei gedacht. Viel unvollkom-

mener als im Gothaer Statut kommt das föderative Prinzip im Organisationsstatut zu seinem Recht, wie es die Partei nach Erlöschen des Sozialistengesetzes geschaffen hat. Wohl werden bei der Wahl der Parteikontrolleure die verschiedenen Landesteile berücksichtigt. Aber weder schreibt das Statut vor, daß es geschieht, noch wird in der Praxis hierbei genau nach den Regeln des demokratischen Vertretungsprinzips verfahren. Seit Jahren sprechen nicht die Vertretungen der betreffenden Landesteile das entscheidende Wort bei der Bestimmung der auf jede von ihnen entfallenden Kontrolleure, sondern die Entscheidung liegt bei den Fraktionen, in die sich die Delegierten auf den Parteitag nach politischen Tendenzen oder Richtungen gruppieren, und es hängt ganz vom Spiel der Verteilung der Fraktionen und der Stärke des Fraktionsgeistes ab, inwieweit die Wünsche und Ideen der Landes- oder Distriktsvertretungen dabei zu ihrem Recht kommen. Außerdem ist auch die Zahl der Kontrolleure zu gering, um eine der heutigen Stärke der Partei einigermaßen entsprechende Vertretung nach Landesteilen zu ermöglichen.

Daher haben wir denn auch die Erscheinung, daß immer wieder die Forderung erhoben worden ist die Parteileitung nach den Grundsätzen des föderativen Prinzips zu reorganisieren. Bisher hat man dabei daran gedacht den Parteivorstand auf föderativer Basis zu konstituieren. Ich habe schon im vorigen Jahr an dieser Stelle ausgeführt, warum ich diesen Gedanken für ganz unzweckmäßig halte,¹⁾ und brauche jetzt um so weniger darauf zurückzukommen als von keiner Seite ein bestimmter Vorschlag gemacht ist, der ihm entspräche. Der Vorstand als ausführende Behörde soll die Verkörperung des zentralistischen Prinzips in der Bewegung bleiben. Aber der absolute Zentralismus hat sich nirgends als förderlich oder auch nur in voller Reinheit durchführbar erwiesen, und der innere Aufbau unserer Partei ist längst so sehr von föderativen Einrichtungen durchsetzt, daß man sagen kann, der ganze Unterbau der Parteioorganisation sei föderativer Natur. Es ist daher nur folgerichtig der zentralistisch konstituierten Ausführungsbehörde der Partei einen Ausschuß zur Seite zu setzen, der organisch aus den großen föderativen Gebilden der Partei hervorgeht.

Insofern ist die Vorlage der Reorganisationskommission durchaus zu begrüßen. Nach ihr sollen die Mitglieder des Parteiausschusses auf Grund der Vorschläge der Landes- oder Distriktsvertretungen vom Parteitag gewählt werden. Es ist nicht klar, ob damit dem Parteitag das Recht zugesprochen werden soll an jenen Vorschlägen Änderungen vorzunehmen, oder ob seine Sanktion nur symbolische Bedeutung haben soll. Das erstere würde eine Halbheit bedeuten, die zu recht unangenehmen Reibereien führen kann. Hier sollte es heißen: entweder — oder. Entweder gibt man den Landes- usw. -vertretungen das Recht ihre Vertreter im Ausschuß selbst zu bestimmen, oder man gibt es ihnen nicht. Ein nur bedingtes Recht hat bei der heutigen Verfassung der Partei keinen Sinn. Ganz hinfällig ist der Einwand, daß durch die Gewährung dieses Rechts das System der landsmannschaftlichen Gruppierung auf den Parteitagen sanktioniert, und dadurch die Axt an die Einheit der Partei gelegt würde. Das Gegenteil ist der Fall. Ohne irgendwelche Gruppenbildung für die Verständigung über Wahlen usw. geht es heute auf den Parteitagen gar nicht mehr, die große Zahl der Delegierten nötigt dazu. Das Gegenstück der

¹⁾ Siehe meinen Artikel *Reorganisation der Parteileitung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1322 ff.

Gruppierung nach Landsmannschaften ist nicht die ungeteilte Delegiertenschaft sondern die Gruppierung nach Fraktionen oder Interessengruppen. Der Wunsch der übergroßen Mehrheit der Parteigenossen geht aber dahin, daß das Fraktionswesen in der Partei nicht verewigt werde, und wenn es zeitweise nicht ganz ohne Bildung von Meinungsgruppen in der Partei abgeht, so muß ein Überwuchern des Fraktionswesens doch als ein Übel betrachtet und ihm entgegengewirkt werden. Der in der geschilderten Weise konstituierte Parteiausschuß kann das Mittel werden für die Austragung von Meinungskämpfen in der Partei die Fraktionsbildung entbehrlich zu machen oder auf ein dem Einheitsbewußtsein unschädliches Maß zu reduzieren. Die Landsmannschaften oder Provinzialverbände sind keine Fraktionen, in ihnen allen gibt es Mehrheiten und Minderheiten von Anhängern der verschiedenen Meinungsrichtungen in der Partei. Das gibt eine Sicherheit gegen die Zusammensetzung des Parteiausschusses nach dem Willen einer Mehrheitsfraktion, mildert so den Drang nach Fraktionsbildung und die Möglichkeiten einer Fraktionsherrschaft.

Wie sich im übrigen der Parteiausschuß bewähren wird, kann nur die Erfahrung lehren. Da er über keine anderen Mittel der politischen Information verfügt als der Parteivorstand, wird kein vernünftiger Mensch von ihm erwarten, daß er der Diplomatie tiefer in die Karten sehen wird als dieser. Aber er bietet die Handhabe in Zeiten innerer und äußerer Krisen im Verein mit dem Parteivorstand ein genaueres Bild von der Stimmung und den Möglichkeiten der Genossen im Land zu bekommen als dies dem Parteivorstand allein möglich wäre und so die Entscheidung über die Einleitung außerordentlicher Aktionen zu erleichtern. Wohl sieht das Parteistatut für außergewöhnliche Fälle die Einberufung außerordentlicher Parteitage vor. Aber diese Bestimmung ist durch das Wachstum der Parteiorganisationen und die daraus resultierenden Umständlichkeiten der Delegiertenwahl in der Praxis geradezu zum toten Buchstaben geworden. So spricht auch dieser Umstand für die Schaffung einer schnell einzuberufenden ständigen Vertretung der Parteiorganisationen der verschiedenen Landesteile, wie der nach demokratisch-föderativen Grundsätzen gebildete Parteiausschuß sie darstellen würde.

Der Unterschied im Zeitaufwand für die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Parteiausschusses und die einer solchen Sitzung eines etwaigen *Parteibeirats* wäre ein viel zu geringer als daß man um seinerwillen darauf verzichten sollte der neuen Vertretung diejenige demokratische Grundlage zu geben, die die größte Gewähr gegen willkürliche Zusammensetzung darbietet und ihr damit den größten Grad von Vertrauen sichert. Auf außerparlamentarische politische Entscheidungen, die über Nacht getroffen werden müssen, ist unser Kampf in Deutschland überhaupt nicht eingestellt, und die Erfahrungen, die in der letzten Zeit in anderen Ländern mit solchen improvisierten Aktionen gemacht worden sind, laden nicht dazu ein von unserer Praxis abzugehen.



GENÜBER der Frage der Reorganisation der Parteileitung sinkt die Frage der Vertretung der Reichstagsabgeordneten auf den Parteitagen zu relativer Unbedeutendheit herab. Daß die Reichstagsfraktion auf den Parteitagen vertreten sein muß, leugnet niemand, das Wie der Vertretung aber ist mehr eine Sache der Zweckmäßigkeit als eines fundamentalen Prinzips. Gegen den Vorschlag nur noch einem Drittel der Ab-

geordneten eine Vertretung von Amts wegen einzuräumen würde wenig einzuwenden sein, wenn er nicht die Gefahr in sich trüge zur Bildung und Befestigung von Cliques in der Fraktion geradezu herauszufordern. Nach irgendwelchen Grundsätzen oder Merkmalen müßte die Auslese doch stattfinden. Heute herrscht in der Reichstagsfraktion das Bestreben vor in jeder Hinsicht den Grundsatz demokratischer Gleichheit der Fraktionsmitglieder obwalten zu lassen, unter Berücksichtigung der besonderen Neigungen und fachlichen Beschäftigung jedem Fraktionsmitglied nach gleichem Recht die Möglichkeit parlamentarischer Betätigung zu sichern. Weniger als je ist aber heute etwas von einem Sonderinteresse der Fraktion gegenüber der Masse der nichtparlamentarischen Genossen vorhanden. Gerade die Größe der Fraktion wirkt dem entgegen. An diesem erfreulichen Zustand könnte die vorgeschlagene Dritteilung im Vertretungsrecht bei den Parteitag nur nachteilige Änderungen hervorrufen. Es wäre immer noch besser allen Fraktionsmitgliedern (den Vorstand und den Referenten der Fraktion etwa ausgenommen) das Recht der offiziellen Teilnahme an den Parteitagen zu nehmen als jene Dritteilung vorzuschreiben. Indes sind die Gefahren, die das bisherige Recht für die Fülle der Parteitage und den Geist ihrer Abstimmungen mit sich bringt, schwerlich so groß, daß man darum auf die Anwesenheit der Reichstagsmitglieder verzichten sollte.

Wir können im Angesicht des Wachstums der Partei nur wenig daran ändern, daß die Zahl der Teilnehmer an den Parteitagen stetig zunimmt. Daß dies gewisse Schwierigkeiten mit sich bringt, ist unleugbar. Sie sind aber nicht durch Amputationen zu beseitigen sondern rufen nach organischen Reformen in den ständigen Vertretungen der Partei. Und dies ist vielleicht der wichtigste Gesichtspunkt, unter dem sich der Vorschlag auf Schaffung eines *Parteiausschusses* empfiehlt.

XX
MAX SCHIPPEL · SIBIRIEN ALS SIEDELUNGS-
KOLONIE

FURST Krapotkin, wie sein anarchistischer Gesinnungsfreund und Mitkämpfer Elisée Reclus ein hervorragender Geograph, betonte oft und gern die Ähnlichkeit Sibiriens mit den weiten Innen- und Fernwestgebieten der Vereinigten Staaten und Kanadas, also mit den Schauplätzen der größten und kulturgeschichtlich denkwürdigsten siedlungskolonialen Bewegung während der letzten Menschenalter. Wenn ein Reisender, schrieb er März 1898 im *Nineteenth Century* nach der Rückfahrt von einem internationalen wissenschaftlichen Kongreß in Kanada, von der russischen Ostseeküste aus das nördliche Mittelrußland, dann die hügeligen und metallreichen Landstriche des mittleren Ural, weiter die ausgedehnten Prärien und Ebenen von Südsibirien, endlich die Gebirgszüge und Plateaus von Ostsibirien durchquere, so stoße er auf genau die gleichen Typen von Landschaften und Wirtschaftszonen, in genau der selben Reihenfolge, als wenn er, freilich umgekehrt: von Osten nach Westen, Nordamerika in der Nähe des 50. Breitengrades, also etwa längs der Grenze Kanadas und der Vereinigten Staaten überschreite:

»Für die amerikanischen Oststaaten, die unter diesem Gesichtspunkt dem westlichen Europa entsprechen würden (beide kehren sich dem Atlantischen Ozean zu und stellen

die Hauptsitze der gegenwärtigen Zivilisation dar), mag diese Gleichartigkeit weniger durchschlagend scheinen. Aber die Waldgebiete des östlichen Kanada, die schon häufiger mit den Waldgebieten des nördlichen Mittelrußland verglichen worden sind, sind in der Tat das Gegenstück zu diesem Teil Europas. Dann kommen die hügeligen, gebirgigen, forstbestandenen Bergwerksregionen, die sich in Kanada nördlich des Obern Sees erheben, und sie erinnern mich in vielen Beziehungen an den Ural . . . mit seinen Schatzlagern von Gold, Kupfer und Eisen; auch er hat im Süden seinen großen Binnensee, das Kaspische Meer. Weiter westwärts durch Kanada fortschreitend, gerieten wir, fast unvermittelt bei Winnipeg, in die endlosen Tiefprärien von Manitoba; und hier war die Illusion eine vollkommene. Ich hätte fast glauben mögen, es ginge auf die niederen Schwarzerdeprärien von Südtobolsk am Fuß des Ural zu. Der selbe Allgemeineindruck, der selbe Boden, die selben versiegenden Seen, der selbe Charakter des Klimas, die selbe Lagerung gegen die Bergländer und wahrscheinlich der selbe lacustrine Ursprung in beiden Fällen. Als der Zug noch weiter gegen Westen dampfte und nach allnäherlicher Überwindung einer Landabdachung, die höhere regenarme rollende Prärie (wir würden es in Sibirien *Steppe* nennen) durchschnitt, da konnte ich mich sehr leicht in die Hochsteppen zurückversetzt denken, die von der sibirischen Eisenbahn jenseits von Tomsk erreicht werden. Die Höhenlage dieser Steppen in beiden Erdteilen, die Abdachungen, die sie von den niedrigeren Terrassenstufen trennen, das Allgemeinbild von Oberfläche und Pflanzenwuchs, all dies ist wunderbar ähnlich, während die kleinen sibirischen Städte Kainsk, Atschinsk, Krasnojarsk als Zwillingengebilde von Medicine Hat, Calgary und Regina bezeichnet werden könnten, wäre nicht der amerikanische Zuschnitt der kanadischen Städte. Die Ödländer [barren lands] im fernen kanadischen Norden, die in allem Wesentlichen den Subtundren und Tundren Sibiriens gleichen, und die Wüsteneten des amerikanischen Plateaus im Süden, die den Wüstenstrichen Mongoliens entsprechen, vervollständigen die Analogie. Schließlich kommt der Gürtel von parallel laufenden Küstengebirgen: das Felsengebirge, die Selkirk- und Goldmountains, das eigentliche Küstengebirge mit den zwischen ihnen liegenden Hochebenen. Und hier ist abermals die Analogie zwischen dem ostasiatischen Plateau und den Parallelketten von Gebirgen, die sich auf seiner Oberfläche aufrichten, eine vollkommene. Die sibirischen Gebirge sind in der selben Breitenlage massiger und die Hochebenen lächenreicher als in Kanada; aber die Ähnlichkeit des Allgemeinbildes geht so weit, daß mir beispielsweise in Okanagan geradezu zu Mut war, als sei ich mitten in den transbaikalischen Steppen, obwohl die amerikanischen Küstengebirge . . . weit jüngern Ursprungs sind als die das ostsibirische Plateau einfassenden Bergzüge . . .

Kolonialpolitisch lehrreich ist nun die Frage, warum zwei so gleichartige, im einen wie im andern Fall zunächst der Besiedelung harrende, dann systematisch für die Besiedelung auch wirklich in Angriff genommene Erdstriche so große Entwicklungsunterschiede, bislang nur zum Nachteil Sibiriens, zeigen. Bei Krapotkin findet man meines Wissens keine näheren Ausführungen hierüber, obwohl er Sibirien als *Kolonie* wiederholt behandelt hat¹⁾. Um so mehr haben sich hierzu amerikanische Reisende geäußert, die, wie fast alle politisch und wirtschaftlich geschulten Amerikaner, mit der Erschließung des eigenen fernen Westens seit dem Abschluß des Bürgerkrieges /1865/ vertraut waren (denn älter ist die entscheidende große Massensiedelungskolonisation, trotz einer Vorgeschichte von Jahrhunderten auch in den Vereinigten Staaten nicht). Ich nehme hier, außer einigen Zeitschriften, vor allem das 2bändige Werk G. F. Wrights *Asiatic Russia* /1912/ zum Ausgangspunkt. Endlich ist soeben die amtliche Denkschrift Stolypins und Kriwoschins über die *Kolonisation Sibiriens* aus dem Russischen übersetzt worden, so daß schon deshalb ein Zurückkommen auf das genannte kolonialtheoretische Problem naheliegt, das zugleich für Rußland eine weitreichende agrar- und sozialpolitische und für ganz Europa und Asien eine grundlegende weltpolitische Bedeutung besitzt.

¹⁾ Siehe besonders Krapotkins Artikel *Siberia* in der ältern Auflage der *Britischen Enzyklopädie*. Krapotkin führt hier auch als russische Werke an: Yadrintsew *Sibirien als Kolonie* in der 2. Ausgabe /1892/ und Ermolow *Sibirien als Kolonie* in der 3. Ausgabe /1894/.



REKANNTLICH kennzeichnet Karl Marx die beiden Grundelemente der »wirklichen« Siedelungskolonisation in seiner treffsicheren Weise ökonomisch dahin: »jungfräulicher Boden« und daneben der »Einwanderer«strom zur wirtschaftlichen Unterwerfung und Nutzbarmachung dieses Bodens (der selbstverständlich oft schon seit langen Jahren und selbst seit Jahrhunderten, durch Flaggenhissungen und sonstige völkerrechtlich-symbolische Handlungen, durch Verträge oder durch ernstliche Kämpfe mit den kulturell tieferstehenden Vorbewohnern, oberflächlich politisch erworben und besetzt sein kann).²⁾

Bleiben wir zunächst bei dem jungfräulichen, der europäischen Wirtschaftskultur vorher nicht unterworfenen Boden Sibiriens. Die Schätzungen über die anbau- und ausnutzungsfähigen Ländermengen gehen begreiflicherweise weit auseinander: die genaueren Landvermessungen und Landbewertungen kommen eben gewöhnlich erst mit dem schrittweisen Vorrücken der Zuwanderer. Aber daß in Sibirien noch enorme natürliche Hilfsquellen ihrer Erschließung harren, ist unbestritten und unbestreitbar. Wright neigt, nachdem er wegen ungünstiger Boden- und Wetterverhältnisse an der Gesamtziffer reichliche Abstriche vorgenommen hat, zu der Meinung, daß die *cultivable area* Sibiriens etwa derjenigen der vereinigten 12 nördlich-zentralen Unionsstaaten Ohio, Indiana, Illinois, Michigan, Wisconsin, Minnesota, Iowa, Missouri, Norddakota, Süddakota, Nebraska, Kansas gleichkomme. In den Vorbedingungen, was Klima, natürlichen Bodenreichtum, Nähe von Kohle, Kupfer und Eisen anlangt, mache sich kein großer Unterschied geltend; ein Ring von Wald- und Weidegebieten lege sich in ähnlicher Art um die sibirischen Ackerbaustriche herum. Das Flußnetz sei für die Entwicklung eines reichen Innenverkehrs gleichfalls nicht ungünstiger als in den angeführten amerikanischen Innenstaaten. Trotzdem hätten diese, bei noch immer sehr niedriger extensiver Landwirtschaftsweise, 1902 bereits 26 Millionen Einwohner (45 auf die englische Quadratmeile pflugbaren Landes) umschlossen, gegen damals nur 5 Millionen (10 Einwohner auf die Quadratmeile) in Sibirien. Die beiden erwähnten russischen Staatsmänner suchen sich im allgemeinen bei ihren Darlegungen und Reformvorschlägen nur an die Ländermassen zu halten, die bereits in den nächsten Jahren für ein staatliches Eingreifen in Betracht kommen können. Im großen und ganzen geben sie jedoch den Optimisten recht. Selbst in den bereits am meisten und am längsten aufgesuchten Kreisen Westsibiriens, im Petropawlowschen, Barnaulschen und Tomskischen, brauche man von der sibirischen Eisenbahn, diesem Gegenstück zu den kolonial-amerikanischen Überlandbahnen, noch gar nicht weit seitab zu biegen, um sich mit einemmal wieder in endlose, ganz schwach besiedelte Gegenden zurückgeworfen zu fühlen. Alle verkleinernden und herabsetzenden Berechnungen des siedelungsfähigen Areals seien bisher stets durch die Wirklichkeit widerlegt worden:

»Im Jahr 1896 wurde im Bericht über die Sibiriensfahrt des Staatssekretärs Kulomsin der »beglaubigte Vorrat an Kolonisationsland für die nächsten Jahre« im ganzen auf 130 000 Seelenanteile berechnet. Seit dieser Zeit sind 15 Jahre vergangen, 10mal mehr Landteile sind angewiesen worden, und immer noch wird jährlich eine fast um das Dreifache größere Anzahl von Landstrecken angewiesen und besiedelt.

²⁾ Siehe meinen Artikel *Was ist eigentlich eine Kolonie, und was ist Kolonialpolitik?* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1907, 2. Band, pag. 817 ff.

Nach den Berechnungen der Übersiedlungsverwaltung, die im Anfang des Jahres 1908 gemacht worden sind, wurde der für die Zukunft zur Besiedelung in Sibirien geeignete Vorrat auf 3 Millionen Seelenanteile bestimmt: für 6 Millionen Übersiedler (beiderlei Geschlechts), wobei man annahm ein Drittel dieses Vorrats im Steppengebiet zu finden. Vielen schienen damals diese Berechnungen übertrieben zu sein, beinahe phantastisch. Es vergingen 3 Jahre, und es war gelungen mehr als eine Million von Seelenanteilen zur Besiedelung anzuweisen, und der Landvorrat von Sibirien ist noch nicht erschöpft sondern wächst scheinbar an einigen Stellen. Im Akmolinskischen Gebiet zum Beispiel wurden im Jahr 1908 die Landüberschüsse auf $6\frac{1}{2}$ Millionen Desjatinen oder auf 600 000 Anteile berechnet; ein Viertel dieses Vorrats ist seit dieser Zeit schon aufgebraucht. Aber durch die in der Folge vorgenommene wiederholte Untersuchung, die das ganze Gebiet umfaßte, wurde festgestellt, daß im Jahr 1910 in ihm nicht bloß 6 Millionen freier Überschüsse vorhanden waren sondern gegen 12 Millionen Desjatinen (11 877 000) . . .

In den nördlichen und östlichen Bezirken Sibiriens werden immer neue Gebiete erschlossen, für die durch genaue Versuche und Forschungen sich die Möglichkeit der Ackerbauwirtschaft bestätigt hat, indem die früheren Vorstellungen, daß diese Ländereien zur Besiedelung untauglich wären, widerlegt wurden. Der Verweser des Tomskischen Übersiedlungsbezirks hat uns eine Reihe von genauen und überzeugenden Angaben vorgelegt, die die Möglichkeit bezeugen, daß das wüste Narymsche Gebiet besiedelt werden kann; der Verweser des Jenisseiskischen Bezirks interessante Angaben über für die Kolonisation wertvolle Ländereien im Tschuno-Angarschen Bezirk, über die Karabulwaldbrandstellen usw. Bisweilen nehmen diese gleichsam neu für Rußland entdeckten Ländereien (wohin früher und vor allen Forschern und Gelehrtenexpeditionen schon die unwissenden *eigenmächtigen* Übersiedler vordrangen, so daß die Erforschung hier schon ganz unerwartet menschliche Behausungen und erste Aussaaten antrifft) Flächen von 18 bis 20 Millionen Desjatinen ein. Nach dem sibirischen Übersiedlermaßstab sind das gewöhnliche, hier niemand in Erstaunen setzende Dimensionen . . .

Die Grenzen der besiedelten Länder erweitern sich beständig. Schrittweise gelangt die wirtschaftliche Entwicklung der Besiedelung bis zu den unangebauten Bezirken. Außerdem vermehrt sich auch in den Grenzen der Ländereien, die schon als besiedelt gelten, die Dichtigkeit der sibirischen Bevölkerung immer mehr, so daß, wie genau auch die Berechnungen der Landreserven Sibiriens angestellt werden, diese ganze Länderarithmetik doch nur eine relative Bedeutung hat. Es ändern sich die Marken, durch die der Landvorrat bezeichnet wird, es sinken die Landnormen, es steigt das Verständnis und die Arbeitsfähigkeit der Menschen, es sinken ihre Ansprüche an die natürlichen Bedingungen des Bodens, es werden bisweilen mit der Ankunft der Menschen selbst diese natürlichen Bedingungen besser.«

Das sind ganz die selben Erfahrungen, die man bei der amerikanischen Siedelungskolonisation immer von neuem machte; und selbst mit der Aufschließungsmöglichkeit der Kirgisensteppe wird es vielleicht ähnlich liegen wie mit der Hoffnungslosigkeit der westamerikanischen Bezirke der ariden Zone. Denn von der Agrarwissenschaft wird bereits zuweilen die Behauptung vertreten, daß Salzsteppen von nur schwachem oder mittlerem Salzgehalt geradezu die nachhaltig fruchtbarsten, am langsamsten sich erschöpfenden Bodenarten darbieten; sie sind nach dem amerikanischen Gelehrten Hilgard wahre »Vorratskammern düngender Stoffe«, verlangen allerdings mehr Überlegung und Verständnis bei der Bearbeitung, beim Bewässern und ähnlichem:

»Im allgemeinen kann die Frage nach der Zukunft der russischen Besiedelung im Süden der Kirgisensteppe, die nach der Meinung vieler von der Natur selbst nur zum Nomadisieren vorherbestimmt ist, kaum im negativen Sinn entschieden werden.«

Nun zu den Einwanderern, dem zweiten Element der Siedelungskolonisation. Die Ziffern zeigen hier, wenn man sich nicht an die einzelnen, oft von vergänglichem außerordentlichen Umständen maßgebend beeinflussten Jahre klammert, im Durchschnitt ein rasches Steigen:

»In den 300 Jahren, seit Sibirien uns gehört, hatten sich in dem Lande im ganzen $4\frac{1}{2}$ Millionen russischer Bevölkerung zusammengefunden. Aber in den letzten

15 Jahren sind mit einemmal 3 Millionen hierher gekommen, von diesen mehr als 1½ Millionen innerhalb dreier Jahre (1907 bis 1909) . . . Sibirien ist reich an allem, nur nicht an Menschen, und kann bloß durch den Zustrom lebendiger Arbeitskräfte aus Rußland ein Aufblühen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens erreichen. Alles übrige; das Leben der Alteingesessenen, der Kirgisen, der Kosaken, die Forstwirtschaft und der Bergbau, die ländlichen und die städtischen Verhältnisse, alles das bildet eine ziemlich starre, gemeinsame Umwelt; so tritt denn die Übersiedlungsbewegung als die Haupttriebkraft in Gegensatz zu alledem. Unter dem Einfluß dieser Kraft werden sich alle übrigen Verhältnisse vorwärts bewegen und umgeformt werden: den neuen Bedingungen, die durch die Ankunft der Übersiedler geschaffen werden, müssen sich sowohl die Raubwirtschaft der Alteingesessenen und die Jahrhundertalte primitive Wirtschaft des Nomaden als auch die örtlichen Arbeitsmärkte anpassen.*

Es ist aber kaum daran zu denken die abnorme Einwandererziffer der letzten Höchstjahre so bald wieder zu erreichen. Die günstigen russischen Erntèn von 1909 und 1910 brachten sofort einen Rückschlag: 1909 gingen nach Asien 707 000 russische *Auswanderer* (dies ist die offizielle Bezeichnung, obwohl bei dieser Bevölkerungsbewegung die Grenzen des russischen Reiches niemals verlassen werden), 1910 465 000, 1911 226 000. Vielfach wurde die Abwanderung von oben herab zeitweilig ganz künstlich befördert, aus Furcht vor der revolutionären Gärung in den heimischen Distrikten, und selbst Stolypin wendet sich gegen dieses kurzzeitige Treibhausverfahren, das sogar unmittelbar gefährlich werden kann, wenn es mit einer ganz ungenügend vorbereiteten, für die plötzliche stürmische Nachfrage durchaus unzulänglichen Landerschließungspolitik in den Siedlungsgebieten zusammenfällt. Nach Stolypin-Kriwoschein wäre zwar die vielbesprochene, befremdend umfangreiche *Rückwanderung* meist nur eine Bevölkerungsverchiebung innerhalb Sibiriens, und nur zum kleinern Teil ein wirklicher Rückfluß nach Rußland. Doch selbst dieser Bruchteil würde der russischen Kolonisationspolitik kein günstiges Zeugnis ausstellen, so sehr man ihre sonstigen Leistungen anerkennen mag.

Jedenfalls, auch die Produktions- und Ausfuhrziffern beweisen dies, ist der unleugbare, man darf sogar sagen: ungeahnte Aufschwung Sibiriens ein wesentlich langsamerer als der der namhaftesten anderen Siedlungskolonisationsgebiete der jüngsten Zeit: vor allem wesentlich langsamer als das meteorhafte Emporsteigen der amerikanischen Innen- und Fernweststaaten nach der Mitte der sechziger Jahre und als heute die Entfaltung der kanadischen und argentinischen Neulandprovinzen.



IES ist, um der Einfachheit wegen bei den genannten Marx'schen Grundbegriffen der Siedlungskolonisation zu bleiben, auf der einen Seite durch die Unterschiede der *Einwanderungspolitik* bedingt, in der sich die russische Kolonialpolitik in der Tat vollständig von dem regelmäßigen, gewohnten Verhalten des sonstigen europäischen Kulturkreises abwendet.

Das junge, unerschlossene, vorher nur von Büffeln und Indianern belebte Innere der Vereinigten Staaten ist wahrlich nicht ausschließlich, oder auch nur vorwiegend durch Zuwanderer aus den älteren amerikanischen Oststaaten besiedelt und kolonisiert worden sondern nach 1848 und erst recht nach 1865 ganz überwiegend durch schottische, irische, englische, deutsche, österreichisch-ungarische, dänische, schwedische, russische, italienische, spanische Bauern. Wenn Marx deshalb im *Kapital* noch 1867 von einem Kolonialland »Europas« sprechen konnte, (»die Vereinigten Staaten sind, ökonomisch gesprochen,

immer noch Kolonialland Europas«), so hebt er damit einen einschneidenden Grundzug dieser Art von Siedelungskolonisation treffend hervor. Die Flagge, die über diesem großen, welthistorisch-revolutionären Entwicklungsprozeß weht, war allerdings, schon seit langem, nicht mehr die mutterländisch-englische sondern die unabhängig-amerikanische. Aber seit wann haben wir materialistisch-geschichtsphilosophisch geschulte Marxisten, die in beschämendem Gegensatz zu unserm großen Meister und seinen ausdrücklichen Warnungen, auf ein bloßes *rechtliches* Aushänge- und Firmenschild hilflos hereinfallen? Denn die tiefe *ökonomische* Strömung, die unter dem wechselnden rechtlichen Aushängeschild sich unaufhaltsam, ja sogar mit wachsender Wucht nach wie vor weiter vollzog, blieb im Grunde, »ökonomisch gesprochen«, bis in das letzte Menschenalter hinein ganz und gar die gleiche: Europäer aller Nationen stoßen vom heimischen Strand ab und schieben sich als Siedelungskolonisten, als Vertreter des europäischen Wirtschaftskulturkreises, allmählich allerdings auch noch Arm in Arm mit drüben bereits heimisch gewordenen Amerikanern der Küsten- und sonstigen Oststaaten, gegen die Wildnis der Natur und gegen das Barbarentum zurückgebliebenster menschlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen im Innern des Kontinents vor: Amerika bleibt oder wird vielmehr, lange nach der Unabhängigkeitserklärung, erst recht »Kolonialland Europas« auch wenn der vermeintlich so überaus *ökonomisch gerichtete* Edelmarxist das tief Marxsche Wort ganz und gar nicht begreifen will. Kanada ist nicht unabhängig. Aber gleichviel ob die englische Vormacht noch stark, wie früher, vorhanden war, oder ob sie, wie heute, fast ganz dahingeschwunden ist, gleichviel ob unter mehr englischem oder mehr kanadischem Firmenschild: der Kolonisationsvorstoß gegen Wälder, Prärieen und Gebirge, gegen Büffel und Indianer vollzog und vollzieht sich nach wie vor immer wieder durch französische, schottische, irische, deutsche, skandinavische, russische, neuerdings auch unions-amerikanische Bauern. Der Einwandererstrom, der sich über den *jungfräulichen Boden* des ungeheuren Innern ergoß, war in den entscheidenden Jahrzehnten niemals spezifisch mutterländisch-englisch und ist heute erst recht keineswegs spezifisch-kanadisch; er war und bleibt international-europäisch, nur daß die Unions-amerikaner, als jüngere Sprößlinge des gemeinsamen alteuropäischen Stammes, mehr und mehr mitvertreten sind. Australien ist englische Kolonie, aber seine Einwanderungspolitik ist von England sehr wenig beeinflußt, und sie würde auch dann, was die Siedelungskolonisation anlangt, international-europäisch (Amerika abermals dabei eingeschlossen) bleiben: Australiens Absperrungsgesetze richten sich im wesentlichen gegen Nichtangehörige des europäischen Kulturkreises (Japaner, Chinesen, sonstige Farbige) und gegen die Überfüllung des gewerblichen Lohnarbeitsmarkts, nicht gegen irgendwelche weiße Siedelungsanwärter. Argentinien öffnet die Eingangstore zu seinen, der weitem Erschließung entgegensehenden Innengebieten für Italiener, Franzosen, Deutsche, Britten, Spanier, für weiße Nord- und Südamerikaner; unter diesmal südamerikanischer Flagge vollzieht sich abermals, ökonomisch, eine internationale, immer wieder vorwiegend europäische Siedelungskolonisation, auch wenn das für den Genossen K. Kautsky weiter ein Buch mit 7 Siegeln bleibt.

Die sibirische Einwanderungspolitik dagegen, dieses eine grundlegende Element der allgemeinen Kolonisationspolitik, ist nationalrussisch. Sie wünscht als Siedler nur eigene Reichsangehörige. Die russische Flagge deckt

hier zugleich eine nach allen beteiligten lebendigen Kräften rein russische Bevölkerungsbewegung und Siedelungskolonisation. Das mag weltpolitisch vollkommen erklärlich sein, da auf diesem Weg ein national möglichst einheitlicher Schutzwall gegen alle umwohnenden Fremdvölker, gegen Kirgisen und Mongolen, gegen Chinesen und Japaner entsteht. Rein wirtschaftlich-kolonialpolitisch hat es den unleugbaren Nachteil, daß die geistig recht schwerbeweglichen, in ihrer Wirtschaftskultur, ihrer Landwirtschaftsproduktion sehr tiefstehenden russisch-bäuerlichen Volksmassen in diesem Fall dem ganzen siedelungskolonialen Eroberungszug viel von der Elastizität und der Leistungsfähigkeit genommen haben, die wir vor allem an der wirtschaftlichen Erschließung des nordamerikanischen Kontinents so sehr bewundern müssen.

Auf der andern Seite, in der Bodenpolitik, hat sich das spezifisch Russische gleichfalls als ein schlimmes Hemmnis für die Vollentfaltung der ökonomischen Kräfte erwiesen. In der Bodenpolitik heißt die grundlegende Regelung der hervorragendsten, in erster Linie der nordamerikanischen Siedelungsländer bekanntlich: Übernahme des alten Eingeborenenlandes auf den Bund oder den Staat und möglichst freigiebige, unentgeltliche Wiederausteilung dieses riesigen kolonialstaatlichen Landvorrats, der *public domain*, an die heranströmenden Siedelungsanwärter zu vollem Privateigentum (*homesteades*). Man mag als Zukunftspläne schmiedender Sozialist diese nochmalige Durchgangsstufe des vollen Privateigentums, nach der umfassendsten Bodenverstaatlichung, die man in der ganzen Wirtschaftsgeschichte findet, mit einem gewissen, rein theoretischen Bedauern betrachten, aber ohne die vorherige Entfesselung aller privatwirtschaftlichen Kräfte würden wir kaum in irgendeinem Land dem realen Zukunftssozialismus schon so nahe gerückt sein; auf einem Umweg erreicht man häufig das Ziel am raschesten. Der ganze Zuschnitt der russischen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung hat diese volle Entfesselung der Kräfte zurückgehalten, ohne dafür irgendwelche neuen Zukunftskeime zum Ersatz bieten oder schaffen zu können. Bei G. F. Wright, dem demokratischen Amerikaner, wie bei Stolypin-Kriwoschein, dem konservativen Bürokraten, wird das offen anerkannt. Hören wir Stolypin:

»Im ganzen Osten des russischen Reiches, vom Ural bis zum Stillen Ozean . . . haben mit geringen Ausnahmen weder die alteingesessene [russische] Bevölkerung noch die Übersiedler, weder die Kosaken noch die Eingeborenen ein Privateigentum. Alles Land ist entweder Staatsland oder gehört dem Heer oder dem Kabinett Seiner Majestät. Die auf ihm lebenden Menschen haben es bloß im Besitz oder in Nutzung. Was die innere Anordnung der Benutzung anlangt, so haben über dieses Land juristisch wieder in der überwiegenden Mehrheit der Fälle bäuerliche, dörfliche oder Wolostgemeinden, Kosakenstationen oder Aule der Eingeborenen zu verfügen. Auf dieser Grundlage werden beständig Landparzellen der alteingesessenen Bevölkerung Sibiriens angewiesen, werden zeitweilig Ländereien den Nomadenvölkern zur Benutzung überlassen, Grundstücke den Kosakenstationen zugemessen und schließlich den Übersiedlern neue Landteile geboten . . .

Die Neuordnung der Formen des Landbesitzes ergibt sich sowohl bei den Übersiedlern als bei den Alteingesessenen vor allem andern als die notwendige Bedingung jeder Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik, und ohne sie kann man eine wirksame agronomische Hilfe für die sibirische Bevölkerung nicht in Angriff nehmen, die ihrer so sehr bedarf. . . . Schließlich hat die in der letzten Zeit in alle Schichten der Bauernbevölkerung eindringende Strömung zur Einzelwirtschaft und zur Befreiung von den für den Ackerbau lästigen Formen des Gemeinschaftsbesitzes die Notwendigkeit eines entschiedenen Umschwungs in der sibirischen Agrarpolitik in den Vordergrund gerückt. Auch in Sibirien muß ebenso energisch wie im europäischen Rußland der Weg betreten werden, der zur Schaffung und Befestigung des Privateigentums führt. Man muß jetzt ein Ende machen mit dem schon für die


Ländereien bedeutungslos gewordenen Titel des Staatseigentums, die als *Nadjel* den Alteingesessenen und Übersiedlern angewiesen werden, und auf dem Weg der Gesetzgebung alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um auf die ganze Bevölkerung des asiatischen Rußlands die Gesetze der jüngsten Zeit auszudehnen, die auf eine Abwehr der schädlichen Seiten der Formen des Gemeinschaftsbesitzes gerichtet sind.

Es ist notwendig den Alteingesessenen und den Ansiedlern Sibiriens Landteile nicht wie bisher zur Nutzung anzuweisen sondern als Eigentum. Bloß das Eigentumsrecht an dem Land gibt den bäuerlichen Wirtschaften Festigkeit und dient als Grundlage für die sich anschließende regelrechte Vermessung der Ländereien zwischen den einzelnen Besitzern. Im Zusammenhang damit erleichtert das Eigentumsrecht und die mit ihm verbundene Freiheit über die Ländereien zu verfügen den Übergang eines Teils der angewiesenen Ländereien, die bis jetzt mit allzu großer Freigebigkeit angewiesen wurden, so daß die Besitzer selbst die Hälfte ihrer umfangreichen Landteile nicht bearbeiten konnten, in die Hände neuer Ankömmlinge. Das wird auch das allgemeine Niveau der Ausnutzung der produktiven Kräfte Sibiriens heben.*

Die Mängel einer solchen Art von Kolonisation treten selbstverständlich überall grell zutage und lassen die russischen Erfolge hinter den nordamerikanischen und selbst den argentinischen und australischen weit zurückstehen. Dagegen scheint der umfassende bürokratische Verwaltungsapparat, den man, wenn auch noch so schlecht, in Rußland, im Gegensatz zu neuweltlichen Siedlungsgebieten, als überlieferte weitreichende Macht vorfand, manche mehr sekundären, doch immerhin bedeutsamen Hilfsmaßnahmen der Einwanderungs- und der Bodenpolitik erleichtert zu haben: die Einführung niedrigerer Beförderungspreise auf den Schienenwegen und Wasserstraßen, die Gewährung von Darlehen und Beihilfen verschiedenster Art für Zwecke der Produktion und des Absatzes, die größere Sicherung von ärztlicher Hilfe in den städtelosen, menschenarmen Innenbezirken. Wenn auf diese Weise selbst in dem einst so verrufenen Sibirien der Deportierten und Flüchtlinge, und noch dazu unter den allgemeinen russischen Verhältnissen und unter einer russischen Regierung so große weltwirtschaftliche und kulturelle Revolutionen sich vollziehen konnten, wie sie tatsächlich in dem letzten Menschenalter jenseits des Urals zu verzeichnen waren, so ist damit der denkbar eindrucksvollste Beweis für die Unaufhaltsamkeit und den kulturellen Wert der siedelungskolonialen Bewegung geliefert.

XX

PAUL GÖHRE · KLASSENKAMPF UND GENOSSENSCHAFT · EINE ERWIDERUNG

 DMUND Fischers Ausführungen zu der Frage *Genossenschaft und Klassenkampf*¹⁾ kann ich, soweit sie sich mit mir und meinem Werk über die deutschen Arbeiterkonsumvereine beschäftigen, nicht völlig unerwidert lassen. Es würde sonst leicht der Eindruck entstehen, als ob ich auf sie nichts zu sagen hätte, mich also widerlegt fühlte. Gerade das Gegenteil dessen ist aber der Fall. Ich bin vielmehr erstaunt, wie sehr Genosse Fischer bei seiner Polemik an der Oberfläche der Dinge haften bleibt.

Der Kardinalpunkt, um den sich die Auseinandersetzung dreht (ich lasse alles mehr Nebensächliche, das Fischer sonst noch einflicht, beiseite) ist die Frage, ob die heutigen, im *Zentralverband* organisierten deutschen Arbeiterkonsumvereine als Organisationen und Hilfsmittel des *Klassenkampfes* anzusprechen

¹⁾ Siehe Fischer *Genossenschaft und Klassenkampf* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 845 ff.

sind oder nicht. Genosse Fischer bestreitet es, ich behaupte es, in Übereinstimmung mit den Genossen, die Fischer *Pseudomarxisten* zu nennen beliebt. (Wer ist nach ihm *wahrer* Marxist? Etwa Fischer selbst?) In der Ansicht über den antikapitalistisch-sozialistischen Charakter der Vereine sind wir uns dagegen einig.

Es entsteht nun die Frage: Was macht eine Sache oder Organisation zu einem Klassenkampfmittel? Darauf gibt es meines Erachtens nur eins als Antwort: die Tatsache, daß sie von einer um ihre Befreiung und Emporentwicklung ringenden Klasse benutzt wird, um im Kampf gegen die sie unterdrückende Klasse ihre Unabhängigkeit und Gleichberechtigung zu erreichen. An sich und von vornherein ist also kein Mittel ein Klassenkampfmittel, keine Organisationsform eine Klassenkampforganisation. Erst ihre Benutzung von einer Klasse und Klassenpartei im Klassenkampf macht sie dazu, macht sie so lange und so weit dazu als sie als solches Machtmittel angewendet wird. Es liegt, wie mir scheint, hier genau so wie mit dem, was man Taktik des Klassenkampfes nennt. Die Richtigkeit des Vorstehenden wird durch viele Beispiele bewiesen. Ich nenne von ihnen nur eins: die gewerkschaftliche Organisation. Die freien Gewerkschaften sind heute in den Augen von Freund und Feind unbestritten Klassenkampforganisationen, wenn auch parteipolitisch neutrale; die gelben aber sind das Gegenteil davon, während die christlichen es einmal im gewissen Umfang waren, jetzt aber diesen Charakter je länger desto mehr wieder verlieren. Die gelben Gewerkschaften sind so wenig Klassenkampforganisationen, daß sie geradezu zu dem Zweck gegründet sind und ausgehalten werden, um den Klassenkampf wieder zu beseitigen, den Frieden zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum wieder herzustellen und die Arbeiterschaft in ihrer bisherigen Klassenabhängigkeit zu erhalten. Erst die Art also, wie eine Organisation eingeschätzt und benutzt wird, macht sie eventuell zu einem Klassenkampfmittel.

Mißt man die heutigen im *Zentralverband* organisierten Konsumgenossenschaften an diesem Maßstab, so sind sie heute schon in sehr erheblichem Umfang Klassenkampforganisationen, und sie sind dabei es noch immer mehr zu werden. Denn die Mehrzahl ihrer Mitglieder schätzt sie heute nicht nur als solche ein sondern beteiligt sich an ihnen und benutzt ihre Vorteile nur, weil sie ihnen Mittel bieten sich selbst und die ganze Arbeiterbewegung im Klassenkampf möglichst stark und sieghaft zu machen. Das geht am deutlichsten aus den Resolutionen hervor, die über das Genossenschaftswesen auf den sozialdemokratischen Kongressen in Kopenhagen und Magdeburg /1910/ beschlossen worden sind. In beiden werden die Arbeiterkonsumvereine ausdrücklich als Klassenkampfmittel deklariert. Beide sind mit erdrückenden Mehrheiten angenommen worden; sie sind heute der Ausdruck der Gesamtheit der deutschen Sozialdemokratie. Und diese Beurteilung teilt mit der Sozialdemokratie die gesamte freie Gewerkschaftsbewegung. Nirgends ist meines Wissens eine Opposition dagegen, geschweige eine andere positive Auffassung zum Ausdruck gebracht worden. Im Gegenteil, auf allen Genossenschaftstagen haben die offiziellen Vertreter der Gewerkschaften es niemals versäumt die gleiche Ansicht, wenn auch mitunter in etwas anderer Formulierung, zum Ausdruck zu bringen. Partei und Gewerkschaften also sind sich heute in der Einschätzung der Arbeiterkonsumgenossenschaften als Klassenkampforganisationen einig. Nun steht aber fest, daß die große Mehrzahl der Arbeiterkonsumver-

einsmitglieder zugleich Parteigenossen und freie Gewerkschafter sind. Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie als Genossenschaftler eine andre Meinung über ihre Konsumvereine haben und betätigen denn als Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Sonst müßte man glauben es mit Unzurechnungsfähigen zu tun zu haben. Da das ausgeschlossen ist, so folgt eben daraus, daß auch innerhalb der Konsumvereine selbst die entscheidende Mehrheit der Mitglieder die Auffassung über ihre Vereine als Mittel und Organisationen des Klassenkampfes rundweg teilt.

Wie richtig diese ganze Darlegung ist, wird durch den Eifer bewiesen, mit dem die Genossenschaftsführer, die ausgesprochene Gegner des dargelegten Standpunkts sind, diese starke Identität der Mitgliedschaft in Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften abzuschwächen sich bemühen. Erst aus der allerjüngsten Zeit liegt dafür wieder ein merkwürdiges Zeugnis vor, das nicht ignoriert werden darf, und zwar in einem Artikel Heinrich Kaufmanns. Da heißt es wörtlich:

»Es ist zutreffend, daß die übergroße Zahl der Konsumvereinsmitglieder Arbeiter sind, und wir würden auch durchaus nichts dagegen einzuwenden haben, wenn es gewerkschaftlich und politisch organisierte Sozialdemokraten wären. Der Konsumgenossenschaftsbewegung ist jeder Konsument willkommen. Sie fragt weder nach der religiösen Überzeugung noch nach der politischen Parteizugehörigkeit. Im Interesse der Wahrheit jedoch verdient die Behauptung, daß die »übergroße Zahl« oder, wie es im Schlußsatz heißt, der »weitau größte Teil« der Konsumvereinsmitglieder gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter sind, eine nähere Betrachtung. Dabei darf zunächst angenommen werden, daß der *Vorwärts*mitarbeiter unter *gewerkschaftlich und politisch Organisierten* diejenigen Arbeiter betrachtet wissen will, die Mitglieder der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteiorganisation sind. Die Konsumgenossenschaftsgruppe des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* zählte mit Ende des Jahres 1911 1 313 422 Mitglieder. Der Jahreszuwachs betrug 141 659. Die sozialdemokratische Partei zählte nach dem Bericht des Parteivorstands 836 562 Mitglieder. Der Jahreszuwachs betrug 116 524. Die Mitgliedschaft der Konsumvereine erwerben nach Lage der Sache durchweg nur Konsumenten, die einen eigenen Haushalt haben. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteiorganisation sind zum nicht geringen Teil unverheiratete Arbeiter. Diese werden durchweg nicht Mitglied der Konsumvereine sein. Es ist ferner zu berücksichtigen, daß der sozialdemokratischen Parteiorganisation eine große Zahl von Kleingewerbetreibenden angehört, die ebenfalls vielfach kein Interesse daran haben Mitglied der Konsumvereine zu werden, da sie zum Teil der Konsumgenossenschaftsbewegung nicht freundlich gegenüberstehen, weil sie in ihr einen Konkurrenten erblicken. Die Statistik der freien Gewerkschaften zählte am Schluß des 4. Quartals 1910 2 128 021 Mitglieder. Hiervon waren 175 028 weibliche, von denen der weitaus größte Teil nicht als selbständiger Inhaber einer Haushalts in Frage kommt. Von den verbleibenden 1 952 993 Mitgliedern dürfte weniger als 1/4 Million Haushaltsvorstand sein, welche Zahl durch den Jahreszuwachs 1911 eine Erhöhung auf rund 1 400 000 erfahren haben wird. Die Betrachtung der vorstehend gegebenen Zahlen zeigt, daß die Behauptung, die in der sozialdemokratischen Partei politisch organisierten Arbeiter bildeten den weitaus größten Teil der Konsumvereinsmitglieder, nicht zutreffend sein kann. Es ist kaum anzunehmen, daß mehr als 500 000 sozialdemokratisch organisierte Arbeiter überhaupt konsumgenossenschaftlich organisierbar sind. Von diesen werden aber sicher noch mehr als 100 000 nicht den Konsumvereinen unseres *Zentralverbandes* angehören. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften könnten allerdings die übergroße Mehrzahl unter den Mitgliedern des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* bilden, wenn sie sich alle der Konsumgenossenschaftsbewegung anschließen würden. Erhebungen, die unsere Konsumvereine in manchen Orten angestellt haben, zeigen leider, daß erheblich weniger als die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder den Konsumvereinen angehört.«³⁾

³⁾ Siehe Kaufmann *Der Vorwärts über den Berliner Konsumgenossenschaftstag in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* vom 29. Juni 1912.

Diesen sehr gewaltsamen und sehr verblüffenden Verkleinerungsversuchen des wirklichen Tatbestands steht aber nicht nur eine unanfechtbare Statistik sondern auch die Tatsache gegenüber, daß der selbe Kaufmann vor wenigen Jahren ganz andere Äußerungen getan hat. Ich verweise dafür auf sein Jahrbuch von 1908, wo sich die charakteristische Äußerung findet, daß »die Mehrzahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften [des *Zentralverbandes* natürlich] zurzeit in Deutschland der sozialdemokratischen Partei angehören«. Und jeder, der einigermaßen das Leben und die Zusammensetzung einzelner Vereine kennt, findet diese Tatsache durch seine Erfahrung fast allenthalben bestätigt. Die tragenden und führenden Kreise der Vereine sind jedenfalls fast überall Parteigenossen und Gewerkschafter. Die Angestellten sind, soweit sie sich in ihrer Freizeit politisch betätigen, allenthalben tätige und führende Genossen; das ist ein ganz altes und ganz offenes Geheimnis. Während der Berliner Genossenschaftswoche war ich auf einer Agitationsreise für Konsumvereine in Ostelbien. Überall auch dort im fernen Osten waren die Gründer und Führer der jungen Vereine Parteigenossen und Gewerkschafter, und die Mitglieder, die schon geworben waren oder eben geworben wurden, desgleichen.

Auch aus der Geschichte der Vereine läßt sich der Beweis (an dieser Stelle freilich nur sehr andeutungsweise) führen, daß von jeher der Geist des Klassenkampfes in ihnen und in ihren entscheidenden Mitgliedergruppen lebendig war. Ein Teil der Vereine, und zwar gerade derjenige, auf dessen Schultern sich die ganze heutige stolze Bewegung entwickelt hat, ist schon bei seiner Gründung bewußt als Klassenkampforganisation angesetzt worden. Das gilt vor allem von vielen sächsischen Vereinen, die in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden. Der Anlaß ihrer Gründung war geradezu ein indirekt politischer: sie erschienen unter dem Sozialistengesetz den allermeisten der sie mitbegründenden Arbeiter als eine der wenigen Möglichkeiten sich ungehindert organisieren und gegen die herrschende Klasse wirtschaftlich etwas vorwärts bringen zu können. Und dementsprechend wurden sie auch mit zäher Energie im Kampf gegen die herrschenden Gewalten ausgebaut. Wie bewußt das geschah, beweist der bekannte Zusammenschluß sächsischer Vereine in einem besondern Verband, der den bezeichnenden Namen *Vorwärts* führte. Es ist ferner bekannt, daß die erste große Ausbreitungswelle, die in den neunziger Jahren weite Teile Deutschlands mit Konsumvereinsneugründungen erfolgreich überschwemmte, nicht nur von diesen sächsischen Vereinen ausging, sondern daß die meisten dieser Neugründungen auch durchaus nach ihrem Muster und in ihrem Geist erfolgten, und daß sie genau wie jene ihre Mitglieder vorwiegend aus den Reihen der sozialistischen Arbeiter rekrutierten. Und um ein anderes zu nennen: Eines der wichtigsten und durchschlagendsten Argumente in der Agitation zum Beitritt zu den Vereinen war schon damals genau wie heute noch der energische Hinweis darauf, daß die Arbeiterklasse eigentlich nur über zwei starke ökonomische Kräfte verfüge, ihre Arbeits- und ihre Konsumkraft, und daß jeder Arbeiter die Pflicht habe auch die letztere von beiden nicht gedankenlos seinen politischen und wirtschaftlichen Gegnern ins Haus zu tragen. Also, eines der stärksten und stets mit besonderm Erfolg verwendeten Agitationsmittel war und wird noch immer dem Waffenarsenal des Klassenkampfes entnommen. Ein weiterer Beweis für den Klassenkampfcharakter der Vereine aus ihrer Geschichte ist der jahrelange erbitterte Kampf, der um die Wende des Jahrhunderts zwischen

ihnen und der Leitung des bürgerlichen *Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften*, dem sie damals fast noch alle angehörten, geführt wurde. Er war, selbst im Rahmen dieses Verbandes, schon ein Stück Klassenkampf.

Nach alledem steht die Tatsache fest, daß heute Partei, freie Gewerkschaft und Konsumgenossenschaft in der Mehrheit ihrer Mitglieder und im Geist, der sie beseelt, eins sind. Und diese Mehrheit gehört den Konsumvereinen an, nicht um für den Klassenkampf, den sie auf politischem Boden führt, in den Genossenschaften ein abschwächendes Gegengewicht zu schaffen, sondern (manche gewiß nur unbewußt, sehr viele mehr aber ganz bewußt) um in den Genossenschaften genau so wie in den Gewerkschaften denkbar kräftigste Stärkungsmittel für diesen ihren Klassenkampf zu gewinnen. Mit einem Wort: auch die Genossenschaften sind ihnen sehr ernste Mittel zum Zweck ihres Klassenkampfes. Dementsprechend bedienen sie sich ihrer, unbekümmert darüber, daß diese ihre Auffassung von einzelnen, angeblich allein kompetenten genossenschaftlichen Seiten nicht geteilt wird.

Wem das alles aber noch nicht genügt, dem wird der Klassenkampfcharakter der Vereine nicht minder nachdrücklich auch durch die Zahl und Art ihrer Gegner und die Weise ihres Kampfes gegen sie bestätigt. Genosse Fischer meint zwar sehr harmlos, daß ihre Feinde gar nicht die Kapitalisten seien sondern in der Regel nur die kleinsten und ärmsten Krämer. Er kann danach mein Werk, dessen gedanklichen Inhalt er teilweise so abfällig als wider die Logik gehend charakterisiert, nicht allzu gründlich angesehen haben. In einem letzten, sehr umfangreichen Kapitel habe ich dort, und zwar fast ausschließlich auf Grund von Material, das ich den verschiedenen Jahrgängen der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* entnahm, nachgewiesen, wie sich wahrlich nicht bloß die Krämer, und zwar aller Art, sondern neben ihnen auch die maßgebenden Handwerkerkreise, Großkaufleute und Fabrikanten, die Agrarier, die Handwerker- und die Handelskammern, die Militär- und ähnliche Vereine, die politische Presse der bürgerlichen Parteien sowie diese selbst fast ausnahmslos, endlich Behörden aller Art und jeden Ranges in immer größerer Zahl zu einer immer breitem Phalanx gegen die proletarischen Konsumvereine zusammenschließen. Das heißt also, eigentlich alle entscheidenden Schichten und Mächte des heutigen Klassenstaats. Und es ist also Klassenkampf, der auch von der andern Seite gegen sie geführt wird. Erst in der allerletzten Zeit hat sich wieder ein Symptom dafür in der Art gezeigt, wie gegnerischerseits die geplante großzügige Volksversicherung aufgenommen wurde. Mit Ausnahme vielleicht des bessern Teils der linksliberalen Presse ertönte überall ein Schrei der Wut darüber, ein lauter Ruf nach ihrer Unterdrückung durch die Machtmittel des Staats. Das ist der Geist des Klassenkampfes, nichts weniger, der darin zum Ausdruck kam. Gewiß kann man mit Genossen Fischer sagen, die Volksversicherung sei eine rein wirtschaftliche Sache, wie alles, was die Konsumvereine geschaffen haben und noch schaffen. Das ist sie gewiß auch. Aber, und das ist der springende Punkt, sie ist es nicht allein. Die Massen der Mitglieder der Konsumvereine und Gewerkschaften begrüßen sie deshalb mit so ungeteilter Freude, weil sie in diesem neuen wirtschaftlichen Unternehmen ein sehr wirkungsvolles Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen den allmächtigen privaten Kapitalismus und ein Befreiungsmittel von wenigstens einer Art privatkapitalistischer Abhängigkeit sehen. Eine

Auffassung übrigens, die ja wohl auch auf dem Genossenschaftstag selbst aus berufenstem Mund zu diesem neuen Unternehmen geäußert worden ist.

Genosse Fischer sucht nun freilich die Tatsache der Klassegegnerschaft gegen die Vereine auch noch durch den Hinweis darauf abzuschwächen, daß ja auch die Warenhäuser die selben Gegner hätten wie die Konsumvereine. Das aber trifft schlechterdings nicht, oder doch nur im kleinsten Ausmaß, zu: nur Krämerkreise bekämpfen auch sie. Im übrigen werden die Warenhäuser immer mehr die bevorzugten Lieblinge des Bürgertums aller Schichten bis hinauf in *hohe und höchste* Kreise. Zugleich beginnen sie sich selbst zu Gegnern der Konsumvereine zu entwickeln. Auch die Offiziers- und Beamtenkonsumvereine stehen nicht im entferntesten in der selben Verdammnis wie die Arbeiterkonsumvereine: auch sie werden nur von Krämerkreisen bekämpft; sonst haben sie nicht nur keine Feinde sondern vielmehr sehr mächtige Freunde, die über ein gut Stück Macht im Klassenstaat verfügen. Selbst die Konsumvereine des *Allgemeinen Verbandes* sind von den Leuten, die gegen die proletarischen Organisationen am liebsten eine vollkommene Erdrosselungspolitik herbeiführen möchten, mehr oder weniger freundlich wenigstens geduldet. Ganz zu geschweigen der Handwerker- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, die, obwohl doch auch zum Teil direkte Konsumentenorganisationen, heute wie früher geradezu die Hätschelkinder der Klassegegner der Arbeiterschaft sind und aus allgemeinen Steuergroschen gemästet werden. Also, auch im Vergleich mit allen diesen Genossenschaftsarten und ihrer Stellung im öffentlichen Leben ist der besondere, eben der Klassenkampfcharakter der Arbeiterkonsumvereine ganz evident. Man muß ihn anerkennen, gleichgültig, ob man und wie weit man der marxistischen Doktrin huldigt. Nur muß man überhaupt so etwas wie das Vorhandensein eines Klassenkampfes anerkennen. Tut man das aber, dann ist der Klassenkampfcharakter der Arbeiterkonsumvereine eben eine Tatsache.

Und eine ebenso feststehende Tatsache daneben ist nun auch der besondere stark antikapitalistisch-sozialistische Charakter der Vereine. Diesen leugnet ja auch Genosse Fischer nicht. Wohl aber verdenkt er es mir auf das schwerste, daß ich, der ich diesen Charakter, zwar nach seiner Meinung mit falschen, weil »marxistischen« Argumenten, aber doch im Endeffekt richtig dargelegt habe, trotzdem zugleich den Klassenkampfcharakter der Vereine betonte. Das sei eben ein innerer Widerspruch, unlogisch. Mit Verlaub: Weshalb? Beides, das eine wie das andere, sind vielmehr Tatsachen, vor denen man sich doch als vernünftiger Mensch einfach zu beugen hat. Ich kann auch nicht im geringsten einsehen, daß sie sich gegenseitig ausschließen. Am wenigsten aber steht irgendwo geschrieben, daß eine Sache oder Organisation, die einen mehr oder weniger starken antikapitalistisch-sozialistischen Zug hat, deshalb nicht zugleich ein Klassenkampfsmittel sein könne. Ich habe vorhin schon dargelegt, daß erst die Benutzung durch eine Klassenkampfspartei im Klassenkampf eine Sache zu einem Klassenkampfsmittel macht und sie demgemäß modelt und gestaltet, und daß es dabei sehr gleichgültig ist, wie sie ursprünglich aussieht. Gleichgültig ist von vornherein dabei eben auch, ob sie antikapitalistisch oder nicht, sozialistisch oder nicht ist. Das gilt nun auch von den Arbeiterkonsumvereinen. Ja, man muß sogar noch weiter gehen und darf getrost behaupten, daß dieser immer mehr erstarkende antikapitalistische Zug im Wesen der Vereine gerade erst seine Ausgestaltung gefunden hat und immer mehr findet, weil

die Mehrzahl der Mitglieder nicht nur Arbeiter sondern antikapitalistisch und sozialistisch gerichtete Arbeiter sind und aus dieser Geistesrichtung heraus die Vereine als Stärkungsmittel in ihrem Klassenkampf benutzten und gestalteten. Es liegt auch hier genau so wie mit den vorhin genannten freien Gewerkschaften. Es ist daher auch geradezu unverständlich, wenn Genosse Fischer gegen den Schluß seines Artikels den Satz niederschreibt: »Bewußt oder unbewußt entstehen aber auch alle größeren Genossenschaften aus einem sozialistischen Geist heraus.« Und wenn er diese Behauptung durch einen flüchtigen Hinweis auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften belegen zu können glaubt: »Der Bauer, der seine landwirtschaftlichen Produkte an seine Genossenschaftszentrale liefert, arbeitet ebenso an dem Aufbau des Sozialismus wie der Arbeiter, der seine Nahrungsmittel und Bedarfsartikel im Konsumverein kauft.« Daran ist nur eins richtig: daß in jeder Genossenschaftsform von vornherein ein erster Keim irgendwelcher sozialistischer Struktur liegt. Es kommt aber alles darauf an, wer diesen Keim zu entwickeln in die Hände bekommt, und zu welchem Zweck. Wir haben Kreditgenossenschaften, die auch Fischer kennen muß. Sie sind zum Teil sehr groß und mächtig entwickelt und sind dabei durchaus kapitalistisch-antisozialistische Gebilde geworden. Wir haben die schon genannten Handwerker-genossenschaften, die freilich weniger groß und entwickelt, immerhin aber ganz stattlich sind, und die, das wird auch Fischer nicht leugnen können, einen durchaus kleinbürgerlich-individualistischen Grundzug haben. Wir haben selbst Konsumvereine (die des *Allgemeinen Verbandes* und die Beamtenvereine), in denen ebenfalls die Keime zum Antikapitalismus Keime geblieben sind, selbst da, wo diese Vereine einmal größern Umfang angenommen haben. Vergleicht man sie mit dem mächtigen und wirtschaftlich neuartigen Gesamtorganismus der Vereine unseres *Zentralverbandes*, so stehen sie wie zwei wirtschaftlich nur noch ganz entfernte Verwandte neben einander. Und selbst zwischen den landwirtschaftlichen und den Arbeiterkonsumgenossenschaften klafft in wirtschaftlicher Beziehung eine prinzipielle Kluft, wenn sie auch in Einzelheiten eine größere Verwandtschaft aufzeigen mögen als manche der vorhergenannten. Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften sehen ihre Hauptaufgabe darin durch ihr Wirken den ländlichen Privatbesitz als Produktionsmittel zu befestigen und zu fördern. Diese aber schaffen, freilich noch erst in verhältnismäßig beschränktem Umfang und in noch recht flüssiger Form, eine neue Art von Besitz, nämlich die von gemeinschaftlichem Eigentum für Massen, die so gut wie völlig des Privateigentums, insbesondere der Produktionsmittel, beraubt sind. Insofern also wirken im Endeffekt die ländlichen Genossenschaften durchaus privatkapitalistisch, die Arbeiterkonsumgenossenschaften dagegen irgendwie schon kommunistisch.

Es erübrigt zum Schluß nur noch auch in diesem Zusammenhang zu erklären, daß der von mir geschilderte Klassenkampfcharakter der Vereine sehr wohl auch mit parteipolitischer Neutralität vereinbar ist. Hat doch dieser Charakter, der, wie gesagt, eine Tatsache ist, nicht einmal verhindert, daß einige Leute, die ihn ignorieren zu müssen glaubten, sogar die bekannte Überneutralitätspolitik mit ihnen zu treiben versucht haben. In Zukunft wird das freilich immer schwerer werden, je bewußter die Masse der Mitglieder sich der Kraft, der Eigenart und Bedeutung ihrer Vereine wird.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Schifffahrt Nach dem Jahresbericht des *Vereins Hamburger Reeder* hat sich die günstige Geschäftslage des verflossenen Jahres nicht nur behauptet sondern sogar verstärkt. Am offenen Markt war die Steigerung der Frachten teilweise sehr beträchtlich. Ihr wird eine Unkostensteigerung gegenübergestellt, die namentlich auf eine Erhöhung der Kostenpreise nicht nur in Europa sondern auch in den überseeischen Bunkerplätzen zurückzuführen ist. Die Reedereien haben diese erhöhten Betriebskosten durch Frachtzuschläge auszugleichen versucht, ohne jedoch immer den gewünschten Erfolg zu erzielen, da ihnen vielfach die laufenden Frachtverträge entgegen standen. Als den Seeverkehr sehr belastend werden im Bericht die weiteren Lohnerhöhungen für die Seeleute und Hafentarbeiter angegeben; sie hätten zwar, namentlich in Hamburg, Streikbewegungen vorgebeugt, würden sich aber in ungünstigeren Zeiten geltend machen. In den ersten 6 Monaten dieses Jahres hat sich das überseeische Passagegeschäft gegenüber dem Vorjahr sehr ausgedehnt; ebenso ist die Auswanderung über Hamburg wie über Bremen viel lebhafter gewesen.

Wenn am Schluß betont wird, daß die Schiffbautätigkeit zu einem Überangebot an Schiffsraum auf den Frachtenmärkten der Welt führen müsse, so wird damit die überaus rege Tätigkeit unserer Schiffswerften bestätigt, die nur eine Folge der günstigen Reedereilage ist.

X Zucker

Die Zuckerpreise, die von ihrem Höchststand im Oktober 1911 mit 18 Mark bis zum Mai auf 13 Mark gefallen waren, sind bis zum 27. Juni auf 10,95 Mark, für Lieferung pro Oktober-Dezember auf 9,82½ Mark gesunken. Von da ab sind sie jedoch wieder ununterbrochen gestiegen. Die recht erhebliche Erhöhung ist durch die anhaltende trockene und heiße Witterung, die zur Zurückhaltung der Angebote führte, verursacht worden. Nach den bisherigen Berichten über den Rübenstand kann jedoch mindestens eine Durchschnittsernte erwartet werden; denn der Oktober-Dezember-

Lieferungspreis steht nur wenig über dem Durchschnittspreis der letzten Jahre, 1911 ausgenommen.

In den letzten Tagen sind schon vereinzelt Mitteilungen über Geschäftsberichte von Zuckerfabriken über das Produktionsjahr 1911-1912 bekannt geworden, die zum Teil glänzende Ergebnisse zum Teil schwere Verluste zeigen. Beides ist erklärlich. Die Zuckerfabriken, die teilweise schon vor der Rübenaussaat Abschlüsse gemacht und trotz der ungünstigen Witterung es verabsäumt hatten ihre Kontrakte zu lösen, erlitten großen Schaden, da sie nicht instande waren die abgeschlossenen Mengen zu liefern. Den Fabriken dagegen, die sich wenig oder gar nicht gebunden hatten, brachte der Hochstand der Preise erheblichen Nutzen. Diese Verhältnisse werden noch weiterhin ihre Wirkung auf den Zuckermarkt ausüben, und man wird erhebliche Schwankungen je nach den Witterungsverhältnissen zu erwarten haben.

X Gummi

Mitte Juli veröffentlichte die englische Regierung in einem Blaubuch die Resultate einer Untersuchung des Generalkonsuls Sir Roger Casements über die Methoden, unter denen arme Wilde im Grenzgebiet zwischen Peru und Kolumbien zur Gummigewinnung gezwungen werden. Es sind Enthüllungen ganz entsetzlicher, kaum glaublicher Art. Mit bestialischer Roheit sind Zehntausende von Menschen hingemordet, nur weil sie nicht genug von den so begehrten Naturprodukten lieferten. Bei dem immer größern Weltbedarf an Gummi sind die Preise in den letzten Jahren auf geradezu schwindelnder Höhe gewesen. Das hat auch zur Anlage von Gummiplantagen in fast allen dazu geeigneten exotischen Gebieten geführt. Der Umschwung in den Preisen ist auch schon erfolgt; sie stehen ziemlich unter dem Satz von vor 2 Jahren. Die Londoner Gummiauktionen Mitte Juli, die übrigens unter dem Zeichen reger Nachfrage standen, ergaben Preise bis zu 5 Shilling 1 Penny.

Jetzt droht nun dem natürlichen Gummi die Konkurrenz des künstlichen. Im Verlauf weniger Wochen sind von drei verschiedenen Seiten Mitteilungen über die Herstellung künstlichen Kautschucks ergangen. Im *Verein deutscher Chemiker* hat Dr. Fritz Hoffmann über die

synthetische Herstellung als eine feststehende Tatsache berichtet. Nach einem Bericht des *Berliner Tageblatts* vom 2. Juli hat Professor W. H. Perkin von der Universität Manchester gleichfalls über ein Verfahren zur künstlichen Herstellung von Gummi berichtet. Nach dieser Quelle ist auch schon eine Aktiengesellschaft zur Durchführung dieses Verfahrens in England gegründet. Beide Verfahren gehen vom Isopren als Grundstoff aus. Die dritte Meldung verbreitet die Regierung. Die im Reichsamt des Innern zusammengestellten *Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft* teilen nach einem Bericht des deutschen Generalkonsulats in Amsterdam mit, daß der Niederländer Dr. van der Heyden ein Verfahren erfunden habe aus frischen Seefischen künstlichen Kautschuck herzustellen. Zur Verwertung dieses Verfahrens hat sich in Holland bereits eine Aktiengesellschaft gebildet.

Wenn die fabrikmäßige Herstellung künstlichen Gummis auch noch Jahre erfordern wird, so ist sie doch nunmehr nur noch eine Frage der Zeit. Mit Recht wies Dr. Hoffmann darauf hin, daß man dem neuen Verfahren nur erst die nötige Zeit lassen müsse, um es zu befähigen mit dem Naturprodukt zu konkurrieren.

× **Kurze Chronik** Die Reichsbank hatte zum Quartalschluß ganz erhebliche Ansprüche zu befriedigen. Vom 23. bis zum 29. Juni verschlechterte sich ihr Stand um 689,9 Millionen Mark gegenüber 633,6 Millionen im Vorjahr. Der Wechselbestand stieg um 482,083 Millionen auf 1 463,396 Millionen und erreichte damit den höchsten je zum Juli verzeichneten Stand. Der Notenumlauf stieg um 537,881 Millionen auf 2087,651 Millionen Mark. In der 1. Juliwoche ist dann aber gleich wieder eine Besserung des Stands um 2583 Millionen eingetreten, die auch in den weiteren Tagen angehalten hat. Im allgemeinen ist der Geldmarkt jetzt weniger angespannt, und Geld ist zu leichteren Bedingungen zu haben. × Der Warenverkehr Deutschlands stellte sich im 1. Halbjahr 1912 auf 5093,6 Millionen Einfuhr gegen 3843,7 Millionen im Vorjahr und in der Ausfuhr auf 4212,3 Millionen gegen 3843,7 Millionen. × Der Arbeitsmarkt zeigt in diesem Sommer eine größere Abschwächung als im Vorjahr. Auch der Andrang der Stellensuchenden ist in diesem Jahr größer. × Die Saatenstandsberichte lauten nach wie

vor sehr befriedigend. Wahrscheinlich wird Deutschland in Roggen eine Akkordernte haben. × Die Einnahmen der deutschen Eisenbahnen weisen im 1. Halbjahr 1912 gegen das Vorjahr eine Steigerung von 8,1 % auf; sie betragen aus dem Güterverkehr 945 691 566 (im Vorjahr 870 042 916) Mark, aus dem Personenverkehr 405 895 176 (380 075 146) Mark. × Das preußische Landwirtschaftsministerium veranstaltet Ermittlungen, um das Verfahren für die Feststellung der Kleinhandelspreise für Fleisch zu prüfen. × Das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat hat Anfang Juli die Abnehmer aufgefordert frühzeitig den Herbst- und Winterbedarf einzudecken, da durch die günstige Lage des Erwerbslebens und der kommenden Ernte außerordentliche Ansprüche an das rollende Eisenbahnmateriale erwartet würden. × Aus der Eisenindustrie sind in letzter Zeit widersprechende Mitteilungen über die Geschäftslage gekommen. Während einerseits die Beschäftigung als recht befriedigend und teilweise auch Preiserhöhungen gemeldet wurden, wird andererseits berichtet, daß neues Geschäft nur langsam hereinkomme. × Die Zündholzfabrikanten haben eine feste Preiskonvention abgeschlossen. Doch sollen die bisherigen Ladenpreise nicht erhöht werden. × Das Kalibergwerk Jessenitz in Mecklenburg ist Ende Juni durch Wassereinbruch vollständig verloren gegangen.

× **Literatur** Die gründliche und objektive Darstellung Dr. C. Goldschmidts *Über die Konzentration im deutschen Kohlenbergbau* /Karlsruhe, Braun/ bewegt sich auf einem überaus interessanten Gebiet unserer Volkswirtschaft. Der Verfasser stellt die Ursachen der Betriebs- und Kapitalkonzentration, hauptsächlich im rheinisch-westfälischen Revier, dar. Nach seiner Meinung haben in Ober- und Niederschlesien die Rechtsverhältnisse Anlaß zur Entstehung der Riesenbergwerksunternehmungen gegeben, während im Ruhrgebiet die Bergbaufreiheit die Konzentration veranlaßt habe. Hier hätten Großbanken, Börse und Effektenkapitalismus die Entwicklung gelenkt. Die Art der Kartellierung der Kohle habe in der ersten Periode auf Kosten der Konsumenten und der Nation, in der zweiten vorzüglich auf Kosten der reinen Kohlenbergwerke und der Großkonsumenten die Konzentration bewirkt. Die Entwicklung der Montankonzerne

werde wohl eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Gegenwart bringen. X Eine lesenswerte Studie ist *Das Spirituskartell* von Dr. Goetz Briefs /Karlsruhe, Braun/. Briefs schildert sehr eingehend die Entstehung des Brenngewerbes auf den reiche Ernten erzielenden Böden des Ostens. Er erörtert die Lage und die Organisationsbestrebungen im Brenn- und Spritgewerbe, die Gesetzgebung und die Zollpolitik mit ihrem Bestreben den landwirtschaftlichen Brennern zu helfen. Den Hauptteil nimmt die Darstellung der Kartellära ein. Für Briefs ist das Spirituskartell eine kompakte Macht, deren Politik durchaus die Entwicklung unseres Alkoholgewerbes bestimmt. Zweifellos habe das Kartell die Lage der Brenner finanziell besser, unabhängiger und stabiler werden lassen als es unter der Herrschaft des freien Marktes möglich sei, und die Erkenntnis, daß die Spiritindustrie durch die Kartellierung sehr rentabel geworden sei, hat auch die Außenseiter schließlich in das Kartell hineingetrieben. Die Wirkung des Kartells auf den Handel ist eine ganz ungläubliche gewesen, da es ihn zum Teil vernichtet, zum Teil in seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit stark beschnitten und die Möglichkeit eigener Wirtschaftsdisposition unterbunden hat. Mit dem Anschluß der Außenseiter in den letzten Jahren »ist der äußere Ausbau der Kartellmacht geschlossen, der freie Wettbewerb ausgeschaltet, alle Beziehungen zwischen Markt und Konsumtion einseitig dem Kartell überantwortet, solange bis Weiterverarbeiter und Destillateure ihr festgefügtes Kartell haben, dessen politisches Mittel heißt: Konsumeinschränkung als eiserne Wehr gegenüber jeder Willkürpolitik.« Was das Gebiet der innern Wirtschaftspolitik angeht, so bilden nach Briefs, die Großbrennerereien im deutschen Osten den Kern des Kartells. Die Spiritusproduktion ist seit dem Kartell um durchschnittlich 4,39 Mark pro Hektoliter günstiger verwertet worden als in der Vorkartellära. Da die östlichen Provinzen die weitaus größte Produktionsquote stellen (1908-1909 279 Millionen Liter bei einer Gesamtproduktion von 425 Millionen Liter), hat das Kartell zweifellos die heutige Betriebsform der ostelbischen Landwirtschaft gestärkt. Das Buch gibt recht wesentliche Einblicke in wenig bekannte Verhältnisse, so daß ich es zum Studium nur empfehlen kann. X Professor Dr. Franz Eulenburg sieht in seiner Schrift *Die Preis-*

steigerung des letzten Jahrzehnts /Leipzig, Teubner/ dreierlei Ursachen der Preissteigerung. Einmal sind es die ungünstigeren Produktionskosten bei der Produktion der organischen Materie und den Metallen; dann aber auch ist die Nachfrage in höherem Maß gestiegen als sie vom Angebot zu gleichen Preisen befriedigt werden konnte; und endlich ist die vermehrte Goldproduktion schuld, denn von der Goldproduktion gehe eine natürliche emportreibende Bewegung auf die Warenpreise aus. Eulenburg hält den Bestand des hohen Preisniveaus für ein Symptom eines neuen weltgeschichtlichen und wirtschaftlichen Stadiums, das tief in unserer kapitalistischen Wirtschaft verankert ist. X Beachtenswert sind die Ausführungen Dr. P. Hausmeisters über *Großbetrieb und Monopol im deutschen Bankwesen* /Stuttgart, Dolge/. Obgleich der Verfasser die fundamentale Bedeutung der Noten- und Hypothekenbanken nicht verkennt, hält er die immer mehr hervortretende Monopolstellung der Bankkonzerne für eine Gefahr unseres ganzen Wirtschaftslebens, da die Konzerne bei schlechter Konjunktur sicher zu einer drückenden Ausnutzung ihrer Monopolstellung übergehen würden. Auch kritisiert der Verfasser die heutige Besetzung der Aufsichtsratsposten durch Personen, die finanziell an dem Unternehmen nicht beteiligt sind. Seiner Meinung nach soll niemand in einen Aufsichtsrat eintreten dürfen, der nicht mindestens 2% der Aktien als Eigentum besitzt. X Das kleine Büchlein Dr. Johannes März' *Die Bedeutung des Unternehmerstandes für den industriellen Fortschritt in Sachsen* /Leipzig, Veit/ behandelt im wesentlichen die Vergangenheit; die Gegenwart wird nur wenig berücksichtigt. X In dem Heft *Wirtschaft und Mode* der Sammlung *Kultur und Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ kommt Dr. Johannes Schellwien zu dem Ergebnis, daß die Mode ein außerordentlich wichtiger Faktor unseres Wirtschaftslebens ist. Die Mode wirke im Rahmen der Volkswirtschaft wie ein fortschrittliches Element, das unser Wirtschaftsleben trotz mancher unerfreulicher Nebenerscheinungen nicht entbehren könnte, ohne an Spannkraft einzubüßen. X In der gleichen Sammlung behandelt Dr. F. Schumanna die Reichsbank, ihre Geschichte, Tätigkeit und Stellung. Die sehr gedrängte Übersicht gibt nur das Wesentlichste der Gründungsgeschichte der Reichsbank und die Grundzüge ihrer Entwicklung. In den

innern Betrieb der Bank führt das Büchlein nicht ein. Das war auch bei dem geringen Umfang und dem geringen Preis nicht möglich. X In einem Büchlein *Aus der eigenen Werkstatt* /Wien, Heller/ schildert der Präsident der *Anglo-Österreichischen Bank*, Karl Morawitz, in feuilletonistischer Art die Schwierigkeiten des Bankgewerbes. Seine Schilderung kann in dem Satz zusammengefaßt werden: Wir österreichischen Bankleute haben es schlechter als die der westlichen Länder. X Das Buch *Otto Warschauers Lotteriestudien* /Berlin, Curtius/ verdient hier deshalb Erwähnung, weil da ein Professor der Staatswissenschaften die Notwendigkeit der preußischen Klassenlotterie »aus einer vorurteilsfreien Erkenntnis des praktischen Lebens« darzutun versucht. »Mit dem Los kauft sich der Arme eine Hoffnung, die so lange währt, als das Los Gültigkeit hat, und man möge gerade demjenigen, der wenig hat, was ihm Freude bereitet, nicht die Zukunftsperspektive, daß auch für ihn einmal ein überraschender materieller Glückszufall eine durchgängige Veränderung der bisherigen Lebensverhältnisse herbeiführen könne, völlig verdunkeln.« Warschauer sieht in der Massenlotterie »gewissermaßen ein Sicherheitsventil gegen aufregendere Spiele«, das »die Bevölkerung vor Schlimmerem« behütet. Eine Stellungnahme zu diesen Ausführungen ist hier nicht notwendig.

Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stühmer

Gewerkschaftskartelle Die *Generalkommission* veröffentlicht im *Korrespondenzblatt* eine Statistik über die Gewerkschaftskartelle im Jahr 1911. 691 Kartelle (97,74 %) haben Bericht erstattet. Es sind ihnen 9261 Gewerkschaften mit insgesamt 2 160 728 Mitgliedern angeschlossen. Darunter befinden sich 9223 Zweigvereine der der *Generalkommission* angeschlossenen Zentralverbände mit 2 153 021 Mitgliedern. Gegen das Jahr 1910 hat sich die Zahl der Zweigvereine um 371, die der Mitglieder um 268 247 vermehrt; 310 Zweigvereine sind nicht mit Kartellen verbunden. Der diesjährigen Statistik ist zum erstenmal eine Übersicht über die Verteilung der Kartelle auf die Staaten und Landesteile beigefügt worden. Danach steht Preußen mit 335 Kartellen und 1 064 379 Mitgliedern an erster Stelle; dann folgen Sachsen, Bayern, Hamburg (mit Altona, Schiffbeck und Wandsbeck) und Württemberg. Im

Jahr 1911 fanden 2324 allgemeine und 1107 Versammlungen für einzelne Berufe statt, gegen 2500 respektive 1248 im Vorjahr. Dieser vorübergehende Rückgang an Versammlungen erklärt sich durch die größere politische Agitation bei der letzten Reichstagswahl. Von 82 Kartellen sind zur Betreibung der Agitation und der Vertretung ihrer besonderen Interessen Arbeiterinnenagitationskommissionen gebildet oder weibliche Vertrauenspersonen eingesetzt worden. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft sind von 547 Kartellen Bibliotheken, von 87 Kartellen Lesezimmer eingerichtet worden. Außerdem befinden sich in 362 Orten Bildungsausschüsse, in 346 Jugendkommissionen und in 52 Orten Referenten-nachweise. Um die Arbeiterschutzbestimmungen durchzuführen, bestanden 135 Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionssachen und 235 Bauarbeiterschuttkommissionen. Auch zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens beim Arbeitgeber werden an 46 Orten Kommissionen unterhalten. Die Zahl aller dieser Institutionen ist ungefähr die gleiche wie im Vorjahr geblieben. Von den 130 statistischen Erhebungen, die von Kartellen veranstaltet wurden, handelte es sich in 6 Fällen um die Aufnahme von Lohn- und Arbeitsverhältnissen und in 32 Fällen um Arbeitszählungen.

Die Zahl der Gewerkschaftshäuser vermehrte sich seit 1910 um 14, so daß gegenwärtig 67 bestehen, von denen 44 auf eigenem Grundstück errichtet sind. 310 Kartelle unterhalten Herbergen in eigener Regie, 102 Sekretariate und an 198 Orten befinden sich Rechtsanwaltsstellen. Insgesamt werden von den Kartellen 171 Angestellte beschäftigt, die hauptsächlich in den Sekretariaten arbeiten.

Die Gesamteinnahmen, über die die 675 Kartelle berichten, betragen 1 797 248 Mark, die Ausgaben 1 600 435 Mark, und die Kassenbestände nach den Kassenberichten der 675 Kartelle am Schluß des Jahres 1911 825 552 Mark. Durch Sammlungen wurden 283 855, aus den Kartellkassen 25 191 Mark eingebracht.

X **Kongresse und Verbandstage** Der Verbandstag der Hand-
X
desgehilfen, der vom
5. bis zum 7. Mai in
Berlin tagte, nahm einstimmig eine Vereinbarung der Vorstände der Hand-
gehilfen und Lagerhalter zur Verschmelzung der beiden Verbände an. Wenn

diese Vereinbarung am Verbandstag der Lagerhalter im Herbst dieses Jahres angenommen wird, so wird die Verschmelzung zum Jahresschluß vollzogen. Auch mit den Bureauangestellten soll auf Antrag der Generalversammlung eine Verschmelzung in die Wege geleitet werden. Außerdem wurde über das Vereinsrecht, über das Wahlrecht der weiblichen Angestellten und über das Gesetz der Sonntagsruhe verhandelt. An Stelle des Genossen Josephsohn wurde Urban-Berlin zum 1. Vorsitzenden gewählt. Der Verband zählte Ende 1911 rund 15 500 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von 47 520 Mark. Die Verbände der Tabakarbeiter und Zigarrensortierer berieten vom 13. bis zum 17. Mai in Hamburg erst getrennt und dann gemeinsam eine Verschmelzung der Verbände. Alle Entwürfe über Statut, Streik- und Wahlreglement wurden der gemeinsamen Kommission von 21 Mitgliedern zur Formulierung der Einigungsbestimmungen überwiesen. Die Unterstützungen wurden den Wochenbeiträgen von 35, 45, 55, 70, 100 und 120 Pfennigen entsprechend geregelt, und das Gesamtstatut wie auch die Verschmelzung einstimmig angenommen. Der neue Verband wird den Namen *Deutscher Tabakarbeiterverband* führen. Der 5. Verbandstag der Steinarbeiter fand vom 13. bis zum 18. Mai in München statt. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit 29 000, der Kassenbestand weist 589 077 Mark auf. Die Verschmelzungsfrage nahm den breitesten Raum in der Debatte ein, wurde aber vom Vorstand als verfrüht bezeichnet. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung wurde abgelehnt. Jedoch wurde einstimmig beschlossen, daß der Vorstand dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung zu unterbreiten hat.

Der Verband der Sattler und Portefeuilleer hielt vom 29. Mai bis zum 1. Juni seinen 1. Verbandstag (seit der Verschmelzung) in München ab. Er zählt jetzt 13 819 Mitglieder. Das Vermögen betrug am 31. Dezember 326 709,55 Mark. Obgleich eine Erhöhung der Wochenbeiträge von 50 auf 55 Pfennig vorgenommen wurde, wurden die Unterstützungen nicht erhöht. Die Referate behandelten die Gefängnisarbeit im Sattler- und Portefeuilleerberuf, das neue Heimarbeitergesetz und die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung.

Ein allgemeiner Friseurgehilfenkongreß tagte am 28. Mai in Berlin. Die anwesenden 42 Delegierten vertraten in 26 Städten 2888 Fachvereins- und Verbandsmitglieder. Die Resolutionen, die zu den Referaten über die Lage des Friseurgewerbes und der Gehilfenschaft, die hygienischen Verhältnisse der Friseurarbeiter, die Forderungen an die Gesetzgebung und die Grundlagen zur tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefaßt wurden, nahm man einstimmig an. Im Anschluß an den Kongreß fand vom 29. bis zum 31. Mai der 11. Verbandstag der Friseurgehilfen statt. Der Verband zählte Ende 1911 2219 Mitglieder. Außer der Statutenberatung verhandelte man über Arbeitsvermittlung und Bildungsbestrebungen. Die 11. Generalversammlung des Maschinisten- und Heizerverbandes wurde vom 25. bis zum 29. Mai in München abgehalten. Während der Berichtszeit sind 317 Lohnbewegungen mit gutem Erfolg durchgeführt worden, ferner ist eine Verkürzung der Arbeitszeit um 484 562 Stunden, eine Lohnerhöhung von 632 497 Mark pro Jahr, eine bessere Bezahlung der Überstunden und für 2104 Mitglieder ein Urlaub von 2 bis 14 Tagen erreicht. Die Mitgliederzahl ist von 18 200 auf 24 019 gestiegen. Die Gesamteinnahmen betragen 818 768,37 Mark, die Ausgaben 810 115,78, das Vermögen erreichte eine Höhe von 252 439,84 Mark. Der wöchentliche Beitrag wurde von 50 auf 60 Pfennig erhöht.

Auf der Generalversammlung der Schmiede, vom 2. bis zum 8. Juni in Disseldorf, wurde hauptsächlich über die Verhandlungen mit dem Metallarbeiterverband wegen der Verschmelzung Bericht erstattet. Danach übernimmt der Metallarbeiterverband alle Aktiven und Passiven des Schmiedeverbandes sowie die Lokalkassenbestände und die Bibliotheken. Die übertretenden Mitglieder des Schmiedeverbandes treten ohne weiteres in den Genuß der Unterstützungsrichtungen des Metallarbeiterverbandes.

Der 6. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter tagte vom 2. bis zum 8. Juni in München. Die Mitgliederzahl ist in den letzten 3 Jahren von 29 316 auf 47 376 gestiegen; das Gesamtvermögen betrug 652 521,49 Mark. Die 990 Lohnbewegungen, von denen 955 ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden, erreichten eine Verkürzung der Arbeitszeit für 15 821 Arbeiter und eine Lohnerhöhung für 113 020 Arbeiter. Es wur-

den Referate über die Organisierung des etatsmäßigen Personals in den städtischen Betrieben und über die Arbeiterfürsorge in den Gemeindebetrieben gehalten.

Der Transportarbeiterverband, der seine Generalversammlung vom 10. bis zum 15. Juni in Breslau abhielt, weist nach seinem Geschäftsbericht 195 249 Mitglieder und ein Vermögen von 1 124 246,90 Mark auf. In der Diskussion wurde über Grenzstreitigkeiten und über die Schaffung eines Verbandshauses, die durch den Extrabeitrag von 2 Mark jedes männlichen Mitglieds erleichtert werden soll, gesprochen.

Die Brauerei- und Mühlenarbeiter tagten vom 11. bis zum 15. Juni in Mannheim. Die Mitgliederzahl ist seit der Verschmelzung um 3000 gestiegen, so daß sie Ende 1911 47 699 beträgt; das Vermögen erreichte eine Höhe von 1 168 690 Mark. Es wurde über Richtlinien für Lohnbewegungen und Kämpfe verhandelt und der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Die Tagung der Textilarbeiter fand vom 17. bis zum 22. Juni in Stuttgart statt. Der Geschäftsbericht weist Ende 1911 eine Mitgliederzahl von 131 426 und ein Vermögen von insgesamt 1 464 262,84 Mark auf. Der Verbandstag beschäftigte sich mit der Förderung des freien Samstagnachmittags, mit der Stellung zu den gegnerischen Gewerkschaften, namentlich bei Lohnkämpfen, und mit der Wirkung der Zollgesetzgebung in der Textilindustrie. Die Bildhauer, die vom 23. bis zum 29. Juni in München tagten, hatten im letzten Jahr außerordentlich stark unter Arbeitslosigkeit zu leiden. Zwar ist die Mitgliederzahl infolge der anhaltenden Berufsfucht immer noch zurückgegangen, so daß sie Ende 1911 nur noch 3797 zählte, doch betrug der Kassenbestand 98 761 Mark. Von den Ausgaben entfielen auf Streikunterstützung 52 356 Mark und auf Arbeitslosenunterstützung 156 418 Mark. Es wurde über den Übertritt an eine größere Organisation beraten, und der Zentralvorstand wurde beauftragt den geschlossenen Übertritt in den Holzarbeiterverband zur Diskussion zu stellen. Ergibt sich bei der Urabstimmung eine Zweidrittelmehrheit, so sollen die Verhandlungen über die Übertrittsbestimmungen mit dem Holzarbeiterverband sofort eingeleitet werden.

Der Holzarbeiterverband hatte seine Tagung vom 23. bis zum 29. Juni in Berlin. Die Mitgliederzahl hat sich

in den letzten Jahren um 30 923 (rund 20 %) auf 182 750 gesteigert. Die Gesamteinnahme betrug 14 165 005 Mark, die Gesamtausgabe 12 515 816 und der Vermögensbestand 5 086 582 Mark. In geschlossener Sitzung wurden die Lohnbewegungen behandelt; man kam überein, daß eine Arbeitszeit von 9 Stunden als die höchst zulässige festzusetzen sei. Der Verbandsvorsitzende Leipart legte eine Resolution vor, die die Verbandsmitglieder verpflichtet die Regelung der Arbeitsvermittlung nach allen Kräften zu unterstützen. Auch die Beitragsfrage wurde geregelt. Die weiblichen Mitglieder sollen künftig zwei Drittel der Streikunterstützung der männlichen Mitglieder erhalten, anstatt wie bisher die Hälfte.

× ×

Österreich Die der Reichskommission angeschlossenen Zentral- und Lokalvereine hatten am Schluß des Jahres 1911 insgesamt 373 914 männliche und 47 991 weibliche Mitglieder. Durch den tschechischen Separatismus hatten im Berichtsjahr die Bergarbeiter, Glasarbeiter und Holzarbeiter zu leiden, da die vorgenommene Trennung den Bergarbeitern einen Abfall von 3966 und den Glasarbeitern von 1554, den Holzarbeitern dagegen nur einen Verlust von 651 Mitgliedern brachte. Die tschechoslawischen separatistischen Organisationen hatten im Jahr 1911 rund 85 000 Mitglieder zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen betragen 9 191 346,06, die Ausgaben 8 542 182,27 Kronen. Der separat verwaltete Streikfonds aller Organisationen ergab 5 049 678,19 Kronen; da die Unterstützungen an Gemabregelte und Streikende im Jahr 1911 nur 400 780,16 Kronen (501 889,23 Kronen weniger als im Vorjahr) betrug. Die Gesamtorganisation verfügt ohne den Solidaritätsfonds, der von der Reichskommission der Gewerkschaften Österreichs separat verwaltet wird, 464 889,03 Kronen. Der Gesamtvermögensbestand sämtlicher Gewerkschaften ist auf 13 145 274,37 Kronen gestiegen.

× ×

Ungarn Infolge der wirtschaftlichen Rückständigkeit des Landes hat die gewerkschaftliche Bewegung in Ungarn zahlreiche Hindernisse zu überwinden, um vorwärts zu kommen. Im Jahr 1907 betrug die Mitgliederzahl sämtlicher Gewerkschaften bereits 130 120, ging dann aber in den beiden nächsten Jahren auf 85 266 wieder zurück. Das Jahr 1911

war für die ungarländische Gewerkschaftsbewegung wieder etwas günstiger. Die meisten Gewerkschaften sind sowohl an Mitgliederzahl, als auch finanziell erstarkt. Die Mitgliederzahl der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften betrug am 31. Dezembet 1911 95 180, gegenüber 86 478 im Vorjahr. Unter diesen 95 180 Mitgliedern sind 89 449 Männer und 5731 Frauen, die Zahl der weiblichen Mitglieder hat nur um 154 zugenommen. Von den 95 180 organisierten Arbeitern hatten 54 339 ihren Wohnsitz in Budapest und dessen Umgebung, 40 841 wohnten in der Provinz. Die Gesamteinnahmen der ungarländischen Gewerkschaften betragen im Jahr 1911 2 017 264 Kronen, gegenüber 1 792 027 im Vorjahr. Die Gesamtausgaben betragen 1 767 098,58 Kronen, darunter für Arbeitslosenunterstützung 258 165,84, für Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung 263 457,36, Witwen-, Waisen- und Invalidenunterstützung 130 990,93, für andere Unterstützungszweige 86 200 und für Rechtsschutz 31 368 Kronen.

× **Kurze Chronik** Im Baugewerbe rüstet man sich auf beiden Seiten zu dem im nächsten Frühjahr ablaufenden Tarifvertrag. Die Arbeitgeberverbände der Baubranche haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen, zu dem auch die Arbeitgeberverbände der Holzindustrie und des Malergewerbes gehören. × Die Metallarbeiter standen in Halle, Hannover und Magdeburg mit 18 000 Personen, die zum größten Teil wegen Lohnforderungen ausgesperrt waren, im Kampf. In Hannover wurde eine Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung erreicht. In Halle und Magdeburg wurde die Aussperrung durch den Bevollmächtigten des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller am 11. Juli aufgehoben, nachdem eine Einigung mit dem Metallarbeiterverband zustande gekommen war. × Eine Aussperrung in der Fürther Glasindustrie ist nach 10 tägiger Dauer mit annehmbarem Erfolg für die Arbeiter als beendet erklärt worden. × Der Buchdruckerverband hatte am Jahres-schluß 1911 einen Mitgliederbestand von 64 793. An Unterstützungen wurden allein im 4. Quartal 699 097 Mark verausgabt. Das Vermögen der Hauptkasse bezifferte sich auf 8 098 458 Mark. × Der Grundstein, das Organ des Bauarbeiterverbandes hat bereits

eine Auflage von 350 000 erreicht. × Der Zimmerer, das Organ des Zimmererverbandes, hat eine regelmäßige wöchentliche Auflage von 70 000. × Der Deutsche Maschinist und Heizer, das Organ des Verbandes der Maschinisten, hat eine Auflage von 25 000 erreicht.

Sozialpolitik / Johannes Helden

Geburtenrückgang Was aufmerksamer Beobachtung schon seit Jahren nicht mehr entgangen ist, beunruhigt jetzt auch die Regierung: eine anhaltende Verminderung der Geburten. Damit werden Hoffnungen enttäuscht und Befürchtungen verschleht. Sah doch schon mancher Phantast, der die außerordentlich starke Volksvermehrung in den letzten 15 bis 20 Jahren für die Norm hielt, nach der das deutsche Volk dauernd im Gegensatz zu den anderen Völkern Westeuropas wachsen werde, die Bevölkerung Deutschlands in kurzer Zeit auf 80 und mehr Millionen gestiegen. Diese Zahl in gleicher Weise vermehrt, ergab für nicht gar zu ferne Zeit ein Volk von 100 Millionen. An Zahlenspielerien dieser Art erfreuten sich die einen, und den anderen waren sie ein Grund für pessimistische Befürchtungen. Klage man doch schon, daß die Erde nicht fruchtbar genug sei, um Brot für alle hervorzubringen; sie sahen schon den Zeitpunkt, an dem jeder neue Mensch den anderen die Nahrung beschränkt. Mit den Hoffnungen und Befürchtungen, die sich an das Wachsen der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten geknüpft haben, ist es nun nichts.

Daß eine so oberflächliche Betrachtung, die die Vermehrung von einer Volkszählung zur andern in den letzten Jahrzehnten als den Maßstab des Wachstums der Bevölkerung wenn auch nur für ein paar Generationen setzte, überhaupt diskutiert wurde, mußte ebenso verwundern, als die Ernsthaftigkeit, mit der jetzt plötzlich der Geburtenrückgang als eine neue bedrohliche Erscheinung behandelt wird. Denn die Verminderung der Geburten setzte doch schon zu einer Zeit ein, in der die Gesamtbevölkerung das größte Wachstum aufwies. Das große Wachstum beruhte ja nicht auf größerer Fruchtbarkeit, sondern auf geringerer Sterblichkeit und auf der Einwanderung. Die durch diese beiden Faktoren begründete Volksvermehrung hat natürlich ihre Grenzen. Mag für ein in seiner großen Masse so schlecht

ernährtes und überaus anstrengend arbeitendes Volk wie das deutsche die Sterblichkeitsziffer durch sozialpolitische Maßnahmen im weitesten Sinn auch noch so wesentlich herabgedrückt werden können, einmal hat das ein Ende. Und in Deutschland ist die Sterblichkeitsziffer in den letzten 30 Jahren wesentlich zurückgegangen. Sie betrug 1876 29,3 auf 1000 Einwohner, 1910 nur noch 17,1. Diese Verringerung der Sterblichkeitsziffer hat natürlich auch Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung zur Folge. Am meisten wird sich die Bevölkerung in jenen Altersklassen vermehren, die für die Fortpflanzung noch nicht oder nicht mehr in Frage kommen. Das ist bei Vergleichen der Ziffern der Geburten auf je 1000 der Bevölkerung zu beachten. Wenn gesagt wird, daß 1876 im Reich auf 1000 Einwohner 42,6 Geburten, 1910 auf die gleiche Bevölkerungszahl aber nur noch 30,7 Geburten gekommen sind, so beweist das nicht einen Rückgang der Geburten um rund 18 %. So stark ist die Verminderung noch nicht. Immerhin ist sie sehr erheblich und beträgt für Preußen, wo im Jahrfünft 1876 bis 1880 auf 1000 im gebärfähigen Alter stehende Frauen 174,6, im Jahrfünft 1906 bis 1910 aber nur noch 143,7 Lebendgeborene kamen, rund 17 %.

In Preußen sind bekanntlich die Regierungspräsidenten beauftragt worden Erhebungen über die Ursachen des Rückgangs der Geburten vorzunehmen. Ob dabei viel herauskommen wird, ist mehr als fraglich. Die bewußte Einschränkung der Fortpflanzung ist nicht auf eine oder einige wenige Ursachen zurückzuführen, sondern eine große Reihe von Motiven wirken zusammen. Sie braucht auch nicht in allen Fällen ein Zeichen wachsender wirtschaftlicher Not zu sein sondern kann ebenso mit wachsendem Wohlstand verbunden sein. Jedenfalls lehrt die Erfahrung, daß es nicht gerade die allerärmsten Schichten sind, in denen die Beschränkung der Kinderzahl am häufigsten ist. Wirtschaftliche Not und die daraus resultierende Unmöglichkeit eine größere Zahl von Kindern zu ernähren und, besonders in der Großstadt, zu beherbergen, führen, ebenso wie Wohlstand und die Absicht sich die Lebenshaltung nicht zu beeinträchtigen, zur Verminderung der Geburten. Ausdehnung der Frauenarbeit ist natürlich der Volksvermehrung auch nicht günstig und auch die sich noch ständig steigernde Unsicherheit der wirtschaftlichen Existenz für die

Arbeiter und Angestellten wirkt zweifellos hemmend auf die Fortpflanzung ein; sie führt zur Verminderung der Heiraten und Hinaufrücken des Heiratsalters. Die Zeit der höchsten Leistungsfähigkeit des Arbeiters ist, wie die Untersuchungen des *Vereins für Sozialpolitik* ergeben haben, recht kurz. Ist es da ein Wunder, wenn der Arbeiter die Zahl seiner Nachkommen einschränkt?

Von agrarischer Seite wird die Schuld an dem Geburtenrückgang den Städten zur Last gelegt. Die Statistik soll beweisen, daß die Geburtenhäufigkeit auf dem Lande größer ist als in den Städten. Damit ist aber gar nichts bewiesen, so lange nicht auch der Altersaufbau und der Familienstand ermittelt ist. Die Statistik ergibt auch, daß die Sterblichkeit in den hauptsächlich agrarischen Provinzen erheblich höher ist als in den mehr industriellen. Das wird natürlich kein vernünftiger Mensch allein auf die hygienisch weniger günstigen Verhältnisse des platten Landes zurückführen. Die Vermutung liegt jedenfalls nahe, daß die höhere Sterblichkeitsziffer des Landes auch zum Teil durch die stärkere Vertretung der höheren Altersklassen bedingt ist, aber auch durch die hohe Säuglingssterblichkeit.

Nach allen Erfahrungen ist nicht anzunehmen, daß die Zahl der Geburten wieder erheblich steigen wird. Wenn eine Auslassung der *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* ein Vorgehen gegen die Ankündigung von Mitteln zur Verhütung der Konzeption in Aussicht stellt, so wird das nichts nützen. Die Beschränkung der Kinderzahl ist auch dort anzutreffen, wo niemand öffentlich über Verhütungsmaßnahmen spricht. Jede Maßnahme, die den Bevölkerungsrückgang vermeiden will, muß darauf gerichtet sein die Geborenen am Leben zu erhalten. Die Kindersterblichkeit ist in Deutschland erschreckend groß. Durch Maßnahmen der Gesetzgebung kann ihr erfolgreicher begegnet werden, als daß sich die Zahl der Geburten vermehren läßt. Aber gerade die Kreise, Regierung und Agrarier, die jetzt am lautesten über die Gefahren des Rückgangs der Geburten schreien, weigern sich geeignete Maßnahmen zur Verminderung der Kindersterblichkeit zu treffen. Es sei nur an die Gestaltung der Reichsversicherungsordnung in der Frage des Wöchnerinnen- und Säuglingsschutzes erinnert. Wie eindringlich ist von sozialdemokratischer Seite die Notwendigkeit umfassenden Schutzes der schwangeren Frau, der jungen Mutter und des

Säuglings betont worden. Weder der Appell an das christliche Gewissen noch der Hinweis auf die wirtschaftlichen Vorteile von Wöchnerinnen- und Säuglingspflege haben Regierung und die Mehrheit des Reichstags beeinflussen können. Mehr als ein Fünftel der Geborenen stirbt im 1. Jahr. Und zu diesen Unglücklichen stellen bekanntlich die Unehelichen den verhältnismäßig größten Teil. Beträgt doch die Sterblichkeit im 1. Lebensjahr bei den Eheleichen 18,8, bei den Unehelichen 32,0 %. Die größere Sterblichkeit der Unehelichen fällt für die Frage der Bevölkerungsvermehrung um so mehr ins Gewicht, als sie einen immer größer werdenden Prozentsatz der Geborenen ausmachen. Daß die größere Sterblichkeit der Unehelichen ebenso wie ihr größerer Anteil an den Totgeburten auf wirtschaftliche und soziale Ursachen zurückzuführen ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Niemandem ist die hohe Kindersterblichkeit Deutschlands unbekannt. War doch in einem Aufsatz über die Lebensdauer der deutschen Bevölkerung im *Reichsarbeitsblatt* zu lesen, daß der Grund, »weshalb Deutschland noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts beträchtlich hinter anderen Kulturstaaten zurückblieb (mittlere Lebensdauer), in seiner bedeutenden Kindersterblichkeit liege«. Gewiß ist auch in diesem Punkt in den letzten 15 Jahren eine geringe Besserung erzielt. Aber noch viel kann getan werden. Wer den Rückgang der Bevölkerung verhindern will, braucht nicht zwecklose Untersuchungen über die Ursachen der Verminderung der Geburten zu veranstalten und auf vergebliche Maßnahmen zu ihrer Vermehrung zu sinnen, sondern soll ernstlich dafür sorgen, daß die Geborenen am Leben bleiben. Mittel hierzu sind von sozialpolitischen Maßnahmen im engeren Sinn Mutterschaftsversicherung und Wirtschaftspolitik, die die Lebensmittel nicht künstlich verteuert.

× **Kurze Chronik** ×
 In Preußen sind die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Versicherungs- und Oberversicherungsämter am 1. Juli dieses Jahres an Stelle der unteren Verwaltungsbehörden und der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung getreten. × Das preußische Kriegsministerium hat in einem Erlaß an die Generalkommandos auf die Verwen-

dung von verabschiedeten Offizieren in den Versicherungsämtern als leitende Beamte hingewiesen. Der Anstellung soll eine Vorbereitungszeit von je 6 Monaten bei Krankenkassen, Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften und einer Versicherungsbehörde vorangehen, die mit einer Prüfung abgeschlossen wird. × Für die Reichsversicherungsanstalt der Privatangestelltenversicherung soll vorläufig ein Rentenausschuß und ein Schiedsgericht errichtet werden. Die Wahl der Vertrauensmänner wird im Herbst erfolgen. × Preußen und Baden haben 100 000 Mark und 6000 Mark als Zuschüsse für Heimarbeiter, die durch die Vorschriften des Hausarbeitsgesetzes stark belastet werden, in den Etat eingestellt. × Das preußische Gesetz über Armenpflege (siehe die Rubrik *Kommunalpolitik*, 1912, I. Band, pag. 315 ff.) ist sowohl vom Abgeordnetenhaus wie auch vom Herrenhaus angenommen worden. × Württemberg wird nach einem kürzlich verabschiedeten Gesetz die Berufsvormundschaft einführen. × An der Universität Gießen soll ein Lehrstuhl für soziale Medizin errichtet werden. × Für die Herbstsession des Reichstags steht die Vorlage eines Jugendstrafgesetzes zu erwarten. × Die Vorarbeiten für die dem Reichstag im Jahr 1915 erneut zur Beschlußfassung vorzulegende Frage der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente auf 65 Jahre sind in Angriff genommen worden.

× Literatur

In seiner Schrift *Die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen* / Jena, G. Fischer/ vergleicht Dr. Carl von Tyszkä die Lebenshaltung der Arbeiter von Deutschland, England, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Als Unterlagen dienen ihm die Ermittlungen des englischen Handelsamts über Lohnhöhe, Arbeitszeit, Wohnungsmiete und Lebensmittelpreise in einer Reihe von Städten der genannten Länder- und Haushaltsbudgets. Das Resultat der sorgfältig und eingehend durchgeführten Berechnungen und Vergleiche ist die Feststellung der hohen Belastung des deutschen Arbeiters durch Miete und Lebensmittelpreise. Im Vergleich mit seinen englischen und amerikanischen Kollegen ist der deutsche Arbeiter immer noch ungünstiger gestellt. Für diesen Zustand macht der Verfasser die geschrie-

benen und ungeschriebenen Privilegien, die in dem ausgesprochenen Klassenstaat Deutschland die ländlichen und städtischen Grundeigentümer besitzen, verantwortlich. Die Wohnungspolitik der Städte erhöhe die Mieten, und die Zoll- und Wirtschaftspolitik verteuere die Lebensmittel, beides verschulde, daß der größte Teil der neugeschaffenen Arbeitswerte den städtischen und ländlichen Grundbesitzern zufließe. Um dies zu verhindern, fordert der Verfasser die Demokratisierung von Gesetzgebung und Verwaltung. Nur durch sie könne der materielle Wohlstand geschaffen werden, dessen der deutsche Arbeiter bedarf, um Qualitätsarbeiter zu werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Anschauungen ist an dieser Stelle nicht notwendig.

Staatssozialismus / Wilhelm Schröder

Individualismus und Staatssozialismus Im städtischen Saalbau zu Essen wurde am 29. und 30. Mai dieses Jahres die 23. Tagung des evangelischsozialen Kongresses abgehalten. Aus den Verhandlungen dieser auf alle beachtenswerten Körperschaft kommt für uns das Thema *Individualismus und Staatssozialismus* in Betracht. Nicht weil es sich hier um eine neue Zusammenstellung handelte; seiner Natur nach ist vielmehr der Gegenstand schon häufig von deutschen Gelehrten bearbeitet worden. Aber der Ton machte auch hier die Musik; und es war unverkennbar, daß auf den Begriff des *Individualismus* in dem Vortrag des Referenten Professor Dr. von Wiese-Hannover das stärkere Gewicht gelegt wurde. Es ist anzunehmen, daß die großindustrielle Umgebung des Versammlungsorts hierauf nur in geringerem Maß von bestimmendem Einfluß war. Vielmehr spielte hier eine Strömung mit, der erst zögernd von den Kathedersozialisten Beachtung geschenkt worden ist. Der Referent fragte: »Ist der Arbeiter glücklicher und zufriedener geworden?« Er verneinte diese Frage, und zwar, »weil wir nicht freier geworden sind. Sozial sind wir eingeschachtelt in eine Fülle von Gesetzen zu unserer eigenen Wohlfahrt, zurückgeblieben ist aber unsere freiheitliche Entwicklung.« »Es handelt sich«, führte der Redner weiter aus, »beim Staatssozialismus im engeren Sinn um das Anwachsen des Einflusses des Beamtentums auf das wirtschaftliche Leben, um die zunehmende Regulierung, Beaufsichtigung und Schematisierung des ökonomischen und so-

zialen Tuns. Es bestehen in der sozialen Gesetzgebung himmelweite Unterschiede zwischen Entwurf und Ausführung. Hört man in den Parlamenten die Gründe und Reden, mit denen eine Vorlage eingebracht wird, so mag es wahrlich leidlich scheinen. Die unteren und besonders die untersten Organe, die sie auszuführen haben, betrachten aber die soziale Praxis mit anderen Augen, handhaben sie mit anderen Mitteln. Was so von oben als Gesetz und Verordnung kommt, wird hier in erster Linie als eine Art Zuchtrute betrachtet, um die *pp.* Untertanen in Disziplin zu halten. Inzwischen geraten wir in ein immer undurchdringlicheres Paragrahengestrüpp, das Leben wird immer grauer und papierner, und dort, wo der Berg eine neue Volksfreiheit gebären sollte, endet sein Kreißen in Schikanen. Die Verlockung Fürsorgemaßnahmen in Mittel der Unterordnung zu wandeln ist sehr groß. Aber das mag richtig sein: Wenn gleichzeitig ein lebhaftes Bewußtsein für das, was wir Kulturidealismus genannt haben, in einer Nation vorhanden wäre, so würde sich auch der Staatssozialismus in lebenswürdigere Formen kleiden. Wenn wir also den Umstand, daß die praktische Sozialreform dem Polizeigeist neue Nahrung gibt, nicht verallgemeinern dürfen, so darf doch wieder nicht übersehen werden, daß sich in den letzten Jahrzehnten alle, die ein lebhaftes Empfinden für die Freiheit besitzen, unter dem Banner der Sozialreform zusammengefunden haben. Ihr Augenmerk war, soweit es sich um die Ausführung ihrer großen Ideen handelte, fast ausschließlich auf die soziale Gesetzgebung gerichtet. Mit der angespannten Hingabe an diese Ziele übersah man, daß wir gleichzeitig keine Fortschritte in der Achtung vor der Persönlichkeit gemacht, vielmehr auf der Bahn des sozialen Strebertums, des *Cliquengeistes*, der Absonderung von einander immer weiter hinabgesunken sind. Wenn man das Wort *soziale Sittlichkeit* tief erfaßt, so muß man doch unter ihm vor allem das Gefühl der Gemeinsamkeit auf der Grundlage der Selbstachtung und der Achtung vor dem Nächsten verstehen. In dieser Richtung sind wir bei all unserer Gesetzesmacherei nicht vorangekommen. Ich meine, wir müssen aus dem Lager der Sozialreformer wieder Wachtposten akkommandieren, die die Entwicklung der bürgerlichen Freiheit beobachten, gerade auch im Interesse der Arbeiter. Wodurch fühlt sich heute der erwachsene intelligente Arbeiter be-

schwert? Über den schlechten Verdienst, über die zu lange Arbeitszeit, über die Arbeitslosigkeit? Im allgemeinen nicht, aber darüber, daß er so oft auf eine hochmütige und mißtrauische Behandlung stößt, darüber, daß er auch nach seiner Dienstentlassung gewissermaßen in einer Kaserne eingesperrt bleibt, daß er auf so viele Unteroffiziere stößt, die ihn noch immer zum Antreten bestellen, die kontrollieren, ob er auch innerlich vorschrittmäßig gekleidet ist, und die ihn nötigen vor ihnen die Ehrenbezeugungen prompt zu vollführen. Ich habe die Überzeugung, in dem Maß, in dem es uns gelingt Deutschland aus einer Kaserne in eine hohe Schule freier Männlichkeit zu wandeln, werden die sozialen Probleme an Schwierigkeit und Schärfe sehr verlieren, mögen wir nun etwas mehr oder weniger ökonomischen Staatssozialismus entwickeln. Mir will erscheinen, als ob es keinen Sozialismus geben kann außer dem Kantischen Gebot keinen Menschen als bloßes Mittel zu benutzen sondern in jedem Menschen, soweit es die Notwendigkeit arbeitsteiliger Organisation zuläßt, den Selbstbestimmenden, aus selbständiger Kraft handelnden Menschen zu sehen. Dabei berühren sich wieder die scheinbar so getrennten Tendenzen des Individualismus und Sozialismus. Das Geschäftsleben wird in dem Maß sozialer, in dem es freier wird.«

Der zweite Referent zu diesem Thema Professor Dr. Martin Rade-Magdeburg legte seinem Vortrag eine Reihe Leitsätze zugrunde, in denen er unter anderm sagte: Das Individuum tritt entweder als Einzelindividuum oder als Masse auf. Der Kampf des Einzelindividuums gegen die Gesellschaft ist entweder unnatürlich und unmoralisch (Untat), oder er ist heroisch (Tat). Kämpft das Individuum als Masse wider die Gesellschaft, so enthüllt das Versäumnisse von deren Seite. Auch hier mag der Kampf unnatürliche und unmoralische Formen annehmen; aber im Grunde kann er immer nur das Verlangen nach besserer Organisation der Gesellschaft bedeuten.

Gegen beide Referenten sprach Professor Dr. Adolph Wagner-Berlin. Er verwahrte sich gegen eine Identifizierung mit den sozialdemokratischen Sozialisten und pries dann unter Hinweis auf die Eisenbahnverstaatlichung die Sozialisierungstätigkeit des preußischen Staates: »Wir sitzen hier mitten im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, im größten Kohlengebiet Deutschlands. Es wird zum größten Teil noch von

Privathänden ausgebeutet, und es ist zuzugeben, daß der private Bergbau hier Vorzügliches leistet. Aber könnte der Staat das nicht ebenso tun? Könnten die Gewinne, die die Aktionäre in die Tasche stecken, nicht der Gesamtheit zufließen? Möge man das Sozialismus nennen, ich habe nichts dagegen. Dann sind aber alle europäischen Staaten, die Domänen und Forsten verwalten, sozialistische Gebilde. Damit wird nichts für und nichts gegen sie bewiesen. Es kommt noch ein weiteres hinzu. Wir klagen alle über erhöhten Steuerdruck. Wir werden ihn mehr und mehr fühlen müssen, weil die Ansprüche, die an den Staat gestellt werden, immer höhere werden. Wenn es einen Weg gibt, höhere Steuern zu vermeiden, dann ist es die Verstaatlichung und die Verstadtlichung. Wir sehen ja in Preußen bei den Eisenbahnen den großen Erfolg. Wir haben im letzten Jahr nicht viel weniger als eine Viertelmilliarde Überschüsse der Eisenbahnen für allgemeine Staatszwecke verwenden können. Um diese Summe haben wir die Einkommensteuer in Preußen nicht zu erhöhen brauchen. Also der Überschub kommt der Gesamtheit zugute. Ist das nicht viel besser, als wenn müßige Aktionäre diese Summe in die Tasche stecken, die weiter nichts tun als daß sie ihr Kapital in den Betrieb hineingeschossen haben? Wir können auf diese Weise ohne höhere Steuern den erhöhten Anforderungen der Neuzeit gerecht werden, und ich glaube, daß das ein eminentes Vorteil ist, dem viel kleinere Nachteile gegenüberstehen. Nun sagt man, daß durch staatssozialistische Betriebe die Individualität des einzelnen eingeschränkt wird. Ist aber die Individualität der einzelnen Glieder, der Masse der Arbeiter weniger eingeschränkt, wenn sie von Aktiengesellschaften oder großen Privatunternehmungen abhängig sind? Bei den Staatsbetrieben kommt noch ein weiteres hinzu, daß sie nicht ausschließlich auf rein fiskalische Interessen Rücksicht zu nehmen haben, sondern daß sie auch an allgemeine Verhältnisse, zum Beispiel bei der Eisenbahn, denken können. Wenn die Entwicklung in Preußen so weiter geht wie bisher, dann ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir unsere Eisenbahnen wie unsere Domänen und Forsten im wesentlichen als reines Aktivum buchen können, und dann kann erst recht Rücksicht genommen werden auf die großen Leistungen, die die Unternehmer über ihre Verpflichtungen hinaus den Arbeitern gegenüber auf sich nehmen.

Aber das alles beruht nur auf freiem Willen, auf Zufälligkeiten und auf Willkür. Wenn aber Staat oder Gemeinde einen Betrieb leiten, dann können feste Normen von beschließenden Körperschaften aufgestellt werden, und das ist für die Angestellten ein wesentlicher Vorteil.«

In einer Betrachtung, die aus Anlaß dieser Redekämpfe durch die sozialdemokratische Parteipresse ging, ist gesagt worden, daß es vorteilhafter sei es mit den Gegnern des Sozialismus zu halten als mit seinen Anhängern, denn diese hätten keine Orden und Titel zu vergeben und könnten auch keine hohen Honorare zahlen. Es ist wohl das Beste die Gelegenheit ohne persönlich verletzende Spitze zu behandeln und auch bei den gelehrten Vertretern der neuen Richtung Ehrlichkeit der Auffassung als selbstverständlich voranzusetzen. Aber auch von diesem Standpunkt aus kann der Sozialismus immerhin bestehen. Als die kathedersozialistische Richtung auftauchte, trug sie ohne Zweifel einen philanthropischen Zug, angesichts der Tatsache, daß das damalige Proletariat hilflos der industriellen Ausbeutung überantwortet war. Es fand ein Echo seiner Schmerzen nur in der erst spärlich vertretenen sozialdemokratischen Presse, die dann mit dem Ausnahmegesetz bald ganz mundtot gemacht wurde; und eine Ablehnung gegen das Elend war nur in der Gestalt wilder und zumeist erfolglos verlaufener Streiks möglich. Nun kam die staatliche Sozialreform, der der Arbeiter ihrer Tendenz nach nur als willenloses und zu bevormundendes Objekt galt, dem grundsätzlich jede Eigenbetätigung versagt werden müsse, und dem gegenüber man in dieser Hinsicht in der Krankenkassengesetzgebung nur eine Ausnahme machte, weil wohl oder übel an Vorhandenes anzuknüpfen war. Die preußische Staatsregierung hält noch heute an diesen Grundsätzen fest und hat sie in der Reichsversicherungsordnung voriges Jahr sogar noch auszubauen gesucht. Inzwischen hat aber die Arbeiterschaft unzähligemal der Öffentlichkeit zu erkennen gegeben, daß sie über solche Bevormundung längst hinausgewachsen ist. Mehr noch. Sie hat allen staatlichen und privaten Hindernissen zum Trotz ihre selbstgeschaffenen Organisationen zu einer Stärke ausgebaut, die auch dem Gegner Achtung einpaukt, und die die Wissenschaft nötigt sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Dies tat Professor von Wiese, indem er die

Bureaukratie des Staates verurteilte und der Ordnung halber wohl auch Bedenken gegen eine etwa auftauchende Gewerkschaftsbureaukratie hervorkehrte. Trotz der Verklammerung lief seine Rede auf ein Kompliment an die gegen den Polizeistaat gerichtete und machtvoll organisierte Individualität des sozialdemokratischen Arbeiters hinaus. Professor Wagner hingegen kann sich den Staatssozialismus nur in der bevormundenden Gestalt der achtziger Jahre vorstellen und glaubt auch als Sozialist an die Notwendigkeit noch mehr verstärkten Streikbrecherschutzes. Er übersieht dabei, daß der Verstaatlichungsgedanke gerade in der Sozialdemokratie erst mit ihrer Erstarkung das Maß von Sympathieen gefunden hat, das ihr vor einem Vierteljahrhundert völlig fehlte, oder er will, was bedauerlich wäre, vom Staatssozialismus unter demokratischem Regiment grundsätzlich nichts wissen. Erwähnung verdient übrigens noch, daß gerade konservative Politiker auch durch die neue Richtung nicht abgehalten werden dem Verstaatlichungsproblem ernste Beachtung zu zollen. In einem Leitartikel, den die *Deutsche Tageszeitung* am 31. Mai dieses Jahres über den evangelischsozialen Kongreß brachte, heißt es: »Läßt sich die persönliche Initiative in unserem Wirtschaftsleben von großen sozialen Gesichtspunkten, von einer genügenden Berücksichtigung der allgemeinen Interessen und — von der nötigen Rücksichtnahme auf das Recht der Persönlichkeit unterhalb der leitenden Sphäre großer Betriebe leiten, dann dürfte ihr Sieg auch für die Zukunft sicher sein. Wenn aber, worauf manche Zeichen hindeuten, das unversöhnliche Großkapital auch in den Industrien die Herrschaft erringt, wo die Unternehmer bisher die führende Rolle spielten, dann wird allerdings die Frage brennend werden, ob der Individualismus in diesen großen Zweigen unseres Wirtschaftslebens nicht gerade durch den Staatssozialismus eines Tages wird geschützt werden müssen.« Realpolitischer schrieb der freikonservative Parteiführer Freiherr von Zedlitz am 11. Juni im *Tag*: »In dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat würde allerdings die Verstaatlichung der Großbetriebe zwar nicht der Gesamtheit, aber doch den minder wohlhabenden Massen Nutzen bringen. Und zwar auch dann, wenn aus naheliegenden Zweckmäßigkeitsgründen zunächst für die Enteignung Entschädigung gewährt würde, und im übrigen das Privateigentum grundsätzlich

aufrechterhalten bliebe. Denn die Entschädigungen würden ausschließlich den oberen Zehntausend auferlegt und in Verbindung mit einem auf stark progressive Besteuerung der größeren Einkommen, Vermögen und Erbschaften aufgebauten Steuersystem deren Belastung so steigern, daß sie die Wirkung einer schrittweise, aber in raschem Tempo sich vollziehenden Konfiskation dieser Vermögen und Einkommen haben müßte.«

×
Reichswohnungsgesetz

× Mitte Mai war die Reichstagskommission für die Wohnungsfrage in der Lage die Grundsätze zu veröffentlichen, die für die geforderten Gesetzentwürfe in Betracht kommen sollen. Diese Entwürfe sollen danach enthalten:

1. Mindestvorschriften über Beschaffenheit und Benutzung der Wohnungen (Lage, Luftraum, Zufuhr von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellenwesen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land;
 2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bzw. Bezirks- und Landeswohnungsämter mit einem Reichswohnungsamt als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswesen;
 3. Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalt zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Pfandbriefsdarlehen auf Hausgrundstücke mit Kleinwohnungen sowohl an Baugenossenschaften als auch an Privatpersonen zu gewähren;
 4. Regelung des Wohnungsnachweiswesens;
 5. Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch im Interesse des Kleinwohnungsbaus.
- Weiter will die Wohnungskommission die verbündeten Regierungen ersuchen die Ergebnisse der Wohnungskontrolle, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen. Schließlich soll der Reichskanzler ersucht werden in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß im Weg der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen gefördert werde, und zwar
1. unter Anpassung der Verhältnisse von Stadt und Land durch Festsetzung von Normativbestimmungen über Bodenaufteilung, Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Verbilligung und Erleichterung

des Kleinwohnungsbaues sowie zwecks weiträumiger Bebauung und Zentralisation der Besiedelung;

2. durch Gewährung von Steuererleichterungen und Abgaben an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen;
3. durch Gewährung des Enteignungsrechtes an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mißständen in dem Erbauungs- und Wohnungswesen, die die Bebauung hemmen, und von veralteten, zur Bewohnung ungeeigneten Gebäuden.

×
Staatsbahnen und Gütertarife

× Der Geheime Regierungsrat a. D. H. Schwabe hat unter dem Titel *Über die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und des Ertrages der preußischen Staatseisenbahnen unter gleichzeitiger Ermäßigung der Gütertarife* eine beachtenswerte Broschüre erscheinen lassen /Düsseldorfer, Bagel/. Der Verfasser zeigt zunächst, wie sehr im Interesse des Fiskus eine Beschleunigung des Wagenumlaufs vonnöten ist. Wird selbst die höchste bisher in einem Jahr erreichte Leistung von 18 114 Kilometer für jede Wagenachse, die die Statistik als Ergebnis des Jahres 1906 aufzählt, zugrunde gelegt, so ergibt dies bei 300 Betriebstagen eine durchschnittliche Tagesleistung von rund 60 Kilometer, die mit Güterzugsgeschwindigkeit in 3 Stunden zurückgelegt werden kann. Es kommen also 3 Stunden auf die Fahrt und 21 Stunden auf den Aufenthalt der Güterwagen in den Stationen. Herr Schwabe nennt dies einen Zustand, der ebenso ungünstig für die Ausnützung der Betriebsmittel wie der Geleisanlagen der Bahnhöfe ist und daher eine weit über das wirkliche Bedürfnis hinausgehende Ausdehnung der Nebengeleise der Bahnhöfe erfordert. Diesem Uebelstand muß durch Abkürzung des übermäßig langen Aufenthalts der Wagen auf den Stationen und durch Beschleunigung der Be- und Entladung abgeholfen werden; und wie dies möglich ist, zeigt der Verfasser durch den Hinweis auf die Technik bei der Reichseisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen und bei den nordamerikanischen Bahnen. Eine bedeutende Besserung kann nach den statistischen Darlegungen durch Anschaffung der sogenannten *Talbotwagen* erzielt werden. Kastenwagen für den allgemeinen Güterverkehr und Selbstentlader für den Massenverkehr müßten auch in Deutschland die Regel werden.

Auch die nationale Gefahr spielt bei den Betrachtungen des Verfassers eine Rolle.

Ihr könne dadurch begegnet werden, daß die Eisenbahnverwaltung die 37 800 Ausländer aus ihrem Betrieb entlasse. Das ist zwar nicht viel im Vergleich zu der Million ausländischer Arbeitskräfte, die 1910 die deutsche Grenze überschritten; aber es macht doch schon etwas aus, da nach Herrn Schwabe diese Ausländer meist aus staats- und kulturfeindlichen Elementen bestehen. Den Begriff der *Kulturfeindschaft* wollen wir als strittig einmal beiseite lassen; aber was die Staatsfeindschaft betrifft, so muß der Referent über sie doch wesentlich anders denken. Staatsfeindlich sind nach offizieller Auffassung ja wohl die sozialdemokratischen, nach höherer Kultur strebenden deutschen Arbeiter, die aus diesem Grund nicht im Eisenbahndienst beschäftigt werden sollen. Die über die Grenze kommenden Polen und Ruthenen haben über Staat und Kultur überhaupt wohl noch nicht nachgedacht und sind eben dieser ihrer geistigen Minderwertigkeit wegen bei der Staatsverwaltung besser angeschrieben als die Einheimischen.

Doch zurück zu den eigentlichen Reformen, die Herr Schwabe weiter darin sucht, daß die Verfrachter den Bezug der Massengüter in einer Weise regeln, die mit einer erheblichen Verminderung der Betriebsausgaben verbunden ist und es ermöglicht den Verfrachtern einen Teil dieser Ersparnisse als Prämie für die Mitwirkung bei Verminderung der Betriebsausgaben zu gewähren.

Wer sich für die wichtige Frage des Eisenbahngüterverkehrs interessiert, wird in der kleinen Schrift ohne Zweifel viel Anregung und vor allen Dingen viel wertvolles Zahlenmaterial finden.

× **Kurze Chronik** ×
Im Mai dieses Jahres hat die Stadt Los Angeles in Kalifornien auf eigene Rechnung eine 8seitige Zeitung großen Formats, die *Municipalen Nachrichten*, herauszugeben begonnen. Die Steuerzahler erhalten das Blatt umsonst, doch wird es auch auf den Straßen für 5 Cents die Nummer verkauft. Jeder der am Ort bestehenden Parteien ist eine Spalte des Blattes zur Erläuterung ihrer Ideen zur Verfügung gestellt; und so hat auch die Sozialdemokratie sowie die gewerkschaftliche Arbeiterpartei ihren Raum in der städtischen Zeitung zu beanspruchen. Da schon bis zu 10 Seiten Anzeigen in dem städtischen Blatt vorhanden waren, so hofft die Stadt, daß die Überschüsse groß genug sein werden, um bald mit der

Einrichtung einer eigenen kommunalen Druckerei beginnen zu können.

× **Literatur** ×
Eine ganz vortreffliche Schrift hat der bodenreformistische Nationalökonom A. Pohlmann-Hohenaspe erscheinen lassen: *Der Staat und die Syndikate* (Leipzig, Voigtländer). Dem Verfasser ist die seltene Gabe eigen verwickelte wirtschaftliche Vorgänge klar zu verdeutlichen; und seine kleine Broschüre ist in dieser Hinsicht eine vortreffliche Leistung. Er unterscheidet in der Wirtschaftsgeschichte des Bergbaus 5 Perioden: die ursprüngliche Zeit des Regals, die in Preußen von 1865 datierende Zeit absoluter Bergbaufreiheit, die der nominalen Bergbaufreiheit, in der durch Bildung von Syndikaten die bisher preisbildende Konkurrenz aufgehoben und durch die vervollkommnete Bohrtechnik die Schürffreiheit zu einem Vorrecht einzelner Gruppen wird. Dann kommt die Periode, in der der Staat sich, wie in der *Hiberniaangelegenheit*, vergeblich um Rückgewinnung seines früheren Einflusses müht, um dann durch Zuerteilung des Schlagkreises und Verzicht auf jeden Förderungszwang den Bergwerksgesellschaften vollends Monopolrechte zu erteilen. Endlich kommt die Unterordnung des Staatswillens unter die die Bodenschätze beherrschenden Kapitalmächte durch staatliche Regelung und Beteiligung an der Preisbildung, wie wir sie im Kaliggesetz vor uns hätten. In der Hauptsache rückt der Verfasser dem Beitritt des Staates zum Kohlensyndikat zu Leibe. Gewiß würde die befürchtete Auflösung des Kohlensyndikats nicht ohne schwere Erschütterungen abgehen, aber doch nur in einem begrenzten Gebiet und auch nur, weil eine Lage verändert wurde, die es selbst erst geschaffen habe. Weshalb der Staat da helfen solle, sei ganz unerfindlich. Daß der Zusammenbruch des Syndikats Arbeiterentlassungen im großen Stil zur Folge haben werde, sei eine gar nicht ernst zu nehmende Drohung. Im Gegenteil, es würden mehr Arbeiter gebraucht werden, weil billige Kohlen erhöhten Konsum und damit erhöhte Produktion bedeuteten. Weiter zeigt der Verfasser, wie arg der Konsument, also das ganze deutsche Volk im allgemeinen und die Industrie im besonderen unter der Politik des Syndikats leidet, die darin bestehe, daß im Inland teuer, nach dem Ausland dagegen zu Schleuderpreisen verkauft werde. Wie wenig gerechtfertigt es ist, namentlich für die neueren Preis-

steigerungen die angeblichen Lohn-
erhöhungen ins Feld zu führen, ersieht
man nach der Zusammenstellung des
Verfassers daran, daß im Northumber-
landdistrikt der Hauer im Jahr 1901 be-
reits 2325 Mark im Durchschnitt verdient
hat, während auf den Arbeiter im Ruhr-
gebiet im selben Jahr ein Arbeitsverdienst
von nur 1447 Mark entfallen ist. Da-
mals kostete an der Schachtmündung die
englische Kohle 9,27 Mark, die Ruhrkohle
8,76 Mark die Tonne, seither ist der
Preis der Ruhrkohle sogar höher als der
Preis der englischen Kohle. Es fehlt in
der Schrift nicht der Hinweis auf die
Lohnabzüge, die die Bergarbeiter zur
Verzweiflung treiben; die Wirkung des
Heranzugs ausländischer Arbeiter wird
geschildert. Ebenso finden wir Beispiele
der bekannten Lieferungsverträge, mit
denen das Syndikat die Kohlenbezieher
völlig in seiner Gewalt hält. Pohlmann
wendet sich mit Schärfe gegen die staat-
liche Beteiligung am Syndikat. Er spottet
über den Vorwand, daß der Staat durch
diesen Beitritt auf die Preisbildung einen
maßgebenden Einfluß gewinne. »Über
Staatsmonopole«, meint er, ließe sich
reden, »namentlich, wo es sich um Boden-
schätze, Wasserkräfte usw. handelt; denn
alle Einnahmen, die hieraus fließen, kom-
men der Allgemeinheit wieder zugute.
Aber eine staatliche Unterstützung von
Privatmonopolen sollte ganz undiskutabel
sein. Die Zeiten, wo solche Gesellschaften
unter behördlicher Protektion geblüht
haben, haben noch meistens mit schweren
Erschütterungen geendet.« Pohlmann for-
dert vorerst (nach dem Muster der engli-
schen königlichen Kommissionen) Auf-
sichtsinstanzen mit weitgehenden Befug-
nissen; ferner eine steigende Besteuerung
der nicht abgebauten Kohlenfelder sowie
das staatliche Enteignungsrecht auf diese
Felder. Aber auch die sozialdemokratische
Politik weiß er zu würdigen: »Das
Herz jedes rechten Marxisten muß ja im
Leibe lachen, wenn er sieht, wie die staat-
liche Regelung der Produktion schon im
Gegenwartsstaat einsetzt, nur mit dem
Unterschied, daß dieser damit die Ge-
schäfte einer kleinen Clique besorgt,
während der Zukunftsstaat im wohltau-
enden Gegensatz hierzu wenigstens für die
Allgemeinheit sorgen will.«

WISSENSCHAFT

Naturwissenschaften / Frida Ichak

Quanten- theorie.

Die moderne Thermodyna-
mik entstand, als man die
Wärme als eine Art von
Energie erkannt hatte. Das eigentliche

Maß dieser Energie ist nicht die Tem-
peratur; denn der Stand des Thermo-
meters zeigt nur den Spannungszustand
der Wärmeenergie an, und die Tempe-
ratur ist nur der Intensitätsfaktor des
Energiezustands der Wärme, ähnlich
wie das Potential die Intensität der elek-
trischen oder die Geschwindigkeit die
der Bewegungsenergie anzeigt. Die
eigentliche Wärmeenergie, die sogenannte
Wärmemenge, wird daher nicht mit dem
Thermometer sondern mit dem Kalori-
meter gemessen. Mit der Erkenntnis des
Wesens der Wärme als Energie war zu-
gleich der sogenannte 1. Hauptsatz der
Wärmetheorie gegeben. Er sagt im
Grunde nichts anderes als der Satz von
der Erhaltung der Energie aus, nur ist
er hier auf Erscheinungen, die unter
Wärmeproduktion und -absorption ver-
laufen, angewandt. Jeder Zustand eines
Körpers oder Körpersystems ist durch
die ihm innewohnende Fähigkeit äußere
Wirkungen hervorzubringen (Energie)
charakterisiert. Der 1. Hauptsatz be-
sagt, daß in jedem abgeschlossenen
System die gesamte Energie konstant
bleibt, so daß die Prozesse, die statt-
finden, nur als Energieverschiebungen
und -verwandlungen aufzufassen sind.
Doch der 1. Hauptsatz allein genügt zur
Erklärung der energetischen Prozesse
nicht; denn er erklärt nicht, in welcher
Richtung sich die Naturvorgänge abspie-
len. Man kann zwar in jedem einzel-
nen Fall die sich gegenseitig umsetzen-
den Energiearten namhaft machen, da
das Energieprinzip ja immer erfüllt sein
muß. Aber in den weiteren Bedingungen
der Energieverwandlungen kann die
größte Willkür herrschen. Hier greift
der 2. Hauptsatz ein. Er charakterisiert
alle natürlichen Prozesse so, daß bei
ihnen stets eine gewisse Größe, die En-
tropie, zunimmt. Daher wird er auch
so formuliert: Die Entropie strebt einem
Maximum zu.

Aber beide Hauptsätze reichen nicht aus,
um alle Wärmevergänge zu erklären. Da
zum Beispiel Erscheinungen wie
Wärmeleitung und -strahlung oder Dif-
fusion nicht durch diese beiden Sätze
allein klar gemacht werden können,
kommt der reinen Thermodynamik hier
die kinetische Gastheorie zu Hilfe. Sie
sieht den Wärmezustand eines Gases in
der fortschreitenden Energie der ein-
zelnen Moleküle, und um die Bewegun-
gen der Moleküle, die scheinbar regellos
durcheinanderschwirren, zu bestimmen,
wird die Wahrscheinlichkeitsrechnung
benutzt, so daß die Bedingungen des
Wärmeleichgewichts schließlich auf

Sätze der allgemeinen Statik zurückgeführt werden. Daher setzte Boltzmann, der Autor des klassischen Werks über die kinetische Gastheorie, die gleichmäßige Verteilung der Molekularenergien in den Mittelpunkt der Wärmetheorie. Planck schlug dagegen einen neuen Weg ein. Er geht auch von dem durch die Wahrscheinlichkeitstheorie bestimmten Molekularzustand der Gase aus. Danach ist zum Beispiel der Ruhezustand eines Gases durch das Maximum der Wahrscheinlichkeit bestimmt. Will man die Wahrscheinlichkeit für den Ruhezustand eines mehratomigen Gases ableiten, so muß man sich zuerst darüber klar werden, wie viel Bewegungsfreiheit die einzelnen Atome, Ionen und Elektronen im Molekül haben. Bei der Annahme absoluter Bewegungsfreiheit aller Partikel gelangt man auch für mehratomige Gase zu den Bewegungsgleichungen des einatomigen Gases und damit auch zu einer absolut gleichmäßigen Energieverteilung. Planck macht hier eine Einschränkung. Er setzt voraus, daß die Anzahl der Freiheitsgrade der Bewegungen im Molekül bedeutend geringer ist als die Anzahl der Molekülbestandteile. Dabei sind aber alle Schwingungen innerhalb des Moleküls gerade Vielfache einer gemeinsamen Einheit, die Planck mit dem Namen *Quantum* belegt.

Diese Quantentheorie Plancks zerlegt also den Energievorgang in einzelne Teile. Seine einfachste Erklärung wäre, daß die Energie gewissermaßen eine atomistische Struktur besitzt. In der Tat wird die Quantentheorie von vielen Forschern, zum Beispiel von Weinstein in seinem letzten Buch *Moderne Naturlehre*, in diesem Sinn der Atomisierung der Energien gedeutet. Planck selbst hat aber diese Vorstellung von der Diskontinuität der Energie fallen lassen. Er will in den Quanten nur Portionen der Wirkungsfähigkeit der Energie sehen ohne über ihre Natur näheres auszusagen. Die Diskontinuität liegt im Gesetz der Energiewanderung und braucht nicht in der Energie selbst zu liegen.

Die Plancksche Quantentheorie ist von vielen Physikern und Chemikern, besonders von Einstein und Nernst, näher ausgeführt worden. Sie wurde mit Erfolg auf die Gesetze der Strahlungsercheinungen angewandt. Überblickt man die großartigen Errungenschaften der neuesten Physik ihrem theoretischen Inhalt nach, so erscheint die erkenntnistheoretische Basis der neuen Quantentheorie fast selbstverständlich. Unsere Entwicklungsrichtung geht ja dahin das

Ganze immer mehr und mehr in Bestandteile zu zergliedern. Nachdem die Elektrizität, das heißt die elektrische Energie, auf Wirkungen kleinster Elemente, der Elektronen, zurückgeführt worden war, mußte der Versuch folgen auch die Wirkungen der Energie in Einzelglieder zu zerlegen.

Gleichwohl stellt sich diesen neuen Anschauungen von dem Wesen der Energie, so vielversprechend sie auch sind, bei genauer Durchführung eine ganze Reihe von Schwierigkeiten entgegen. Wie soll man sich den Fluß von kinetischer Energie in Diskontinuität vorstellen? Da die Quanten immer nur als Ganzes übergehen, so kann bei einer ungeraden Anzahl der Gesamtquanten kein vollkommener Energieausgleich stattfinden; denn ein Quantum müßte hier oder dort überschüssig sein. Es könnte also ein Quantum zwischen Emission und Absorption in der Mitte schweben, gleich stark angezogen von dem absorbierenden und dem emittierenden Körper. Planck selbst sieht diese Schwierigkeit ein. Er meint jedoch: »Man kann der Quantenhypothese vollkommen Rechnung tragen, wenn man bei einem periodisch schwingenden molekularen Oszillator nur die Emission der Energie quantenhaft, dagegen die Absorption, wenigstens bei strahlender Wärme, als vollkommen stetig verlaufend ansieht.« Nach dieser einschränkenden Annahme ihres Schöpfers muß der Wert der Quantentheorie beurteilt werden. Die Zukunft wird zeigen, ob (um wieder mit Plancks Worten zu sprechen) »die Hypothese der Quantentheorie die ganze Wahrheit entschleierte.«

×

Kurze Chronik Am 17. Juli starb in Paris Henri Poincaré, der bedeutendste französische Physiker und Mathematiker unserer Tage, im Alter von 58 Jahren an den Folgen einer Operation. × In Dresden starb der Physiker Max Toepler, der besonders durch seine Influenzmaschine bekannt geworden ist. × Der greise Physiker Senator Antonio Pacinotti, der Erfinder des Dynamokollektors, ist in Pisa gestorben. × Am 1. April wurde in Berlin das neue Radiumforschungsinstitut eröffnet, das sich die Erforschung der biologisch-therapeutischen Wirkungen aller radioaktiven Stoffe zum Ziel setzt. × An der Genfer Universität wird das erste kartographische Museum errichtet, das unter anderm die Kartensammlung enthält, die Elisée Reclus für seine *Universalgeographie* zu-

sammengesetzt hat. X Auf Teneriffa soll eine Spezialstation für die Beobachtung der anthropoiden Affen errichtet werden. X Die Akademie der Wissenschaften zu Berlin hat Professor F. E. Schulze weitere 10000 Mark zur Bearbeitung des *Nomenclator animalium generum et subgenerum* bewilligt.

X
Literatur

Von der Menge der gemeinverständlichen Physikbücher hebt sich durch ihre Einkleidung die Schrift Charles Gibsons *Autobiography of an electron* (in deutscher Bearbeitung *Was ist Elektrizität?* /Stuttgart, Franckh/) ab. Sie wurde hier bereits in der Rubrik *Technik* erwähnt. X Eine andere populäre Elektrizitätslehre finden wir in der neuen *Naturwissenschaftlich-technischen Volksbücherei* /Leipzig, Thomas/, die sich vornehmlich an Arbeiter- und Handwerkerkreise wendet. In der *Elektrizität im täglichen Leben* schildert L. Wunder anschaulich die wichtigsten elektrischen Prozesse und ihre Anwendung in der Technik. X Unter dem Titel *Chemie im Alltag* /Stuttgart, Dietz/ gibt A. Reitz eine kleine Schrift heraus, die fast das ganze Gebiet der anorganischen und organischen Chemie umfaßt. Trotz der sehr populär gehaltenen Darstellung muß die Überfülle des Materials dem Laien die Lektüre des Büchleins etwas erschweren. X Bei der knappen meteorologischen Literatur ist R. Hennigs *Gut und schlecht Wetter* in der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/ eine recht willkommene Erscheinung. Der Autor stellt für alle Jahreszeiten eine ganze Reihe von Wettertypen für Deutschland auf und erörtert an ihnen die Hauptgesetze der Wetterkunde. X In *Dr. Bastian Schmidts Schülerbibliothek* /Leipzig, Teubner/ behandelt F. Höck *Unsere Frühlingspflanzen*. Die Schrift ist eher für den gebildeten Erwachsenen als für einen Schüler bestimmt. Damit der Schüler seine botanischen Kenntnisse außerhalb der Schule durch ein Buch von so reichhaltigem Inhalt wie dieses zu ergänzen fähig ist, muß er schon ein besonderes, ja fachmännisches Interesse für Botanik haben.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Romane Nachdem Otto Julius Bierbaum gestorben war, bereitete ihm die von Erinnerung lebende Literaturgeschichte

eine zwiespältige Aufnahme. Es gab Kritiker, die schon garnichts mehr von ihm wissen wollten und klagten, daß sein ursprünglich starkes Talent sich schließlich in vollkommene Salbaderei und Bedeutungslosigkeit verloren hätte. In der Tat war die letzte Prosa Bierbaums schon etwas entartet. Doch Bierbaum schrieb vor seinem Tode den 3 bändigen Roman *Prinz Kuckuck*, den er einen Zeitroman getauft hatte. Aus diesem Buch hat jetzt der Georg Müllersche Verlag zu München das Aufhaltende, die Kapitel und Absätze von hindernder Breite herausnehmen lassen und so das Werk auf 2 Bände reduziert. Die Verkürzung geschah übrigens von vorsichtiger Hand; und es ist zu lesen, daß Bierbaum selber an solche Überarbeitung gedacht hat. So wurde der *Prinz Kuckuck* einheitlicher, und es wurde deutlicher sichtbar, was Bierbaum in seinem Zeitroman geben wollte, was er geben konnte. So ist das letzte Wort der Revision leichter über den Toten zu sprechen. Gewiß, eine nicht eben tiefe Witzigkeit war ihm schon zur zweiten Natur geworden. Aber es gäbe noch allerhand Großes, Visionäres in ihm. Das Menschensymbol des Prinzen Kuckuck war seit langem dem Kulturbeobachter Bierbaum vertraut. Vielleicht ist er stets als Werber für ästhetische Neuerungen, als Erfinder des gehobenen Tingeltangels, als Vorbereiter der Bewegung vom formschönen Buch wichtiger gewesen denn als selbständiger Schriftsteller; trotz seines *Irrgartens der Liebe*, trotz seiner zahlreichen Lyrikbände. Nun muß er mehr als häufig die tragikomische Snobfigur des Prinzen Kuckuck getroffen haben, diesen *Wollüstling*, *Nichtstuer* und *Selbstmörder*. Es ist ja ein auffallendes Gegenstück zu allem Proletarierehend auf der Welt, daß da einige unabhängige, millionengesegnete Narren geboren werden, die zu den merkwürdigsten Schicksalen geraten. Dieser Roman, der sich so realistisch gibt, ist wohl als Symbolbuch, als ganz ernste *fabula docens* gedacht. Bierbaum erlaubte sich also allerhand unwirkliche Fabel- und Märchenmomente einzuführen, die Begriffe des Schicksals, der Rache, der Wollust, der Trauer, der Heldenhoheit wollte er jedoch verkörpern. So erfand er menschliche Repräsentanten für jeden der Begriffe, und nachdem er sie gefunden hatte, schickte er sie zum Schlachtenspiel aufeinander. Doch immer so, daß sie den Begriff des Snobs, den Prinzen Kuckuck, in den Todesabgrund jagen mußten. So war der Vor-

satz Bierbaums. Der im schweren Reichtum aufwachsende Junge kostet eine Zeitlang die Fadheit der Sinnentötung. Er wird jedoch von dem Frauenmaterial der öffentlichen Häuser zu seiner wollüstigen Lebensbahn erzogen. Er springt im Schicksalsweg ganz schnell hinauf, wird Graf, wird Liebhaber der schönsten Frau, Volksführer und Beglückter und geht in das Verderben auf sehr moderne Weise: durch einen gewollten Trümmersturz seines Automobils. Die unendliche Buntheit des Romans ist Bierbaums Tugend gewesen, seine Phantasie fand da leicht das Vorwärtsdrängende, das Packende. Nur war dem Dichter die Macht über die Kunstmittel schon ein wenig entglitten. Schon ließ er sich keine Zeit mehr zum völligen Erleben, zum seelischen Durchfühlen der Sprache. Schon entgleiste zuweilen sein Stil. Imponierend wird an diesem Buch trotzdem der Entwurf bleiben, die reife Synthese moderner Kulturfragen und manches Urteil über heikle Daseinsdinge, an die ein Alltagsmensch nur mit Entsetzen zu rühren wagt.

Charles Louis Philippe hat in seinem ganzen Roman *Bubu du Montparnasse* die beinahe sakrosankte Unverletzlichkeit der Prostituierten besungen. Da rennt so ein Mädchen, wie die arme zum Mord aufgehobene Berthe Metenier tagaus tagein übers Pflaster, um sich mit jedem Fremden einer lustigen Liebespflege hinzugeben; und eines Tages findet dies Tierlein für wollüstige Minuten den Mann, der aus der Dirne einen Menschen, ein Weib, eine süße Geliebte, sogar ein Heiligtum macht. Und es begegnet dem leider viel zu schwachen Retter, daß er an diesem tausendmal abgebrauchten, schon von der Lues zerfressenen Leib Freude und Erbauung kostet, wie sie nur der seligste Mann in den Armen der jungen Gattin, der himmeltreuen Geliebten verspüren darf. Trotz Syphilis, trotz Sittenpolizei, trotz Spital und Spelunken, Feinheit, Schönheit, Rührung, ethische Vollkommenheit in dem Buch des Charles Louis Philippe. Da nun Georg Hermann *Die Nacht des Dr. Herzfeld* /Berlin, Fleischel/ schrieb, muß Gleiches in ihm geredet haben wie in dem zarten früh zerstörten Herzen des erbarmungsreichen Franzosen. Aber der Dr. Herzfeld ist von anderm Schlag als der schwärmende Gefährte der Berthe Metenier. Dr. Herzfeld ist beinahe an die Grenzjahre des Mannes aufgerückt. Er hat in sehr vielen Büchern gelesen, er hat vielleicht

auch manches Buch selber geschrieben und alles aufgestapelt, was der Menschengeist an Harmonischem erfand. Nun ist es ihm begegnet, daß er von dieser geheimen, unüberwindbaren Krankheit gepackt wurde; von einer Frau, die er sehr vergöttern mußte. Das hat den Bruch in sein Leben gebracht. Das hat ihn vom Glück abgeschoben, in die Stille gejagt, ihn um die Bequemlichkeit und aufreibende Dürftigkeit der Ehe betrogen. Das hat ihn zu dem von der Ehe schwer belasteten, von noch mehr poetischer und philosophischer Konvention beschwerten Musenkind Hermann Gutzeit geführt. Und als nun eines fahlen Nachfallermorgens Dr. Herzfeld gerade der Frau entgegenläuft, die ihm all die Lebenssicherheit weggenommen hat, da tauchen in dem gut erzogenen Herrn allerhand heftige Wünsche, Rachedgedanken, Ausrottungspläne und ähnlicher Wirrwarr auf. Eine Hetzfahrt nach diesen Schatten, ein Fieber, eine Blendung für wenige halbe Stunden. Und schließlich tut Dr. Herzfeld doch nichts anderes, als daß er sich in die Federn packt, mit einem Katzenjammer und der Erkenntnis: Es lohnt sich gar nicht in die Lebensräder einzugreifen. Man wird doch zerrollt, zerrieben, man kann nichts aufhalten. Man muß Sonne oder Syphilis hinnehmen als Gaben, die eben zufällig auf den Menschen kommen; zufällig, wahllos, nicht anzulocken, nicht abzustoßen. Wohlgemerkt, das ist ein heikler Stoff. Er hat den sentimentalsten Louis Philippe ganz von tränenreifer Weichheit durchdrungen. Und Hermann, der stärker, erfahrener ist, der über die Gefahr der Schmerzenseligkeit vom eigenen Leben schon gnädig geleitet ist, faßt den Stoff als mehr männlicher Charakter. Der Roman ist ja eigentlich nur ein einziges Gespräch, aber er ist von so viel Klugheit, anspielender Zeitfülle und Weltgüte erfüllt, daß er mitnimmt und die mitschwingende Nachdenklichkeit fordert.

Als Oskar Baum seine beiden Bücher aus dem Leben der Blinden veröffentlicht hatte, wurde er hier sehr freudig begrüßt. Denn es offenbarte sich in dem von der Natur hart berührten Schriftsteller eine große Schlichtheit, ein lobenswerter Hang mit Ruhe und Klugheit und gebildetem Stil von den Schicksalen seiner Genossen zu erzählen. Jeder Mangel an falscher Pathetik war das Charakteristische der Feder von Oskar Baum. Und als ich sagte, daß er es jetzt doch einmal versuchen möge über seine Sonderwelt hinauszuschweifen und

zu den ganz normalen Menschen zu wandern, erhielt ich von ihm ein hoffnungsreiches Wort des Versprechens. Er schrieb dann dies ersehnte Buch: *Die Memoiren der Frau Marianne Rollberg* /Berlin, Juncker/. Warum soll es verschwiegen werden? Das Buch ist mißlungen. Es scheint kaum aus einem innern Erlebnis sprossend. Es ist nichts mehr und nichts weniger als ein kühl durchgeführtes Experiment mit einem Stoff. Da wird nämlich erzählt, wie die Marianne Rollberg als Welt- und Lebendame ein Doppelleben führt, indem sie die Unschuld bekennt, indem sie sich selber vor jeglicher Unmoral bewahrt, indem sie sich das Ansehen einer großen Spionin verschafft und mehrere Männerherzen zerbröckelt. Die geheimnisvolle Dame wird verraten, als Schwerverbrecherin vor die Geschworenen gestellt. Sie entlarvt aber einen Streber von Polizeikommissar, beglückt ein reizendes junges Mädchen, wird die Gattin eines genialen Verteidigers und schließlich sogar mit Reichtum gesegnet, da ein Verleger für die Memoiren dieser bedeutenden Dame 60 000 Mark wagt. Wenn das etwa aus einer großen Ironie, aus einem Wedekindstil, aus einem Märchenhang erfunden wäre, dann könnte es gelten. Aber nichts von alledem. Es ist literarisch von allerhand Seiten angesteckt. Es verrät nichts Menschliches, es ist psychologisch nicht tief, nur schrullig. So muß die Wahrheit gesagt werden, damit Baum sich einen bessern Weg zu würdigerem Schaffen eröffnet. Auch Max Brod, der am Schicksal seines blinden Landsmannes so viel Anteil nahm, ist mit seinem letzten Roman nicht glücklich. Brod hat schon einmal begonnen das Problem des modernen Judentums zu erfassen. Seine Methode wich ganz von dem Gewöhnlichen ab. Er hatte gar nicht die Absicht geistige Katastrophen zu schildern, religiöse Aufstände oder Rassenkämpfe. Er wollte sich ganz an das Leben im Kleinen halten, seine Bilder aus dem modernen Judentum sollten Familienbilder, soziale Skizzen sein. Wie essen sie unter sich, wie reden sie, wie wohnen sie, wie lieben sie, wie verheiraten sie sich, diese modernen Juden? Die westlich aufgeklärt, ja verzärtelt sind, die sich ihr sehr gebildetes, sehr gut möbliertes, hygienisches Ghetto erschaffen haben. Die in den hohen Schulen und in den heiligen Künsten zu Hause sind, die nur die Empfindung hegen, daß sie sich abwenden, trotz aller Reibung mit den übrigen Menschen, immer wieder zu den Ihrigen.

Wie leben diese Juden? An der Jüdin und dem jüdischen Halbjüngling beantwortete Brod diese Frage zuerst. Das war so eine Liebesgeschichte, leis, wehmütig beseelt dargestellt, studentenhaft zart geträumt. Das Schicksal des Juden Arnold Beer sollte der neue Roman behandeln /Berlin, Juncker/. Und mehr als früher werden die Ursprünge dieses Juden erörtert. Aber Brod verirrt sich da in eine Methodik, vor der gewarnt werden muß. Er will garnichts anderes erzählen als ganz gewöhnliche, ja gar matte Dinge, ein wenig Lebensgespiele, eine herumflatternde Ziellosigkeit. Da schwankt Beer zwischen ganz heterogenen Talenten. Das mag angehen, nur sieht der Verfasser nicht darauf die verbindenden Linien zu all den Eigenschaften herzustellen, zu all dem Seelenunsinn den tiefen Sinn zu entdecken. Der Roman trägt seinen Untertitel *Das Schicksal eines Juden* nicht mit Recht. Brod, der sonst so phantasievoll ist, weiß nicht aus seinen tausend Beobachtungen die spannende, die zur Stimmung führende zu isolieren.

Ein neuer nordischer Dichter, Jens Z. Kielland schildert in seinem Roman *Menschenwege* /Leipzig, Merseburger/ den Zerfall einer nordischen Bürgerfamilie. Er ist ein feiner Psychologe der Alltagshe, der ein karger Festtagsaufschwung beschert war, die aber schnell dem Bruch und der Lösung entgegengeht.

Indem Schalom Asch seiner russisch-jüdischen Welt getreu bleibt, schildert er das Dasein der *Jüngsten* in einer russischen Kleinstadt /Berlin, S. Fischer/. Diese Jüngsten unter den Juden ziehen auf die Universitäten des Landes mit großer Wissenssucht, mit inniger Herzensbestimmtheit. Ihre Liebe ist tief und traurig. Sie verbringen wohl in der Naturschönheit und in der Kunstwelt der Hauptstadt eine kurze Glücksepisode, aber dann treibt sie das Schicksal ihrer Vaterstadt, Program und Revolution, wieder nach Hause. Da gehen viele zu Grunde, und die am Leben Bleibenden werden zaghaft und schwerfällig und sogar siech für ihre ganze Zukunft. Es zeigt sich in dem Buch, daß Asch über das Genrehafte seiner ersten Kunst hinauswächst, um an größeren Aufgaben zu reifen.

Der Erzähler Gerhard Ouckama Knoop, der sich immer auszeichnete durch eine sanfte, etwas müde Art der Darstellung, dessen Psychologie die Erkenntnis des Weltmannes und nicht die Blitzbegabung des Genies ist, bewährt

diese Fähigkeiten auch in seinem letzten Roman *Verfalltag* /Berlin, Fleischel/. Er beginnt in Londoner Salonluft, mit politischen Anspielungen. Klosterleben einer vornehmen, mit Rokoko und Rationalismus zugleich erzogenen Jungfrau. Ein kurzes Glanzdasein an der Seite eines exotischen Gemahls. Elend in Paris, Armut in deutschen Residenzen und schließlich schlohweißes Haar auf einem Matronenscheitel. Das sind Erzählungselemente, die wohl Rührung hervorrufen können. Und wenn über dem Ganzen noch der Generaltitel *Verfalltag* ruht, so klingt schon aus diesem Symbol die stets willkommene Dichterlehre zum Resignieren, zum Belächeln der Schmerzen und Enttäuschungen.

× **Erzählungen** Wie weit soll und darf ein Schriftsteller sich bemühen die Lösung der Kulturprobleme zu finden? Allzu leidenschaftlich Reflektiertes bringt Härte in die Dichtersprache, bringt Trockenheit in die blühenden Dichterbilder. Das heftige Temperament, die Seelengüte, die Scharfsichtigkeit, das sittliche und soziale Pflichtgefühl J. E. Poritzkys sind bewundernswert. Seine literarische Laufbahn zeigt den heiligen Hang zum Bekennen, zum Erziehen, zum Offenbaren. Doch dieser Mann hatte es immer so eilig seinen Träumen, seinem Willen die Kunstform zu verschaffen, daß er die Gebilde seiner Kunst nicht ausglühen, nicht reifen ließ. *Von jungen Philosophen und alten Narren* heißt sein letzter Skizzenband /München, Georg Müller/. Trumpf ist wiederum der Gang des schäumenden, herrlichen Herzens; aber Sieg bedeutet für Poritzky allein das winzige Leben, dem er in einem befreiten Augenblick sein Lächeln, seine spielende Feder weicht. Von seinem Kind, von seinen Katzen erzählt er das Beste, das Fröhlichste und wirklich an die Weisheit Rührende. Und das gewinnt für ihn; auch noch dann, wenn er bei massiveren Lebensdingen eher predigt als visionär gestaltet. Gern will Poritzky die Ironie flüstern lassen, aber es liegt eher in seiner Stimme, daß sie zur lautereren, sogar zur anklagenden Pathetik aufklingt.

Ganz auf Ironie erbaut Albert Ehrenstein seine Weltauffassung. Was er dichtet, soll um keinen Preis das Herz belästigen, es soll nur die Nachdenklichkeit prüfen. Sein Geschichtsbuch führt nach der ersten Skizze den Titel *Der Selbstmord eines Katers* /München, Georg Müller/. Schon dieser

Titel ist ein Witz. Selbstmord fordert die Selbstmordstimmung, die Seelenzerüttung, das Ekelgefühl, die Enttäuschung vor der Lebensniederträchtigkeit. All solche Gefühle sind ja aber Menschenprivilegien, dem Tier versagte Regungen. Und da sie auf einen Kater übertragen werden, gewinnt das ganze Geschicklein die Richtung zum Witz. Es ist in dem Ehrensteinschen Buch zu lesen, daß der Verfasser in winzigen Wochentagsgeschichten, in Gymnasiastenironie, Tanten- und Gouvernantenromantik schon Erfreuliches leistet, daß er aber nur mit Überanstrengung seiner Kraft imstande ist in so ironischen Synthesen Geschichts- und Weltenbilder zu sehen. Der *Lederstrumpf*, die Wißmannschen Reisebeschreibungen, Sven Hedins und Fritjof Nansens Bücher der Abenteuer reichen darum so oft ans Dichterische, weil die Verfasser keinerlei literarische Koketterie üben, weil sie einfach den mächtigen Widerhall ihrer Eindrücke geben. Der Lappe Johan Turi ist vom Schlag dieser unfreiwilligen Dichter. Er ist sein Lebelang mit den Rentieren, mit den Polarhunden, mit der Not oder Gefahr herumgezogen. Und da er ins hohe Mannesalter hinaufdrückt, gedrängt es ihn einmal von seinem Volk, von der Art seiner nordischen Brüder zu sprechen (*Das Buch des Lappen Turi* /Frankfurt, Rütten & Loening/). Ganz naiv, ganz ungeschickt, ohne viel Bildung, setzt er sich in die verträucherte Waldhütte, da er einmal in kurzer Rast sich erholen darf. Und das Schreiben wird ihm am Anfang sehr schwer. Hat er doch nicht die Gewohnheit seine Gedanken mit der Feder auszudrücken. Wie die Lappen und ihre Tiere geboren werden und sterben, wie sie ihre Feste feiern und ihre Trauer begehen, das alles schildert er der Reihe nach, und wenn das Buch des Lappen Turi vollendet ist, hat der Leser Worte gehört und Bilder gesehen, die fest in der Phantasie bleiben, umso fester, da sie von jeder literarischen Tradition abweichen. Dies, wohl erste lappische Buch ist nicht nur ein künstlerisches, es ist auch ein kulturgeschichtliches Ereignis.

Der amerikanische Sprachlehrer Harry Franck, der auszog, um als Vagabund um die Erde zu wandern, wollte wahrlich kein Dichter sein. Er wollte nur seine Lebenskraft entfalten, seine stählernen Muskeln in den Strapazen prüfen, zeigen, daß ein unerschrockener junger Mann von West nach Ost um die Weltkugel schwimmen und dampfen und wandern und von nichts andern leben

kann als vom Fleiß seiner Hände, von der Behendigkeit seines Kopfes, von dem Mut seines Herzens. Dieser Beweis ist dem kühnen Wanderer gelungen. Er denkt gar nicht daran in seinem Buch (*Als Vagabund um die Erde* /Frankfurt, Rütten & Loening/) irgendwie seine Abenteuer aufzubauschen, feuilletonistisch zu verzieren. Und trotzdem hat auch er, gleich den großen Reiseschriftstellern, die Kraft zur poetischen Teilnahme zu bewegen. Und eine Unzahl Leser wird bezeugen, wie sehr dieser einfache Bericht sie zu fesseln die Kraft hat.

× **Anekdotisches** Als anekdotische Talente könnte man all die Autoren bezeichnen, die in der Er-

findung von guten auffallenden Novellenschlüssen stark sind und mehr Wert auf die Munterkeit der Erzählung legen als auf die Ergründung des Seelenlabyrinths. Hans Harts Geschichte *Kupidos Bote* trägt den Untertitel *Eine frohe Rokokogeschichte vom Rhein* /Leipzig, Staackmann/. Die Stimmung kommt von alten Flaschen, von Weinliedern, von Wasserromantik und Liebesgetändel im Busch. Franz von Bayros hat das Buch mit Rokokograzie illustriert.

Das abendrote Haus von Walter Lehmann /München, Georg Müller/ ist poetischer, ist einfacher. Der junge Mann, der hier in der Form eines Selbstbekenntnisses seine zarte Liebe zu einem unschuldigen Mädchen erzählt, verfügt über sehr poetische Jugendworte. Er wiederholt ein wenig stille Eichendorfflyrik, er verliert sich in die süße Geschwätzigkeit und verrät dennoch, daß er mit bewegtem Gemüt schrieb.

Derber ist Otto Stoessl. Sein Skizzenband heißt *Afferleirauh* /München, Georg Müller/. Die Anekdote herrscht, gut witzig, mit einer sanften, nicht aufdringlichen Lehre. So berichtet Stoessl mit seinem freundlichen Plaudertalent, wie ein Bauernknabe zum Erstepmal die Großartigkeit des Biedermeierwiens empfindet, wie die Gräfin sich eine entzückende Liebesnacht im Strohbett verschafft. Der heimliche Geliebte schleicht nämlich zu ihr, verkleidet als altes Weib, und der vertrauensselige Herr Gemahl schnarcht untermessen im Nebenraum, von der Treue seiner Gattin träumend. Ein überaus amüsanter Buch.

Auch Ludwig Hirschfeld hat diesen flotten, österreichischen, für die Anekdote sehr geeigneten Ton. Es geschah mit Überlegung, daß er nach dem Hauptstück seinen Novellenband *Die plötzliche Insel* taufte, /Leipzig, Xenien-

verlag/. Wie in Sturm und Winternacht sich ein junges Mädchen hingab, wie sie nach dieser Erfahrung der Sinne und des Grauens dann wiederum bei Eltern und Freunden und Gewöhnlichkeit landet, das wird munter und mit viel verheißender Anschaulichkeit erzählt.

Von Paul zu Pedro ist das Buch der Gräfin F. zu Reventlow /München, Langen/. Da werden in graziöser Schreibart allerhand Rezepte für vorübergehende Verbindungen dargeboten. Es erschienen Männer, in bunter Verschiedenheit, und die von der Briefschreiberin aufgezeichneten Erfahrungen können wohl als ein brauchbares Vademekum abenteuerfroher Damen gelten. Man wird das Buch mit Vergnügen lesen.

× **Lyrik** Otto Hauser sammelt jetzt all die Übersetzungen,

die er aus seinen vielseitigen literarischen Studien heimgebracht hat. Und die Arbeit dieses Mannes ist wirklich bewundernswert. Mag er auch in seinen Verdeutschungen Verlainescher Lyrik von anderen übertroffen worden sein, so ist gerade manche Härte, manche philologische Marotte das Charakteristikum seiner Arbeit. Verlaines *Galante Feste* und *Saturnische Gedichte* hat Hauser aus der Zerstreuung vereinigt (für die Sammlung, die er *Aus fremden Gärten* genannt hat /Weimar, Duncker/). Noch instruktiver ist die Hausersche Anthologie *Serbische Dichter*. Die jugoserbische Literatur ist erst ein halbes Jahrhundert alt. Der Parnassien der Jungserben ist Jovan Dutschitsch, Svetislav Stefanowitsch ist stark von den englischen Präraphaeliten beeinflusst, und er ist es auch, der dem serbischen Nationaltheater die Macht Shakespearescher Tragik vermittelt hat.

Den Lyriker Wilhelm Holzamer für die Nachwelt zu retten, war der Wunsch seiner Gattin. Aus den früheren Bänden wurden die Gedichte zusammengetragen /Berlin, Fleischel/. Jetzt ist das Bild Holzamers klarer. Er hatte sich als Erzähler und Lyriker zu einer reinen Menschlichkeit, zu einer ernsten Schlichtheit entwickelt, obwohl er zu Anfang von vielen Fesseln der Tradition eingehalten war. Seine ersten Verse klangen ganz im alten Rhythmus, sie schilderten automatisch, mit mattem Reim die Naturschönheit. Und dazwischen freie Rhythmen, die auch nur geringe Anschauungskraft verrieten. Das an sich hätte noch nicht den Namen Holzamers aus der Masse herausgehoben. Erst in den Zyklen *In memoriam*, in einigen Sängen aus der

Fremde zeigt sich die größere Sprachkraft, die Holzamers Lyrik für spätere Zeiten aufbewahren kann.

X

X

Neuausgaben Karl Georg Wendriner besorgt für den Verlag Morawe und Scheffelt in Berlin eine überaus interessante Tätigkeit. Er sammelt eine Goethebibliothek, die nicht des Dichters eigene Werke umfaßt sondern alles enthalten soll, was Goethes Zeitgenossen über ihn dachten und schrieben. Goethe hat sich ja so vielfältig in den Geistern seiner Zeit gespiegelt. Der Eindruck seines Wesens war ja so stark, daß jeder Besucher sofort nach der Feder griff, um sich für sein Leben die Unterredung mit Goethe aufzubewahren. Es waren unter diesen Besuchern die besten Männer, die nicht logen, die nur ihres Gedächtnisses Gewissenhaftigkeit bemühten. Der 1. Band der Goethebibliothek enthält J. P. Eckermanns *Beiträge zur Poesie mit besonderer Hinweisung auf Goethe*. Eckermanns Gespräche mit Goethe sind ja wertvollstes Nationalgut, und es war verdienstlich einmal die anderen Bekenntnisschriften des getreuen Goethejüngers zugänglich zu machen (übrigens in sehr schöner Ausstattung). Wenn Eckermann auch für sich selber schrieb, so redete ihm doch immer die Stimme Goethes in die Seele. Und sein ganzes Werk war nichts anderes als ein Zwiegespräch mit seinem Gott. Daher verspürte Goethe es wohl, daß er diesen Mann an sich ziehen mußte. Daher hat Goethe ihn gehalten, und wenn jetzt die Schriften der Verehrung neu gedruckt werden, so dürfen sie gewiß Freundschaft erwarten.

Sehr nahe stand dem alten Goethe Johannes Falk, der Satiriker und Philantrop. Er war im Goetheschen Haus stets willkommen. Er sprach lange und feierlich mit Goethe an bedeutungsschweren Tagen, zum Beispiel damals, als Wieland begraben wurde. Falk konnte dem Dichter vor seinen Raupen, vor seinem Schlangenglase, vor geheimen Naturwundern ernste, tiefe Reden entlocken. Das Gehörte hat er sorgsam aufgezeichnet. Wilhelm von Humboldt glaubte aus diesen Kapiteln der Erinnerung Goethes eigene Stimme zu vernehmen. Und obwohl dem sorgsamen, nur manchmal mit Not und Zusätzen etwas verschwenderrischen Mann später Fälschungen vorgeworfen wurden, blieb sein Werk doch eine Quelle wertvoller Belehrung. Aus der Vergessenheit wurde Falks Schrift von K. G. Wendriner zutage gehoben.

Sie heißt *Goethe aus näherm persönlichen Umgang dargestellt*.

Und als drittes hat Wendriner dann für den genannten Verlag den Tieck'schen *Phantasia* in 3 sehr schönen Bänden herausgebracht. Diese Edition verdient (wenn man auch Tieck gar nicht so hoch stellt) besondern Dank der Bücherliebhaber, da Tieck heute auf dem Büchermarkt zu den selteneren Dingen gehört. Der *Phantasia* muß uns auch schon um deswillen lieb sein, weil er das Vorbild für *Ilse Serapionsbrüder* des Hoffmann war. Ganz in ein farbiges Märchenkleid ist *Die Historie von den sieben weisen Meistern* gebunden, die Eugen Diederichs Sammlung *Deutscher Volksbücher* bereichert. Die Letter des 17. Jahrhunderts, diese fette, etwas schnörkelige Fraktur, ziert die Seiten. Dies Buch erzählt von dem Prinzen Diokletianus, den die böse Gattin des Kaisers Pontianus zu Tode bringen wollte. Aber sieben gelehrte Greise haben das Prinzenleben durch die Sprüche ihrer Weisheit errettet. Auf diese Volksbüchersammlung, durch die Diederichs die stattliche Reihe seiner Verdienste vergrößert, wird man hier wohl des öftern zurückkommen.

Paul Hardy hat den *Don Quixote* des Cervantes für den Verlag G. Bell & Sons in London illustriert. Dieser klassische Roman verlangt ja unbedingt nach den Bildern. Der Maler und der Zeichner jubeln, wenn sie die herrlichen Ritterschnurren darstellen dürfen. Hardy tat zweierlei. Obwohl die Gelehrten meinen, daß die Gesichtszüge des Cervantes bisher auf keinem unbestrittenen Bild entdeckt wurden, schuf der Maler das Idealbild des Dichters. Man kennt ja die Lebensgeschichte des Cervantes, der harte Jahre im Krieg, Hunger und Gefängnis durchbringen mußte. Er dachte sein unsterbliches Buch gar nicht als fröhliches Werk sondern als leidenschaftliche Kampfschrift gegen die lächerlichen Rittergeschichten seiner Zeit. Und der gleiche Mann, der die übertriebenen Schrollen des Ritters von der traurigen Gestalt aufzeichnete, schrieb die zur moralischen Erziehung bestimmten Muster-novellen. So erscheint auf dem Hardy'schen Bild Cervantes hager und abtrapeziert, ein Mann, den die Nachtwachen alterten, dessen Stirnfalten von den kreisenden Gedanken gefurcht wurden, der den Follanten mit den Händen umfaßt. Weisheit will er, studierend, suchen. Weisheit will er selber über die Welt austheilen. Und nach diesem ersten symbolischen Gemälde folgen die in ihrer bri-

tischen Steifheit recht lustigen Abenteuer-schildereien des Herrn Quixote und seines getreuen Sancho Pansa.

Egil, der Skalde und Wiking, der auf Island regierte, der nach Frankreich, nach England, ja bis ins Iberische, siegend und wettsingend zog, ist ein großer Dichter gewesen. Er ist der Erfinder der isländischen Saga, der klangvollen, kriegs- und liebereichen Volksepen, die erst im 13. Jahrhundert ihre endgültige Redaktion erhielten. Die *Geschichte vom Skalden Egil* hat Felix Niedner für Eugen Diederichs in Jena verdeutscht und als Band einer altnordischen Bibliothek *Thule* herausgegeben. Ibsen liebte diese nordische Saga, und er hat in die *Nordische Heerfahrt* und auch in die *Kronpräudenten* viele dieser mächtigen volkspoesischen Elemente hinübergenommen. Der Franzose Louis Bertrand war ein mönchisch vereinsamer Romantiker, der mit ganz weltfremdem Heroismus fast sein ganzes Leben aufbrauchte, um ein schmales Büchlein der Phantasieen zu schreiben. Im Jahr 1841 starb er im Spital von Dijon, verlassen, unerkant, bettelarm. Sein Buch heißt *Junker Voland*. Es enthält Phantasieen in der Art von Rembrandt und Callot, lauter unendlich sorgsam stilisierte Bildchen. Bald ist es sehr zarte Natureinfachheit, bald ein flämisches Kriegsgemälde, bald eine Szene des Völker- und Rassenhasses, die er beschreibt. Was so emsig ziselirt und durchgefeilt wurde, bot dem Übersetzer natürlich besondere Schwierigkeiten. Paul Hausmann unterzog sich dieser Künstlerarbeit, die philologisches Gewissen und Sprachgewandtheit verlangt /München, Georg Müller/. Das Büchlein ist übrigens recht angenehm ausgestattet und steckt in einem Umschlagblatt, das in seiner rostbraunen Tönung den Augen sehr wohl tut.

Eine *Deutsch-Osterreichische Klassikerbibliothek* wird von dem Verlag Karl Prochaska in Wien veröffentlicht. Das sind kleine Bändchen für einen etwas derbern Geschmack mit etwas auffälliger Putz von Gold und kontrastierenden Farben. Daß aber in diese Bibliothek Ferdinand Kürnbengers ausgewählte Werke eingereicht und von Friedrich Hirth mit einer volkstümlichen Einleitung versehen worden sind, ist sehr verdienstlich.

Ein wichtiger Beitrag zur deutschen Literaturgeschichte ist die Sammlung St. Leonhards *Polenlieder deutscher Dichter* /Krakau, Piasecki/. Grillparzer, Grün, Holtei, Lenau, Julius Moser und viele andere dichteten ja ihre Polen-

begeisterung in schönen Versen. Und diese Lyrik, die fast ebenso merkwürdig ist wie die philhellenische, bildet ein fesselndes Kapitel der deutschen Literatur. Leonhard ist als Herausgeber und Historiker etwas zu pedantisch, zu verschwenderisch mit Lob und hohen Worten. Wird dieser Mangel subtrahiert, so bleibt noch immer genug Belehrendes an dieser interessanten, auf mehrere Bände berechneten Anthologie.

Zu den vielen Anthologien aus *Novalis* bedeutet die von Hans Hahn besorgte eine Bereicherung /Berlin, Reichl/. Sie ist sehr geschickt zusammengestellt und benutzt auch das Briefmaterial, um das Seelengemälde des Novalis zu zeichnen. Sehr klug war es der Auswahl den Aufsatz Tiecks über Novalis vorauszuschicken. Tieck, trotz seiner romantischen Neigungen, von einem oft austrocknenden Rationalismus erfüllt, hat nicht das Tiefste über Novalis gesagt. Aber Tieck hatte doch so viele Lebenstage zusammen mit Hardenberg verbracht, und er berichtet von diesen Erinnerungen, indem noch die Erregung der Freude und der Trauer in ihm nachhallt.

Von der neuen Poëausgabe des Verlags Bruns in Minden, die früher bereits angezeigt wurde, sind 2 weitere Bände erschienen: die *Grausigen und humoristischen Geschichten* und die *Abenteuergeschichten*. Die Ausstattung ist hier schon gerühmt worden, und man wird sich freuen, wenn alle 6 Bände fertig vorliegen werden.

× **Kurze Chronik** Maurice Maeterlinck ist von seinem Vaterland mit dem belgischen Nationalpreis für Dramatiker bedacht worden. × Das Komitee, das in Stockholm den Nobelpreis für Dichter zu verwalten hat, rüstet sich wieder, um einen seiner berühmten Irrtümer zu begehen. Von den Kandidaten, die bis jetzt genannt werden, gehören alle zur mittelmäßigen Literatur, oder sie stehen ganz außerhalb jeder dichterischen Betätigung. Dagegen besteht keinerlei Hoffnung, daß ein wichtiger Deutscher, etwa Gerhart Hauptmann, die Anerkennung erhalte, die als Krönung vor der ganzen Welt gelten sollte. × Ironie und gute Laune bestimmten Hermann Kurz seine *Krähwinkelsatire Die Guten von Gutenberg* zu schreiben /München, Süddeutsche Monatshefte/. × Rudolf Heubners *Venezianische Novellen* sind Produkte eines gebildeten Mannes, eines halben Dichters, der aus den Ergebnissen seiner Archivstudien erfreuliche Epi-

soden zu erzählen versteht. /Leipzig, Staackmann/. × Wilhelm Scharlemann erzählt als ein bewegter Pädagog, was alles Tüchtiges aus dem Proletarierungen *Piddl Hundertmark* wurde /Berlin, Fleischel/. × Aus dem Nachlaß des feinen und so wenig gekannten Sigbjörn Obstfelder ist die Liebesgeschichte *Das Kreuz* übersetzt worden, /Berlin, Reiß/. × Deutsch erschienen Marcel Prévosts Onkelbriefe über Pflichten, Freuden und Hoffnungen der Mütter (*Die junge Mutter* /München, Langen/). × Thea Graziella nennt einen Aphorismenband *Versteckte Wahrheiten* /Berlin, Bondy/. Es scheint aber, daß Wahrheiten nach ihrem Sinn nur von großen Dummköpfen nicht zu finden sind.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Elektrischer Hochofen Nach langen Versuchen hat sich die elektrische Stahlbereitung jetzt ein sicheres Arbeitsgebiet erobert, und 4 oder 5 verschiedene Systeme, von denen wiederholt an dieser Stelle gesprochen worden ist, haben sich als technisch ziemlich gleichwertig erwiesen. Bei der elektrischen Stahlbereitung kommt als Ausgangsmaterial fertiges Roheisen zur Anwendung, und die Aufgabe des elektrischen Stahlofens besteht im wesentlichen darin das Roheisen umzuschmelzen und den Kohlenstoffgehalt so weit zu mindern, daß nur etwa $1\frac{1}{2}$ bis 2% verbleiben.

Technisch weit interessanter ist dagegen die elektrische Eisenerzeugung direkt aus den Erzen. Versuche in dieser Richtung sind in Kanada und Kalifornien angestellt worden, die zwar nicht allen Erwartungen entsprochen haben, die aber doch für die weitere Entwicklung des elektrischen Hochofens von Bedeutung gewesen sind, indem sie Anlaß zu neuen Versuchsanlagen in Schweden gegeben hatten. Besonders für Schweden ist die Frage der elektrischen Roheisenerzeugung überaus wichtig. Hier findet sich in gewaltigen Lagerstätten ein reiches und reines Eisenerz. Die Steinkohlen, respektive der Koks, sind aber so teuer, daß schwedisches Eisen meist noch mit Holzkohle angebracht wird. Da nun Schweden über die mächtigsten Wasserkräfte in ganz Europa verfügt, ist die Einführung des elektrischen Hochofens für die schwedische Roheisenindustrie geradezu geboten. Die Ver-

suchsanlagen in Domnarfvet haben bewiesen, daß dort, wo billige Betriebskräfte in Gestalt von Wasserkräften vorhanden sind, der elektrische Strom wenigstens einen Teil des für den Hochofenbetrieb erforderlichen Brennstoffs mit Erfolg zu ersetzen vermag. Im Anschluß an die Erfolge in Domnarfvet sind nun am Trollhättan große Anlagen entstanden, die für die Weiterentwicklung der elektrischen Roheisenerzeugung die größte Bedeutung haben. Zur Anwendung kommt ein Hochofen ähnlicher Bauart wie für die gewöhnliche Roheisenerzeugung; er unterscheidet sich konstruktiv von diesem hauptsächlich nur durch das erweiterte, kuppelartig ausgebaute Gestell, in dem sich die eigentliche Schmelzung vollzieht. Im Vergleich zu den riesigen Hochofen in den Haupthüttenrevieren Englands und des Kontinents sind die schwedischen elektrischen Hochofen aber nur kleine Zwerge von zirka 14 Meter Höhe und 38 Kubikmeter Fassungsraum. Dementsprechend gestattet ein solcher Hochofen auch nur eine tägliche Eisenausbringung von rund 23 Tonnen.

Die Elektrizität dient in diesen Öfen nur als Wärmequelle, elektrolytische Vorgänge spielen sich nicht ab. Die Reduktion des Erzes zu Eisen geschieht vielmehr ausschließlich durch erhitzten Kohlenstoff, genau so wie in den gewöhnlichen Hochofen. Durch die Benutzung der Elektrizität wird also theoretisch nur so viel an Kohle gespart, wie sie selbst zur Erhitzung der Erze und zum Schmelzen beiträgt. In Wirklichkeit ist die Ersparnis natürlich erheblich geringer. Bei der ältern Betriebsart wird zur Erzeugung von 1 Tonne Roheisen auch rund 1 Tonne Kohle verbraucht. Man hatte gehofft, daß nach Einführung des elektrischen Betriebs der Holzkohlenverbrauch bis auf $\frac{1}{4}$ Tonne heruntorgebracht werden könnte. Tatsächlich wurde jedoch im ersten Halbjahr des Betriebs ein Holzkohlenverbrauch von 0,418 Tonne per Tonne Roheisen festgestellt, außerdem aber kam noch per Tonne Roheisen ein Stromverbrauch von 2391 Kilowattstunden hinzu sowie ein Verbrauch von Kohleelektroden, der etwa 5,5 Kilo per Tonne Roheisen beträgt. Gegen Ende des ersten Betriebsjahrs hatten sich die Verhältnisse aber ganz wesentlich gebessert, indem für 1 Tonne Roheisen nur 336 Kilo Holzkohle und 1736 Kilowattstunden verbraucht wurden.

Die Elektrizität wird in der Weise an-

gewandt, daß in den Schmelzraum des Hochofens 4 Elektroden von 560 Millimeter Durchmesser hineinragen. Die Elektroden werden in kupferne Kühlkästen geführt und sind so eingerichtet, daß an das verbrauchte Elektrodenstück immer eine neue Elektrode angeschraubt werden kann, so daß die Elektroden vollständig aufgebraucht werden können. Die Elektroden sind unter 65° gegen die Horizontale geneigt und reichen in den ringförmigen Schmelzraum so hinein, daß sie durch die nachsinkende und sich ausbreitende Beschickung nicht beschädigt werden. Der Betriebsstrom wird vom staatlichen Elektrizitätswerk am Trollhättan als Drehstrom von 10 000 Volt bei 25 Perioden bezogen. Für den Ofen wird der Drehstrom in Zweiphasenstrom umgewandelt und auf etwa 50 bis 90 Volt herunter transformiert. Die entstehenden Gase werden an 2 Seiten der Gicht durch einen elektrischen Ventilator abgesaugt, von Staub befreit und schließlich wieder durch Düsen in den Ofen hineingeblasen. Die guten Erfolge haben dazu geführt, daß in Dornarfvet, Tyse und Hagfors neue Ofen von 2500 bis 3500 Pferdestärken Leistung errichtet wurden, die in diesen Tagen in Betrieb kommen.

× **Spreetunnel-
über-schwem-
mung**

Beim Bau der Berliner Untergrundbahnstrecke vom Spittelmarkt zum Alexanderplatz ist am 27. März, wie berichtet, in die fertiggestellte südliche Hälfte des Spreetunnels ein Wassereintrich erfolgt, der die ganze Untergrundbahn vom Spittelmarkt bis zur Station Kaiserhof mehrere Tage lang unter Wasser gesetzt hatte. Die Ursache des Unfalls konnte zunächst nicht festgestellt werden, da zur Beseitigung des Wassers aus der Betriebsstrecke das fertige Spreetunnelstück vollständig abgedämmt werden mußte und deshalb unbetretbar wurde. Inzwischen ist aber vollständige Aufklärung erfolgt.

Der Spreetunnel wird in der Weise gebaut, daß zunächst von dem südlichen Ufer bis zur Spreemitte durch Fangdämme eine Baugrube geschaffen wurde. Nach Entfernung des Wassers aus der Baugrube wurde sie bis zur Sohlentiefe des künftigen Tunnels ausgeschachtet, und die Tunnelröhre wurde dann im gewöhnlichen Bauverfahren aus Beton fertiggestellt. Nach Vollendung des ersten Tunnelstücks wurde es mit einer provisorischen Betonwand abgeschlossen, und von dem gegenüberliegenden Spree-

ufer wurde eine zweite Baugrube bis zum vorläufigen Tunnelende entgegengeführt, in der das zweite Tunnelstück bis zum Anschluß an das vollendete errichtet werden sollte. Die Spree ist an der Tunnelstrecke etwa 2,5 bis 3 Meter tief. Die Tunnelsohle liegt etwa 8, die Tunneldecke etwa 4 Meter unter dem Flußbett. Das hier skizzierte Bauverfahren erschien absolut sicher, und da die Tunneldecke noch unterhalb des neu aufgeschütteten Flußbettes lag, so schien der Spreetunnel auch für alle Zeiten gegen Beschädigungen gesichert zu sein. Und doch ist gerade dieses Bauverfahren selbst die Ursache des Unfalls gewesen. Das Spreebett besteht nämlich im wesentlichen aus glacialen Sandablagerungen, auf die der Fluß im Lauf der Jahrtausende Schlamm und andere Sinkstoffe abgelagert hat, die zusammen eine feste und fast wasserundurchlässige Schicht bildeten. Diese Decke wurde natürlich beim Ausheben der Baugrube entfernt, so daß die Tunnelröhre vollständig in reinem Sand lag. Mit diesem Sand hatte nun die Strömung der Spree leichtes Spiel. Erhebliche Mengen wurden unter der Tunnelsohle ausgespült, das fertige Tunnelstück besaß nunmehr keine feste Unterlage, senkte sich und erhielt Risse. Durch die Bruchstellen drang dann das Spreewasser ein und überschwemmte den größten Teil der Untergrundbahnstrecke. Der gleiche Tunnelzusammenbruch infolge einer Auskolkung der Unterlage hätte natürlich auch nach Fertigstellung des ganzen Tunnels eintreten können, da die Tunnelröhre, was ihre Bruchfestigkeit anlangt, nicht nach Art eines freitragenden Brückenbogens ausgebildet worden ist. Es ist deshalb ein besonderes Glück, daß der Zusammenbruch erfolgte, noch ehe der ganze Tunnel dem Betrieb übergeben war. Für den Neubau des Tunnelstücks wird wieder eine neue Baugrube zwischen Fangdämmen ausgehoben werden müssen, und erst dann wird festzustellen sein, ob von dieser Tunnelröhre noch etwas zu benutzen ist. Andernfalls wird dieses Tunnelende ganz von neuem errichtet werden müssen. Nach den gewonnenen Erfahrungen wird aber natürlich auf größere Knickfestigkeit der Tunnelröhre besondere Rücksicht genommen werden.

× **Hochofenschlacken**

Die Hochofenschlacken stellen sich als eine recht unerwünschte Beigabe der Eisengewinnung dar. Früher wurden die

Schlacken einfach auf die Halde gestürzt und blieben fast völlig ungenutzt, höchstens daß sie da und dort als Chausseeschotter und dergleichen benutzt wurden. Welche gewaltigen Massen sich allmählich auf dem Hüttenterrain aufhäufte, kann man daraus ermessen, daß bei der Eisengewinnung 60 bis 150% der gewonnenen Eisenmenge als Schlacken abfallen. In neuerer Zeit versuchte man mit recht gutem Erfolg die Schlacken auf Zement zu verarbeiten. Ungenutzt bleibt hierbei aber immer noch die gewaltige Wärmemenge, die der Schlacke innewohnt, wenn sie schmelzend den Hochofen verläßt. Diese Wärmemenge versucht man neuerdings zu gewinnen, und zwar in der Weise, daß man mit der glühenden respektive flüssigen Schlacke Wasser zur Verdampfung bringt. Um hierbei die Bildung schädlicher Säuren zu verhindern, die die Kesselwandungen angreifen, muß die Wasserverdampfung allerdings unter Luftabschluß geschehen. Zu diesem Zweck läßt man die flüssigen Schlacken in einen unter Luftabschluß befindlichen Kessel fließen. An der Eintrittsstelle verschleßt die flüssige Schlacke selbst der Luft den Zutritt; an der Stelle, wo die im Wasser abgekühlte, granulierten Schlacke durch ein Becherwerk wieder aus dem Kessel herausgeschafft wird, ist ein Wasserabschluß angeordnet. Hier wird auch das Speisewasser zugeführt. Der erzeugte, überhitzte Dampf hat eine Spannung von zirka 1,14 Atmosphären und wird in einer Abdampfturbine ausgenutzt. Bei Versuchen, die auf dem Samuelsonschen Eisenhüttenwerk in Middlesbrough angestellt worden sind, wurde 1% der per Woche abfallenden 1800 Tonnen Schlacke zur Dampferzeugung herangezogen, und es wurde eine Dampfturbinenleistung von rund 500 Kilowatt erzielt. Das günstige Resultat wird dazu führen möglichst die ganze in den Schlacken vorhandene Wärme auszunutzen.

× **Wasserstoff-** Die großen Erfolge der **gewinnung** Luftschiffahrt, insbesondere die der lenkbaren Luftschiffe, neuere chemisch-technologische Methoden, das autogene Schweißverfahren und ähnliches, haben den Bedarf an Wasserstoff außerordentlich gesteigert. Die älteren chemischen Verfahren der Wasserstoffherzeugung hätten bei weitem nicht ausgereicht, um den Bedarf auch nur annähernd zu decken. Es mußte

deshalb nach neuen, ausgiebigeren und vor allem billigeren Verfahren gesucht werden. Überaus wichtig für die billige Gewinnung von Wasserstoff ist es, daß bei der Chloralkalielektrolyse Wasserstoff als Nebenprodukt abfällt. Bei der elektrolitischen Zerlegung von Kochsalzlösung beispielsweise entstehen zunächst Natriummetall und Chlor. Das Chlor wird als solches weiter verwandt. Das Natrium dagegen setzt sich mit dem Lösungswasser des Kochsalzes zu Natronlauge um, während Wasserstoff frei wird. Auf eine Tonne Kochsalz kommen 200 Kubikmeter Wasserstoff. Die Fabrik Griesheim erzeugt auf diese Weise mit 15 000 Pferdestärken jährlich 6 Tonnen oder 7 000 000 Kubikmeter Wasserstoff. Der Wasserstoff wird komprimiert und in Stahlflaschen gefüllt, die auf besonderen Wasserstoffwagen in der Weise untergebracht sind, daß mit dem Öffnen eines einzigen Ventils der Inhalt aller Flaschen entleert werden kann. Diese Methode hat sich gut bewährt, und der Griesheimer Wasserstoff wird, insbesondere zur Füllung der Zeppelinluftschiffe, in großem Umfang versandt.

Freilich steht das Gewicht der Flaschen und der Wagen zu dem des Inhalts in überaus ungünstigem Verhältnis, und schon aus diesem Grund, mehr noch um bei der Wasserstoffherzeugung nicht an den Ort der Elektrizitätsquelle gebunden sein zu müssen, hat man sich nach anderen Wasserstoffherzeugungsmethoden umgesehen. Bisher sind bereits 21 solcher neuen Methoden ausgearbeitet worden. Ich erwähnte bereits früher die Methode von Frank, Karo und Linde, die von der fraktionierten Destillation komprimierten Wassergases ausgeht. Dieses Verfahren wird von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbauaktiengesellschaft in Tegel praktisch ausgeübt. 1 Kubikmeter Gas mit einem Wasserstoffgehalt von zirka 97% stellt sich auf 12 bis 15 Pfennig. Die Fabrik Elektro-Griesheim besitzt gleichfalls ein patentiertes Verfahren zur Herstellung von Wasserstoff aus Wassergas. Es besteht darin, daß Wassergas in der Gegenwart von Wasserdampf bei einer Temperatur von 400 bis 500° über glühenden Kalk geleitet wird. Hierbei bilden sich kohlen-saurer Kalk und Wasserstoff. Der Preis des nach dieser Methode hergestellten Wasserstoffs beträgt 8 bis 10 Pfennig per Kubikmeter. Von Wichtigkeit bei diesem Verfahren ist es, daß die Reaktionsröhren nur einmal angeheizt zu wer-

den brauchen, weil bei der Reaktion Wärme frei wird, die zur weiteren Erwärmung der Röhren im Verlauf des Prozesses benutzt wird. Ein anderes Verfahren von *Elektro-Griesheim* besteht in der Anwendung von Aluminium-amalgam. Dieses Amalgam wird von Sauerstoff und der Luftfeuchtigkeit leicht angegriffen, und es entsteht reiner Wasserstoff. Zur praktischen Wasserstoffgewinnung werden Quecksilberoxyd, Alkali und Aluminium trocken gepulvert und mit Wasser begossen. Dieses Verfahren erfordert eine nur kleine Apparatur und kann deshalb überall angewandt werden. Freilich ist es recht kostspielig; denn 1 Kilo Mischung, die 3 Mark kostet, liefert nur 1 Kubikmeter Wasserstoff.

Ein anderes Verfahren, das von den *Siemens-Schuckert-Werken* ausgeführt wird, beruht auf der Einwirkung einer 30prozentigen Natronlauge auf Silizium. Speziell für Kriegszwecke sind fahrbare Gaserzeuger von den *Siemens-Schuckert-Werken* gebaut worden, die bei einem Wagengewicht von 2,5 Tonnen 60 Kubikmeter Wasserstoff per Stunde herzustellen imstande sind. Der Kubikmeter kostet hierbei zirka 60 Pfennig. Wichtig ist ferner die Erzeugung von Wasserstoff durch die Zersetzung von Wasserdampf mit Hilfe glühenden Eisens. Technisch ausgebaut wurde dieses altbekannte Verfahren durch *Strache*. Es werden 3 Zylinder benutzt. In dem ersten, der als Carburator dient, befindet sich glühender Koks. Beim Durchleiten von Wasserdampf durch diesen Zylinder entsteht Wassergas, das in einen zweiten mit glühendem Eisen gefüllten Zylinder geleitet wird, wobei Wasserstoff entsteht, der in einem dritten mit glühenden Steinen gefüllten Zylinder gereinigt wird. 1 Kubikmeter nach diesem Verfahren erzeugten Wasserstoffs kostet 10 bis 12 Pfennig. Schließlich sind noch die Verfahren zu erwähnen, nach denen Kohlenwasserstoffverbindungen, wie Acetylen, Ölgas, aber auch Steinkohlengas, durch starke Erhitzung bei gleichzeitiger Drucksteigerung dekarburieren werden, indem sich Kohlenstoff als Ruß abscheidet, während freier Wasserstoff entweicht.

×
Kurze Chronik Wie schon in der Rubrik *Naturwissenschaften* erwähnt, starb am 24. März in Pisa, 71 Jahre alt, *Antonio Pacinotti*, der eigentliche Erfinder des Ringinduktors (häufig *Gram-*

mescher Ring genannt). × Ein neuer Riesenkran mit einer Tragfähigkeit von 200 Tonnen ist von der *Deutschen Maschinenbauaktiengesellschaft* in Duisburg für die Vulkanwerft in Hamburg gebaut worden. × Ein Stahlgußstück von 170 Tonnen Gewicht ist von der *Bethlehem Steel Company* hergestellt worden. Es dient als Querhaupt für eine hydraulische Presse von 10 000 Tonnen Druck. Die hydraulische Presse wird zur Herstellung von Eisenbahnwagenrädern, von denen sie stündlich $6\frac{1}{4}$ Stück fertig zu machen vermag, benutzt. × Bei der letzten Sonnenfinsternis am 17. April dieses Jahres wurde festgestellt, daß nach Eintritt der Finsternis eine wesentliche Verbesserung in der Übertragung durch drahtlose Telegraphie stattfand. Beim Maximum der Verfinsternung waren auch die gegebenen Zeichen am stärksten. Mit dem Abnehmen der Verdunkelung nahm auch die Stärke der übertragenen Zeichen wieder ab.

×
Literatur Von dem bei *George Westermann* in Braunschweig erscheinenden, groß angelegten Werk *Die Technik im 20. Jahrhundert*, dessen 1. Band bereits in dieser Rundschau (1911, 3. Band, pag. 1698-1699) besprochen wurde, ist soeben der 2. Band, *Die Verarbeitung der Rohstoffe*, zur Ausgabe gelangt. Die hochgespannten Erwartungen, die bereits der 1. Band geweckt hatte, werden reichlich erfüllt. Textlich und illustrativ ist das beste geleistet worden, was von einem solchen Werk für den Gebildeten verlangt werden kann. In dem 1. Abschnitt werden die fossilen Kohlen und ihre Verwertung von den Professoren *Ed. Donath* und *G. Ulrich* behandelt. Den breitesten Raum nimmt hier naturgemäß die trockene Destillation der Steinkohle zum Zweck ihrer Verkokung und der Gaserzeugung (Leuchtgas, Wassergas usw.) in Anspruch. Alle kulturell wichtigen Momente der Steinkohlenverwertung werden hier wenigstens andeutungsweise berührt, und der Leser darf auch einen Blick in die chemische Großindustrie werfen, die sich auf dem Steinkohlenteer aufbaut. Wesentlich kürzer ist das Kapitel über die Verwertung der Braunkohle ausgefallen, der ja allerdings auch nur eine geringere Bedeutung als der Steinkohle zukommt. Die Verwertung des Torfes, die auch im 1. Band nur

knapp berührt worden ist, ist leider gar nicht besprochen worden, obwohl gerade die Ausnutzung der Torfmoore für das norddeutsche Flachland das eigentliche Problem des 20. Jahrhunderts darstellt. Der 2. Abschnitt ist der Verarbeitung des schmiedbaren Eisens im Hüttenbetrieb gewidmet. Die von Professor G. Stauber herrührende Bearbeitung schließt sich eng an den entsprechenden Abschnitt des 1. Bandes an. Der Bearbeiter begnügt sich aber nicht damit nur einfach jene Betriebe zu schildern, die sich mit der Bearbeitung des schmiedbaren Eisens in Hüttenwerken beschäftigen. Entsprechend der von Tag zu Tag wachsenden Bedeutung des schmiedbaren Eisens dringt er weiter in die Tiefe der Materie ein und bringt auch Einzelheiten dem allgemeinen Verständnis näher. Der Leser wird ihm hierfür Dank wissen. Denn erst unter Benutzung des Flußeisens, respektive Flußstahles, das Materialbeanspruchungen bis zu 2000 Kilo per Quadratcentimeter in unseren Dampfturbinen, in den Verbrennungskraftmaschinen unserer Automobile, Luftschiffe und Aeroplane auszuhalten hat, hat die technische Entwicklung der Neuzeit geradezu einen neuen Stil gewonnen. Im 3. Abschnitt behandelt Professor Johannsen die Verarbeitung in der Textil- und Papierindustrie. Nach einer kurzen geschichtlichen Übersicht über die alten Spinnapparate gelangt er zur Darstellung der grundlegenden Erfindungen in der Textilindustrie, die in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts gemacht worden sind und zu Geburtshelfern des industriellen Kapitalismus wurden. Die moderne Baumwollspinnerei, die in allen Details zu klarer Darstellung kommt, die Bastfaserspinnerei und schließlich die Wollspinnerei werden sodann eingehend und unter Zuhilfenahme instruktiven Illustrationsmaterials leicht verständlich behandelt. In analoger Weise sind die Weberei und Färberei besprochen. Einen der Wichtigkeit der Materie entsprechenden breiten Raum nimmt die Darstellung der Papierfabrikation aus den verschiedenartigen Rohmaterialien in Anspruch. Den Beschluß des Bandes macht der Abschnitt über die chemische Großindustrie, bearbeitet von Professor Otto N. Witt. Für die gemeinverständliche Darstellung ist dieses Kapitel wohl das allersprödeste; denn es werden beim Leser zwar nicht positive chemische Kenntnisse, wohl aber wird chemisches Denken vorausgesetzt; an dieser Voraus-

setzung scheitert aber jede Popularisierung der Chemie, auch diese hier. Gerade auf diesen Abschnitt konnte man am meisten gespannt sein, wenn man Witt als genialen Darstellungskünstler naturwissenschaftlicher Probleme aus seinen *Narthekeion* kennen und schätzen gelernt hatte. Um so mehr wird man über seine Behandlung der chemischen Großindustrie in diesem Werk erstaunt sein. Die Darstellung geht eigentlich nirgends in die Tiefe, und dem chemieunkundigen Leser wird kaum mehr als eine oberflächliche Bekanntschaft mit den Größtaten unserer chemischen Industrie vermittelt. Natürlich sieht der fachkundige Leser immer und an jeder Stelle den Geist Witts über den Wassern schweben, auch wenn es seicht plätschert; man erkennt, daß der Verfasser dieses Abschnitts souverän über der Materie steht. Um so mehr bedauert man es dann, daß der, der es am besten hätte tun können, sich nicht die Mühe zu einer wirklich populären und doch wissenschaftlich strengen Darstellung genommen hat. X Der Roman *Das Lichtmeer* von Emil Sandt / Berlin, *Vita* / hat als Basis ein technisches Problem, nämlich die Gewinnung nutzbarer Arbeit direkt aus den Sonnenstrahlen. Über den geheimnisvollen Apparat, durch den die Umwandlung der gestrahlten Sonnenenergie in andere Energieformen geschieht, gibt der Roman keinen Aufschluß. Der Verfasser vermeidet es vielmehr ängstlich phantastische Erfindereien nach Jules Vernes Art zu produzieren; ihn reizt nur das Menschheitsproblem nicht das technische Problem. Im Grande ist deshalb die Arbeit mehr ein sozialer als ein technischer Roman. Aber doch muß ich mich als Techniker gegen die Voraussetzung und die Schlußfolgerungen auflehnen, die die Quintessenz des Buches bilden. Nach den Ausführungen des Verfassers würde die direkte Nutzbarmachung der Sonnenstrahlung eine soziale Umwälzung bedingen, die weit über die Revolutionierung durch die Maschine im 18. Jahrhundert hinausginge; denn die Gewinnung der Sonnenenergie würde jede mechanische Arbeitsleistung durch den Menschen fast völlig erübrigen. Das ist der gleiche Irrtum, der so häufig bei der Würdigung der Dampfmaschine als Kulturfaktor, bei der Würdigung des Kleinmotors für das Handwerk usw. begangen wird. Die Dampfmaschine, überhaupt jede Antriebsmaschine, ersetzt allerdings menschliche Kraft, für den Produktionsprozeß gewinnt sie aber nur

Bedeutung in Verbindung mit den Umformmaschinen. Die mechanische Spinnmaschine mit ihren unermüdlichen Spindeln setzte Tausende von Händen still, und das tat sie schon in der Kindheitsperiode des industriellen Kapitalismus, als die Antriebsmaschine noch mit einem lächerlich geringfügigen ökonomischen Nutzeffekt arbeitete. Jede neue Umformmaschine, gleichgültig ob es sich um eine Streichholzpackmaschine oder eine Setzmaschine oder eine automatische Drehbank handelt, vollzieht heute die gleiche Wirkung. Demgegenüber spielt der ökonomische Nutzeffekt der Antriebsmaschine in sozialer Hinsicht nur eine untergeordnete Rolle. Die direkte Nutzbarmachung der Sonnenenergie würde keine größere soziale Wirkung ausüben als etwa der Ersatz der Dampfmaschine und der Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren, wenn sämtliche Wasserkräfte der Welt nutzbar gemacht sein werden. Erübrigt wird dann nur die Arbeit des Kohlenbergmanns und des Kesselheizers. Das wäre gewiß eine Verbesserung in der Lebensführung von Tausenden; aber es wäre keine ökonomische Revolution, denn der größte Teil der hierbei erübrigten menschlichen Arbeitskraft würde an anderen Stellen sofort wieder aufgenommen werden. Wird das aber als richtig zugegeben, so verpflichtet sich auch das tragische Moment des Romans, das ihm den eigentlichen Stimmungswert verleiht. Dazu kommt noch, daß die völlige Eliminierung der Kohle aus der Industrie und dem Haushalt weder möglich noch wünschenswert wäre. Als Wärmespeicher, als Energiequelle ist die Kohle ersetzbar, unersetzlich aber ist sie als Aufbaumaterial für die zahllosen chemischen Kohlenstoffverbindungen, die für unsere Kultur unentbehrlich sind. Mehr als 2000 verschiedene Farbstoffe danken dem Steinkohlenteer ihre Existenz. Die wichtigsten Arzneimittel, antiseptische Präparate, Riechstoffe, Süßstoffe und andere mehr werden gleichfalls aus den Bestandteilen des Teers synthetisch aufgebaut. Die verschiedenen Karbide, Carborund usw. sind für die moderne Technik überaus wichtige Produkte, die sich auf der Benutzung der Steinkohle aufbauen. Für die Gewinnung der Metalle aus diesen Erzen insbesondere bei der Verhüttung des Eisens kann die Kohle zwar als Wärmequelle, nicht aber als Reduktionsmittel entbehrt werden. In der Landwirtschaft spielen die stickstoff-

haltigen Verbindungen, die aus den Gaswässern entnommen werden, eine überaus wichtige Rolle. Also auch hier ist die Kohle ein vorerst noch unersetzlicher, freilich nicht für alle Zeiten unentbehrlicher Kulturfaktor; denn mit Hilfe der Elektrizität gelingt es auch heute schon den Sauerstoff der Luft zu chemischen Verbindungen zu zwingen. Die Braunkohlenindustrie liefert uns Asphalt, Paraffin, Schweröle, Solaröl, Benzin und anderes. Kurzum, es hieße unsern Kulturbestand zurückschrauben, wollte man die Verwertung der fossilen Kohle vollständig eliminieren. Auf einen Punkt möchte ich noch hinweisen, der die Ausmerzung der Kohle gleichfalls nicht wünschenswert erscheinen läßt. Svante Arrhenius hat den Nachweis geführt, daß die Vermehrung des Kohlenstoffgehaltes der Luft die Wärmeabstrahlung von der Erde nach dem kalten Weltraum in wirksamster Weise verzögert. Mit der Erzeugung von Kohlenstoff fördern wir deshalb nicht bloß das Wachstum der Pflanzen und die Erhaltung unserer Wälder, die an und für sich schon ein Klimaregulator allerersten Ranges sind, sondern wir verhindern auch die Wiederkehr einer Eiszeit, die alles Leben vernichten würde. Die Würdigung der literarischen Seite des Romans gehört nicht in diese Rubrik; ich möchte aber doch nicht schweigend an ihr vorübergehen. Der Verfasser besitzt eine unleugbare Gestaltungskraft und einen scharfen Blick für die Psyche des einzelnen und insbesondere die der Massen. Der Roman schlägt den Leser deshalb auch in Bann, selbst wenn er die technische Prämisse beanstanden muß. Die Personen des Romans werden dem Leser menschlich nahe gebracht; ihre Schicksale interessieren ihn, und er nimmt an ihnen Anteil. Damit erhält der Roman einen über reine Unterhaltungslektüre hinausgehenden Wert. Aber dem guten Eindruck, den der Roman hinterlassen könnte, wird durch eine etwas grobe Phantastik des Verfassers Abbruch getan. Ein weiblicher Detektiv, der mit Aeroplanen Spionage treibt, eine kunstvolle, technische Atrappe, die das angebliche Geheimnis der Erfindung birgt, und die schließlich zur Mausefalle für einen englischen Spion wird, die Kulissen des Schlußbildes mit der Apotheose des in den Menschheitsdienst gezwungenen Sonnenlichts und noch einiges muten doch etwas als Sensationshascherei an. * 254